

PROTOKOLL

über die 3. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 11. Dezember 1997, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

-
Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil, Leopold Tatzreiter

STADTRÄTE:

Gerhard Bremm, Roman Eichhübl, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler, Helga Feller-Höller, Martin Fiala, Ing. David Forstenlechner, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Günter Fürweger, Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Mag. Gerhard Klausberger, Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Helmut Oberreiter, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Claudia Pramendorfer, Edith Radmoser, Elfriede Reznar, Rudolf Schröder, Siegfried Stieglitz, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT:

MD. SR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Golda, AR Hans Greinöcker, Mag. Helmut Lemmerer, Dr. Gottlieb Zimmermann, Gerald Hackl

ENTSCHULDIGT:

GR Stephan Keiler

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist, Elke Kotas

TAGESORDNUNG

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlußfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer
2. Änderung in der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse

3. Behandlung von allfälligen Anfragen
4. Mitteilungen des Bürgermeisters
5. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
6. Verhandlungsgegenstände
7. Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 5 der Tagesordnung:

- 1) Fin-231/97 Neue Verkehrsregelung für Steyrer Tourismusattraktion Christkindl; Subventionsansuchen des Tourismusverbandes Steyr.
- 2) VerkR-7536/83 Verkehrslichtsignalanlagen und Blinklichtanlagen an Bundesstraßen in Steyr; Aufteilung der Betriebs- und Erhaltungskosten; Jahresabrechnung 1996.

-

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

-

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 1) Fin-230/97 Caritas-Kindergarten Wieserfeld; Subvention zur Abgangsdeckung betreffend Kindergarten-Renovierung

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- 2) Stw-90/96 Wassergebührenordnung; Änderung zum 1. 1. 1998

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

- 3) BauH-246/97 Stiegenaufgang Schloßleite; Vergabe der Instandsetzungsarbeiten
- 4) BauH-233/97 Aichetgasse; Wiederherstellung der Stützmauer; Vergabe der Arbeiten
- 5) GemKan-27/97 Kanal-Anschlußgebührenordnung; Änderung zum 1. 1. 1998

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

- 6) K-165/97 Leseordnung für die Bücherei der Stadt Steyr; Änderung
- 7) Präs-351/97 Änderung in der Zusammensetzung der Disziplinaroberkommission.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

- 8) Fin-176/97 Büro Shop Ing. Steiner GmbH, Ennser Straße 54, 4407 Steyr-Gleink; Gewerbeförderung
- 9) Fin-100/97 Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1998

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich eröffne die heutige Sitzung und begrüße sie herzlich. Ich stelle fest, daß diese ordnungsgemäß einberufen wurde und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als

Protokollprüfer sind mir Frau GR Elfriede Reznar und Herr GR Ing. David Forstenlechner gemeldet. Nehmen die beiden Herrschaften diese Funktion an? Jawohl. Bitte, das dem Protokoll hinzuzufügen. Entschuldigt ist Herr GR Stefan Keiler. Er muß eine Prüfung an der Akademie absolvieren.

Zu Pkt. 2, meine Damen und Herren, darf ich mitteilen, daß wir hier eine Änderung in der Zusammensetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse auf der Tagesordnung haben.

Dieser Tagesordnungspunkt wurde auf die Gemeinderatstagesordnung aufgenommen, da die FPÖ-Gemeinderatsfraktion ankündigte, daß sie möglicherweise eine Umbesetzung der gemeinderätlichen Ausschüsse vornehmen wird.

Da dies jetzt doch nicht der Fall ist, erübrigt sich dieser Tagesordnungspunkt und wir kommen, nachdem keine Anfragen vorliegen, zu Pkt. 4, Mitteilungen des Bürgermeisters.

Hier darf ich mitteilen, daß vom Amt der öö. Landesregierung ein Schreiben eingegangen ist, und zwar im Zusammenhang mit Resolutionen, die wir im Gemeinderat beschlossen haben. Es gibt ein Schreiben vom 13.11., das lautet:

„Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

In Ergänzung zum Schreiben des Petitionsausschusses vom 31. 3. 1993 teilen wir ihnen mit, daß sich der zuständige Ausschuß des OÖ. Landtages mit ihrem Anliegen befaßt hat, jedoch kein endgültiges Ergebnis in der abgelaufenen XXIV. Gesetzgebungsperiode erzielt wurde.

Aufgrund einer Bestimmung der Landtagsgeschäftsordnung sind sämtliche noch anhängigen Anträge, Anfragen und sonstige Anliegen nach Ablauf einer Gesetzgebungsperiode als abgeschlossen zu betrachten. Für die Ausschüsse der neuen XXV. Gesetzgebungsperiode ist es jedoch nicht ausgeschlossen, daß sich die Erfahrungen und Beratungsergebnisse der vorhergehenden Gesetzgebungsperiode zunutze machen.

Sollten jedoch ihre Anliegen bzw. Anregungen weiterhin noch aufrecht sein, besteht die Möglichkeit einer neuerlichen Eingabe.“

Ich darf mitteilen, daß das mit 48 Wohnungen ausgestattete **Seniorenwohnhaus** am 27. 11. übergeben wurde und wir hier erstmals in OÖ. auch „betreubares Wohnen“ anbieten können. Der Bau ist dreigeschoßig. Es handelt sich dabei um das 10. Seniorenwohnhaus.

Wir haben daher jetzt mehr als 500 Seniorenwohnungen in der Stadt zur Verfügung, die sehr gerne angenommen werden. Besonders ist auf die Möglichkeit des „betreubaren Wohnens“ hinzuweisen. Die Wohnungen sind durchwegs behindertengerecht ausgeführt, mit breiteren Türen und pflegegerechten Bädern. Gänge und Türen sind überdurchschnittlich breit, die Rollstuhlbenützung ist also überall möglich.

Ich glaube, daß wir mit diesem neuen Haus wieder einen Meilenstein auf diesem Sektor gesetzt haben.

Weiters möchte ich mitteilen, daß wir als **Stadt Steyr** ab 15. Dezember auch im **Internet** präsent sind.

Es wird möglich, das Wichtigste über die Stadt, die Politik, Verwaltung, Bildung, Kultur und Wirtschaft in der alten Eisenstadt und in komprimierter Form auch alles Wissenswerte über Jugend-, Sport- und Freizeiteinrichtungen, Seniorenbetreuung bis hin zum Bauen und Wohnen zu erfahren.

Ich glaube, daß dieses Medium zukunftsweisend ist. Es wird hier in den kommenden Jahren sehr, sehr viele Anchlüsse geben, auch im privaten Bereich. Wir müssen einfach unserem Selbstverständnis entsprechend, hier eben auch präsent sein.

Zur **Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage** darf ich berichten, daß die Arbeitslosenquote im November 1997 6,4 % betragen hat. Diese liegt im Vergleich zum Vormonat um 0,3 Prozentpunkte höher. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr hat sich allerdings die Position um 0,8 Prozentpunkte verbessert.

In unserem Verwaltungsbezirk gibt es 2.611 vorgemerkte Arbeitslose. Gegenüber dem Vormonat ist es zu einer Steigerung um 3,9 % gekommen, gegenüber dem Vorjahr allerdings um eine Reduzierung um 13,1 %.

Es bestätigt sich also auch in den Wintermonaten der positive Trend, daß - insgesamt gesehen - die Arbeitslosenzahlen Gott sei Dank bei uns fallend sind. Wir müssen uns sehr bemühen, auch in Zukunft an diesem so wichtigen Problem zu arbeiten, und alles dazu beitragen, daß der Beschäftigungsproblematik entgegengewirkt wird.

Zu Pkt. 5, Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates, möchte ich sie bitten, das zu tun. Sie sind mit den GR-Unterlagen zugegangen.

Und damit sind wir schon bei Pkt. 6, **Behandlung unserer Verhandlungsgegenstände**, angelangt.

Ich würde als erstes die Kollegin Vizebgm. Mach bitten, ans Rednerpult zu eilen und ihre Anträge zu formulieren.

BERICHTERST. VIZEBGM.

FRIEDERIKE MACH:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse! Ich habe heute 1 Antrag. Es steht ja Weihnachten vor der Tür. Weihnachten ist ja das Fest des Friedens, der Freude und auch der Geschenke. Und ich glaube, als solches kann man diesen Antrag auch sehen.

Wir alle wissen, daß der Caritas-Kindergarten Bauvorhaben durchgeführt hat und am Wieserfeldplatz neu saniert worden ist. Der Caritas-Kindergarten hat mit einem Bauvolumen von 13,5 Mio. S gerechnet. Es hat sich aber eine tatsächliche Gesamtsumme von 21 Mio. S ergeben.

Wir haben bereits schon dreimal 1 Mio. S an Subvention für den Caritas-Kindergarten Wieserfeldplatz zur Verfügung gestellt. 1 Mio. S, und das möchte ich auch in diesem Kreis erwähnen, haben wir voriges Jahr zur Verfügung gestellt. Wir haben zwar die Zusage vom Herrn Landeshauptmann erhalten, daß wir S 4,750.000,-- bekommen werden. Wir haben dann beim Herrn LH angerufen und gesagt, da wir keine größeren Umbauarbeiten vorhaben, daß wir gerne von diesen S 4,750.000,-- 1 Mio. den Caritas-Kindergarten geben würden.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

1) Fin-230/97 Caritas-Kindergarten Wieserfeld; Subvention zur Abgangsdeckung betreffend Kindergartenrenovierung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 17. November 1997 wird dem Caritas-Kindergarten Wieserfeldplatz zur Abgangsdeckung betreffend die Renovierung des Kindergartens (von 1992 bis 1995) eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von

S 1,000.000,--

(Schilling eine Million)

gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 1 Million werden bei der VASSt. 5/4200/777000.0 freigegeben.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag bzw. um Diskussion.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Zu Wort gemeldet ist Kollege StR. Eichhübl. Ich erteile es ihm.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte nur kurz das wiederholen, was ich zu diesem Antrag auch bereits in der StS.-Sitzung gesagt habe, daß wir nämlich grundsätzlich eine sehr positive Einstellung zu Initiativen wie den Caritas-Kindergarten haben.

Allerdings, Frau Vizebürgermeister, wird das Fest des Friedens und die Freude darüber etwas getrübt, wenn man feststellen muß, daß 7 Mio. S Kostenüberschreitung vorhanden sind. Aber auch das nehmen wir zur Kenntnis, weil das auch so im Amtsbericht ausreichend dargelegt wurde, nämlich die Umstände, wie Auflagen des Denkmalschutzes, Bau

einer Zufahrtsstraße und Gartenstützmauern sowie Feuchtigkeitsschäden am Mauerwerk; das war einfach notwendig. Und auch dem werden wir die Zustimmung geben, weil wir davon ausgehen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, daß das deswegen sehr positiv zu sehen ist - auch in finanzieller Hinsicht -, weil wenn das alles die Stadt übernehmen müßte, würde das dann wahrscheinlich noch viel stärker auf unseren Stadthaushalt drücken. Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Ich sehe, daß das nicht der Fall ist, daher kommen wir zur Abstimmung.

Ich darf die Herrschaften bitten, die für diesen Antrag stimmen, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Das war einstimmig.

Ich danke der Kollegin Mach. Ich bitte als nächsten Berichterstatter Kollegen StR. Roman Eichhübl ans Rednerpult.

BERICHTERSTATTER STR.

ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe ihnen heute, geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, einen Antrag zur Beschlußfassung vorzulegen, und zwar geht es um die Wassergebührenordnung und in diesem Zusammenhang um eine Änderung zum 1.1.1998.

Laut Amtsbericht sollen die Anschlußgebühren indexmäßig angehoben werden, und ich darf ihnen daher den Antrag des StS. an den Gemeinderat zur Verlesung bringen:

2) Stw-90/96 Wassergebührenordnung; Änderung zum 1.1.1998

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 21. November 1997 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung betreffend die Änderung der Wassergebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Die Verordnung tritt am 1.1.1998 in Kraft und ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen. (BEILAGE)

Herr Bürgermeister, ich darf sie bitten, über diesen Antrag die Diskussion bzw. die Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht das Wort zu diesem Antrag? Ich sehe keine Wortmeldung. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung des Antrages. Ich bitte sie, wenn sie damit einverstanden sind, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. Danke sehr. Das ist auch einstimmig.

Als nächsten Berichterstatter ersuche ich den Kollegen StR. Gunter Mayrhofer ans Rednerpult zu treten und seine Anträge zu formulieren.

BERICHTERSTATTER STR.

GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Der erste Antrag bezieht sich auf den Stiegenaufgang Schloßleite. Das ist vom Museumssteg herauf auf den Parkplatz neben dem Schloß. Der Zustand

ist renovierungsbedürftig. Der Farbanstrich ist schon verrostet, und es besteht die Gefahr, daß stärkere Schäden auftreten. Vor allem auch im Hinblick auf die Landesausstellung im nächsten Jahr erfolgen ein neuer Anstrich und auch das Auswechseln von Glasscheiben.

Es erfolgte eine Ausschreibung, an der 3 Firmen teilgenommen haben. Billigst- und Bestbieter war die Fa. KO-Schutz aus Holzhausen, und es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

3) BauH-246/97 Stiegenaufgang Schloßleite; Vergabe der Instandsetzungsarbeiten

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 20. November 1997 wird der Vergabe der Instandsetzungsarbeiten an den Stahlteilen des Stiegenaufganges Schloßleite an die Fa. KO-Schutz in Höhe von S 86.400,- inkl. MWSt. zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel werden durch Kreditübertragung im Ausmaß von S 86.400,- von VASt. 5/6120/002250.8 (Brücke Dorningerbach Leebergründe) nach VASt. 5/6120/002270.6 (Brückenerhaltung Wehrgraben) aufgebracht.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 86.400,- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehensbedingungen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Ich ersuche um Diskussion bzw. um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Kollege Payrleithner.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Der uns vorliegende Amtsbericht zur Sanierung der Stiege ist ein klassischer Beweis dafür, daß die Freiheitliche-Gemeinderatsfraktion oft recht hat. Es dauert halt manchmal eine gewisse Zeit, bis auch die anderen Fraktionen draufkommen, daß dem auch so ist.

Den Vorgänger von Herrn StR. Mayrhofer habe ich einmal im Zusammenhang mit dem Zustand der Taborstiege - weil wir gerade bei den Stiegen sind - aufgefördert und gebeten, doch endlich einmal Maßnahmen zu setzen und diese zu sanieren. Er hat das damals vehement bestritten und das als einen Spleen des Herrn GR Payrleithner hingestellt. Es hat nicht lange gedauert, dann hat sich der Lions-Club Steyr dieser Taborstiege angenommen und sie erfreulicherweise auf ihre Kosten saniert. Und ähnlich ist es auch mit dieser Angelegenheit im Wehrgraben beim Hacksteg oder Museumssteg oder wie das dort heißt.

Wir haben ja schon einige Male auf diesen schlechten Zustand hingewiesen. Man hat das dann auch plötzlich im Hinblick auf die Landesausstellung sehr ernst genommen. Es freut mich aber trotzdem, daß hier endlich Maßnahmen gesetzt werden.

Nachdem wir doch viel Geld in das Jugendkulturhaus stecken, sie werden sich jetzt fragen, wo da ein Zusammenhang ist, aber unser lieber Freund Kupfer ist heute auch anwesend und nachdem sich die immer so für die Sprayer einsetzen und Werbe- bzw. Graffitiflächen zur Verfügung stellen, vielleicht kann er auf seine Freunde einwirken, daß sie vielleicht diese Flächen, die wir auch mit Steuermitteln zur Verfügung stellen, und nicht hergerichtete, restaurierte öffentliche Einrichtungen, wie z.B. die Taborstiege, verwenden. Wahrscheinlich wird es dort unten auch wieder so werden, daß alles innerhalb kürzester Zeit mit fürchterlichen Parolen und anderen Schmierereien verunstaltet wird. Es kostet der öffentlichen Hand und dem Steuerzahler wieder sehr viel Geld, das zu sanieren. Die Taborstiege - klassisches Beispiel - wurde wunderschön hergerichtet. Innerhalb kürzester Zeit ist sie von diesen Herrschaften wieder verunstaltet worden. Sie können sich das jederzeit anschauen.

Ich würde sie schon bitten, daß sie da einmal auf ihre Freunde einwirken, das dort zu machen, wo wir das zur Verfügung stellen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Nicht. Kollege Kupfer.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Wertes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Eigentlich wollte ich mich noch nicht so früh zu Wort melden, aber der Herr Kollege Payrleithner kann es einfach nicht lassen, mich immer wieder, gleich bei seiner ersten Wortmeldung, persönlich anzusprechen.

Was sie jetzt gemacht haben, das ist ein klassischer Fall von Sippenhaftung. Sie können nicht alle Jugendlichen, die jetzt im Jugendkulturhaus sind, so pro forma zu Sprayern machen; höchstwahrscheinlich sind alle auch noch linksradikal, faschistisch oder was immer sie sich auch vorstellen. Das ist ein furchtbarer Untergriff, und ich glaube, sie müßten sich bei den Leuten da unten entschuldigen. Weil diejenigen, die dort unten das Jugend- und Kulturhaus renovieren, herrichten, sind nicht die Sprayer, die für die Verunzierung diverser Gebäude in Steyr verantwortlich sind. Das sind ganz andere.

Es gibt auch noch so schöne Sprayerein mit Hakenkreuzen - vielleicht kennen sie die auch? Ich bin mir ganz sicher, daß das keine Leute von da unten sind. Das kommt aus einer ganz anderen Ecke.

Die Personen, die wirklich diese „Spraykultur“ praktizieren, haben die Möglichkeit die von der Stadt zur Verfügung gestellten Flächen zu besprühen. Das Haus, das Jugendkulturhaus, wird in Absprache mit dem Bauamt und mit der Abteilung für Stadterhaltung und Denkmalschutz renoviert. Also ist das ein absoluter Blödsinn, den sie da „verzapfen“, daß da die Jugendlichen in Steyr umherlaufen und blöd Häuser ansprayen. Ich denke, daß sie sich entschuldigen müssen.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Das ist vielleicht das schlechte Gewissen, weil sie so reagieren.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Wenn sie jemanden gesehen haben, dann müssen sie das anzeigen. Aber so einfach Beschuldigungen zu machen, das ist ein Untergriff, der überhaupt nicht angebracht ist.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Sehe ich nicht. Schlußwort gewünscht, Herr Referent?

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Kein Schlußwort. Wir kommen daher zur Abstimmung über den Tagesordnungspunkt 3) Stiegenaufgang Schloßleite. Wer dafür ist, bitte die Hand zu heben. Danke. Das ist einstimmig beschlossen.

Einen kleinen Hinweis möchte ich noch zu Kollegen Payrleithner machen. Wir haben natürlich in der Zwischenzeit nicht geruht, sondern ich darf doch hinweisen, daß wir die Almstiege neu gemacht haben, was sehr kostenintensiv war. Wir haben auch die Pfarrstiege überarbeitet. Gerade bei den Stiegen geschieht ständig etwas. Wir sind natürlich auch über solche Initiativen wie die des Lions-Clubs dankbar. Wir haben uns auch öffentlich hier im Gemeinderat für diese Aktivität bedankt.

Nächster Punkt, Herr Kollege Mayrhofer.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Danke schön. Der nächste Antrag beschäftigt sich mit einer Stützmauer, und zwar ist das eine Mauer, die das Grundstück des Herrn Pöchhacker in der Seifentruhe gegen die Aichetgasse abgrenzt. Diese Abgrenzungsmauer ist nicht nur eine Umgrenzungsmauer, sondern vor allem aus statischen Gründen für die dahinter liegende Aichetgasse gedacht. Darum hat sich auch der Besitzer des Grundstückes gewehrt und gesagt, daß er kein Interesse an dieser Mauer hat. Es ist allerdings von öffentlichem Interesse, daß diese Straße gestützt wird, und darum wurden die Reparaturarbeiten notwendig.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

4) BauH-233/97 Aichetgasse; Wiederherstellung der Stützmauer; Vergabe der Arbeiten

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau wird der Vergabe der Wiederherstellung der Stütz- und Lärmschutzmauer in der Aichetgasse an den städt. Wi-Hof in Höhe von S 168.388,75 zugestimmt.

Die erforderlichen Mittel werden durch Kreditübertragung im Ausmaß von S 168.400,-- von VASSt. 5/6120/002250.8 (Straßen- und Brückenbau Dorningerbach - Leebergründe) nach VASSt. 5/6121/002210.0 (Hangsicherungen) aufgebracht.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 168.400,-- notwendig, die hiemit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluß herbeigeführt.

Ich ersuche um Diskussion bzw. um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird dazu das Wort gewünscht? Kollege Eichhübl, bitte.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ich melde mich nicht deswegen zu Wort, um Punkte in der Rednerliste zu sammeln, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, sondern weil ich bereits in der StS.-Sitzung zu diesem Antrag einige Anmerkungen gemacht habe, und zwar in der Richtung, weil offensichtlich hier rechtliche Diskrepanzen aufscheinen.

Zum einen ist ja aus dem Amtsbericht herauszulesen, daß diese Mauer zum Teil Privateigentum der Fa. Pöchhacker ist

und zum anderen hat natürlich die Stadt, gerechtfertigterweise und auch richtigerweise, ein großes Augenmerk darauf gelegt, diese Absicherung gegenüber der Aichetgasse in Auftrag zu geben und auch zu bezahlen. Meine Frage ist die, abzuklären, ob es aus diesen angeführten Gründen nicht erforderlich wäre, daß die gesamte Mauer in das Eigentum der Stadt übergehen soll. Meine Frage daher abschließend, ob man Erkundigungen eingeholt hat und ob das nicht doch ein gangbarer Weg für die Beteiligten wäre.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Noch eine Wortmeldung? Sehe ich nicht. Herr Referent, Schlußwort?

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Diese Frage wurde in der Zwischenzeit geprüft. Und es ist so, wie wir das auch in der StS.-Sitzung besprochen haben, daß es günstiger ist, das jetzt wieder einmalig instand zu setzen und die laufenden kleineren Instandhaltungsarbeiten an den Grundstückseigentümer zu übertragen, als generell die gesamte Haftung und Gesamtinstandhaltung auf immer und ewig in den öffentl. Bereich überzuführen. Das heißt, solange von ihm nicht ausdrücklich verlangt wird, bitte schön, sind wir froh, wenn wir es in dieser Art und Weise machen können. Ist das ausreichend beantwortet? Danke.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Das ist einstimmig. Nr. 5 bitte.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Der letzte Antrag bezieht sich auf die Kanalanschlußgebührenordnung, die aufgrund der Indexerhöhung notwendig wurde. Sie beträgt ebenfalls 0,76 %.

Es ergeht daher folgender Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

5) GemKan-27/97 Kanal-Anschlußgebühren-ordnung; Änderung zum 1.1.1998

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 21. November 1997 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung betreffend die Änderung der Kanal-Anschlußgebührenordnung der Stadt Steyr genehmigt.

Die Verordnung tritt am 1.1.1998 in Kraft und ist durch zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen. (BEILAGE)

Ich ersuche um Zustimmung für diesen Antrag.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Der Antrag steht zur Debatte. Wer wünscht dazu das Wort? Ich sehe keine Wortmeldung, wir kommen

daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung? Wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig beschlossen.

Ich bedanke mich, Herr Kollege Mayrhofer. Nächster Berichterstatter ist Herr StR. Ing. Spanring, und ich bitte ihn, an das Rednerpult zu treten.

BERICHTERST. STADTRAT

ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem ersten Antrag geht es um einen Antrag betreffend die Leseordnung für die Bücherei der Stadt Steyr. Ich möchte diesen Antrag in Form eines Abänderungsantrages bringen, nachdem nachträglich noch ein Punkt aus der alten Leseordnung gestrichen werden soll, und zwar der Pkt. 6 der Leseordnung „Ansteckende Krankheiten sind meldepflichtig“. Nach Rücksprache mit dem Leiter der Erwachsenenbildung, Dr. Locicnik, und dem Amtsarzt, Dr. Nones, ist dieser Passus nicht mehr notwendig.

Mein Abänderungsantrag lautet daher nun:

6) K-165/97 Leseordnung für die Bücherei der Stadt Steyr; Änderung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Erwachsenenbildung, Dienststelle Bücherei vom 12.11.1997 wird die Leseordnung für die Bücherei der Stadt Steyr wie folgt geändert:

zusätzlich unter 3. Gebühren:

a) Erwachsene:

Leihgebühr pro CD-Rom und Woche S 25,--

unter b) Jugendliche bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres, Lehrlinge, Studenten bis 27 Jahre, Präsenzdienler sowie sozial Bedürftige:

Leihgebühr pro CD-Rom und Woche (gleich wie bei Erwachsenen) S 25,--

unter c) Mahngebühren:

für die 1. Mahnung pro Buch, MC, CD oder CD-Rom S 10,--

für die 2. Mahnung pro Buch, MC, CD oder CD-Rom S 15,--

für die 3. Mahnung pro Buch, MC, CD oder CD-Rom S 25,--

unter 4. Die Abgabe und Rücknahme von Büchern, MCs, CDs und CD-Roms ist während der in der Bücherei kundgemachten Ausleihzeiten möglich ...

unter 5. Die Ausleihfrist beträgt bei Büchern, MCs, CDs und CD-Roms neun Wochen.

unter 7. Verständlicherweise wird jeder Entlehner ersucht, Bücher, MCs, CDs und CD-Roms schonend zu behandeln.

Entsprechend dem Abänderungsantrag wird der Pkt. 6) „Ansteckende Krankheiten sind meldepflichtig“ gestrichen.

Ich bitte um Abstimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich darf die Frage an den hohen Gemeinderat richten, wer dazu das Wort wünscht. Wortmeldung, Herr Dr.

Pfeil, bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben die Leseordnung der Stadt in den Jahren 1992 und 1993 im Gemeinderat behandelt. Hier wurde unter anderem das Thema bzw. der Pkt. 6) „Ansteckende Krankheiten sind meldepflichtig“ und wo sind sie meldepflichtig, genau diskutiert. Es war die Meinung vorherrschend, daß man das - weil nicht mehr zeitgemäß - in der nächsten Überarbeitung nicht mehr drinnen haben sollte, weil a) was ist eine ansteckende Erkrankung und b) was ist meldepflichtig? „Ansteckende Erkrankung“, da gibt es wiederum 2 Arten - einmal die bei jedem Amtsarzt und bei jedem Arzt anzeigepflichtige, ansteckende Erkrankung, und das ist aber auch jede banale Grippeerkrankung; jeder Schnupfen ist natürlich ansteckend. Also wir haben damals schon darüber diskutiert, daß es relativ absurd ist zu verlangen, „alle ansteckenden Krankheiten“ - außer einem Beinbruch ist alles ansteckend, kann man fast sagen -, wieder in die Leseordnung aufzunehmen.

Ich war überrascht, daß dieser unsinnige Punkt wieder drinnen war und er jetzt mit einer Abänderung doch rauskommen sollte.

Vielleicht können sie uns das begründen? Sie haben gesagt, daß sie ihn jetzt mit Abänderung wieder rausgeben. Was hat sie dazu bewogen, das hineinzuschreiben und was hat sie jetzt bewogen, das wieder herauszunehmen?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Kupfer, bitte.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Generell ist es gut, daß die Diskussion über die Bücherei so weit gediehen ist, daß man bemerkt hat, daß es Kulturauftrag der Stadt ist, daß diese Privatisierungsdiskussion vom Tisch ist.

Es ist auch positiv, daß man versucht, mehr Kostenwahrheit herbeizuführen, wenn man Leihgebühren anpaßt.

Ich habe aber ein generelles Problem damit, daß diese Leihgebühren erstens in diesem Maß für CD-Roms steigen und, was aber für mich noch ein viel größeres Problem ist, daß diese Abstufung, die es zuvor bei den Erwachsenen und Jugendlichen gegeben hat, jetzt nimmer so drinnen ist. Das heißt, Jugendliche unter 18 Jahren, Lehrlinge etc. zahlen jetzt für eine CD-Rom S 25,-; genauso wie Erwachsene. Vorher war das noch zwischen 5,- und S 3,- abgestuft. Dieser Betrag ist nicht besonders hoch gewesen. Es ist schon einzusehen, daß dieser erhöht wird. Aber ich glaube, es wäre schon ganz gut, wenn man nach wie vor diese Abstufungen zwischen Jugendlichen, Lehrlingen und Zivildienern, Bundesheerangehörigen etc. und Erwachsenen fortführen würde. Ich denke mir, wir sollten auch den Jugendlichen entgegenkommen, die es sich nicht so leisten können, denn CD-Roms leihen sich ja auch Personen unter 18 Jahren aus.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Noch eine Wortmeldung? Sehe ich nicht. Schlußwort, Herr Referent?

STADTRAT

ING. DIETMAR SPANRING:

Pkt. 1 ist an sich relativ einfach zu beantworten, nachdem er einer jener Erbstücke ist, die ich im Endeffekt mit der Zeit zu korrigieren hatte, ist das eben auch passiert.

Pkt. 2 betreffend die Gebühren. Es ist an sich so, daß es CD-Rom früher überhaupt nicht gegeben hat, sondern CD-Roms erst neu reingekommen sind. Die Abstufung zwischen Jugendlichen und Erwachsenen

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ein bißchen lauter bitte, daß wir es alle hören.

STADTRAT

ING. DIETMAR SPANRING:

Ja. Betreffend die Leihgebühren ist es so, daß es die CD-Roms überhaupt nicht gegeben hat, sondern CD-Rom wurde neu eingeführt. Grundsätzlich wurde die Abstufung zwischen Jugendlichen und Erwachsenen ja nicht aufgehoben, sondern es werden betreffend die CD-Roms gleiche Leihgebühren verlangt. Die anderen Abstufungen als solche sind weiterhin beinhaltet.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Das war das Schlußwort. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich, ein Zeichen zu geben. Gegenprobe? 2 Gegenstimmen (GAL). Gibt es Stimmenthaltungen? Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Pkt. 7 bitte.

STADTRAT

ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um eine Änderung in der Zusammensetzung der Disziplinaroberkommission.

7) Präs-351/97 Änderung der Disziplinaroberkommission

Der Gemeinderat möge beschließen:

Durch das Ausscheiden von Herrn Stadtrat Ing. Othmar Schloßgangl und der Wahl von Herrn Stadtrat Leopold Tatzreiter zum dritten Vizebürgermeister der Stadt Steyr wird mit sofortiger Wirksamkeit bis einschließlich 30. Juni 2000 gemäß § 76 StGB Herr Vizebürgermeister Leopold Tatzreiter zum Vorsitzendenstellvertreter der Disziplinaroberkommission und Herr Stadtrat Gunter Mayrhofer anstelle von Herrn Stadtrat Ing. Othmar Schloßgangl zum Mitglied der Disziplinaroberkommission bestellt. Ich bitte um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Herr Dr. Pfeil moniert, daß du zu leise sprichst, mein Freund Spanring. Er versteht dich nicht. Bist du jetzt fertig?

Gelächter

STADTRAT

ING. DIETMAR SPANRING:

Ja.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe ja nicht gewußt, ob du unterbrochen oder zu Ende berichtet hast.

Der Antrag steht zur Debatte.

Gibt es eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wenn sie dem Antrag Nr. 7 zustimmen, bitte ich, ein Zeichen zu geben. Das ist einstimmig beschlossen.

Ich gebe nunmehr den Vorsitz an die Kollegin Vizebgm. Mach ab.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Herrn Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herrn des Gemeinderates! Mein erster Antrag beschäftigt sich mit einer Gewerbeförderung, und zwar für das Unternehmen Büro Shop Ing. Steiner GmbH in der Ennser Straße.

In diesem Zusammenhang ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

8) Fin-176/97 Büro Shop Ing. Steiner GmbH, Ennser Straße 54, 4407 Steyr-Gleink; Gewerbeförderung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 16. Oktober 1997 wird der Firma Büro Shop Ing. Steiner GmbH, Ennser Straße 54, 4407 Steyr-Gleink, für die anlässlich der Erweiterung und Modernisierung des Verkaufsraumes getätigten Investitionen in der Höhe von S 1,821.000,-- (exkl. MWSt.), zu dem 7,5-jährigen Darlehen bei der VKB Steyr in der Höhe von S 1,660.000,-- ein 2%-iger Zinszuschuß auf die Dauer von fünf Jahren gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung von insgesamt ca. S 117.000,--, verteilt auf fünf Jahre.

Zu diesem Zweck wird bei VASt. 5/7820/756000 ein Betrag in Höhe von S 17.000,-- für das Rechnungsjahr 1997 freigegeben.

Ich bitte hier um Debatte bzw. um Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht zu diesem Antrag jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Ich danke. Nun kommen wir zum Hauptpunkt, und ich ersuche den Bürgermeister um seine Finanzrede.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Der Budgetvoranschlag 1998, den ich innen heute präsentieren darf, ist der erste Jahres-Finanzrahmen, der dem am 5. Oktober neu gewählten Steyrer Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt wird.

Wir setzen damit den finanziellen Auftakt für die neue, sechsjährige Funktionsperiode, die uns bis ins Jahr 2003 und somit ins nächste Jahrtausend führen wird.

Ein Faktum, das meiner Meinung nach auch einen gewissen Symbolcharakter besitzt, weil bei der Blickrichtung "3. Jahrtausend" doch ganz besonders der Aspekt Zukunft mitschwingt, obwohl es natürlich in der Praxis ja ein Datum wie jedes andere ist.

Und das Zukünftige, meine Damen und Herren, ist auch Inhalt und Gegenstand dieses Zahlenwerkes, das nur für den Laien oder bei sehr oberflächlicher Betrachtung den Eindruck einer trockenen Materie erwecken mag.

In Wirklichkeit ist das Budget 1998 die in Zahlen gegossene Festschreibung einer Fülle von Projekten, Vorhaben und Maßnahmen der Stadt für das kommende Jahr sowie in vielen Fällen auch schon aufbauend für die weiteren Jahre; also etwas absolut Dynamisches und konkret Gestaltendes, das die zukünftige Entwicklung unserer Stadt nachhaltig beeinflussen wird.

Es ist aber nicht spektakulär. Und es ist auch nichts so Brandneues drinnen, sondern in Wirklichkeit ist es eigentlich der Ausfluß unserer vielfältigen Beratungen aus dem Stadtentwicklungskonzept - und natürlich auch aus der mittelfristigen Finanzplanung. Insofern sind alle Überlegungen, sofern sie aus finanztechnischer Sicht unterzubringen waren, auch hier eingeflossen.

Aktiv gestalten, etwas in Fluß bringen und in Bewegung halten,

neue Perspektiven und Chancen eröffnen - das ist es doch, was wir alle gemeinsam wollen und wofür uns auch die Bürger unserer Stadt mit einem Mandat ausgestattet haben.

Der Voranschlag 1998, meine Damen und Herren, ist - und das verdeutlicht allein der außerordentliche Haushalt in Höhe von über 192 Mio. S - ein absolut aktives und in die Zukunft gerichtetes Budget.

Natürlich können nicht alle Wünsche und Vorstellungen erfüllt werden.

Und wir mußten auch bei diesem Budget und bei der Erstellung desselben Prioritäten setzen.

Das liegt aber natürlich im Wesen jeder seriösen Finanzplanung, die neben der Vielzahl an Einzelmaßnahmen vor allem auch die Finanzierbarkeit des Ganzen im Blick haben muß und nie aus den Augen verlieren darf.

Wir haben jedoch - und ich glaube, das kann ich ohne Übertreibung feststellen - so viel wie schon lange nicht mehr in diesem Budget untergebracht.

Und wir können die Finanzierung dafür - was keineswegs eine Selbstverständlichkeit darstellt und was sich ein Großteil der 445 oberösterreichischen Gemeinden nur wünschen kann - zu einem hohen Anteil auch aus eigener erwirtschafteter Finanzkraft durch die in den letzten Jahren wieder beträchtlich erhöhten Rücklagen sicherstellen.

Es ist ein erfreulicher Umstand, der verdeutlicht, daß wir nicht nur im Vorjahr, sondern speziell auch heuer gut gewirtschaftet haben. Wir haben gezielt investiert, gleichzeitig aber auch effizient und sparsam administriert. Wie sonst wäre es möglich gewesen, daß im Nachtragsvoranschlag `97 im ordentlichen Haushalt ein Überschuß von 16,14 Mio. S ausgewiesen wird und wir zusammen mit einer nicht präliminierten Rücklagenzuführung im Ausmaß von 6 Mio. S im o.H. eine Ergebnisverbesserung von rund 22 Mio. S erzielen konnten.

Gleichzeitig haben wir aber auch unseren Schuldenstand gegenüber den Budgetplanzahlen `97 um nicht weniger als 37 Mio. S deutlich reduziert und von angenommenen 751 auf 714 Mio. S - das ist der prognostizierte Stand für Ende `97 - massiv gedrückt.

Und nicht zuletzt konnten wir auch den von mir bereits angesprochenen Rücklagenstand von im Budgetansatz ausgewiesenen 93 Mio. auf in Summe 116 Mio. per Ende `97 kräftig aufstocken.

Ich verhehle nicht, daß ich erwarte, daß der Rechnungsabschluß für 97 eine weitere Verbesserung bringen wird, was

uns auch bei der Betrachtung des Budgets für 98 beruhigen kann und sollte.

Diese positive Entwicklung des heurigen Budgetjahres, meine Damen und Herren, hat unsere finanziellen Spielräume vergrößert und uns in die Lage versetzt, in das Budget für 98 zusätzlich eine ganze Reihe von Maßnahmen aufzunehmen, die wir ansonsten noch zurückstellen hätten müssen.

Der erfreuliche Budgetverlauf und die überplanmäßige Erfüllung des diesjährigen Budgets haben uns ermöglicht, im kommenden Jahr unsere Investitionen verstärkt fortzuführen und darüber hinaus für viele Bereiche noch extra Mittel lockerzumachen und auch die finanzielle Bedeckung dafür sicherzustellen.

Niemand sollte glauben, das wäre uns in den Schoß gefallen. Die Konsolidierung und positive Entwicklung des Stadthaushaltes wäre rein zufällig zustande gekommen oder lediglich das Ergebnis von externen Einflüssen. Es wäre ein Trugschluß. Und ich glaube, daß der Beweis auch in dem Umstand einsichtig ist, daß sich viele andere Gemeinden und Städte durchaus nicht in so einer Lage wie wir befinden.

Es war dafür ein Kraftakt notwendig, bei dem wir im eigenen Haus - im Hause Magistrat - selbst Einsparungen, Rationalisierungen und Maßnahmen, die für die Mitarbeiter und unsere Organisation als Ganzes nicht so einfach verkraftbar waren, vornehmen mußten.

Eine Reduktion des Personalstandes um 5 % in einem Zeitraum von 2 Jahren ist auch im direkten Vergleich mit der vielzitierten Privatwirtschaft eine beachtliche Leistung, zu der wir auch beglückwünscht wurden. Es sollte auch niemand glauben, daß das so automatisch geht und man sagt: 50 Mitarbeiter weniger, und das "Werk" läuft weiter; so ist das nicht.

Es ist damit auch eine enorme organisatorische Herausforderung

verbunden. Und es ist notwendig, auch die Mitarbeiter zu motivieren, ihnen näherzubringen, daß sie auch diese Philosophie sozusagen mittragen.

Ich glaube, daß das nur möglich war, weil hier diese erhöhte Leistungsbereitschaft bei vielen Mitarbeitern vorhanden war. Und ich möchte die Gelegenheit auch nutzen, um den Mitarbeitern in unserem Haus zu danken. Sie haben hier einen erheblichen Teil an dieser Verbesserung unserer finanziellen Situation mitgetragen und mitgeleistet.

Es war auch für das Management im Haus keine ganz einfache Aufgabe, die Organisation so zu straffen und neu zu gestalten, daß alle Leistungen in der geforderten Qualität aufrechterhalten werden konnten. Wir haben einige Bereiche, wo wir auf gesteigerte Leistungen, die auch öffentlich anerkannt wurden, hinweisen können.

Wenn wir heute das umfassende Dienstleistungsangebot für die Bürger mit 50 Mitarbeitern weniger bestreiten als noch 1995 und zusätzlich eine Reihe von überwiegend weiblichen Bediensteten von Ganz- auf Halbtagsbeschäftigung umgestiegen ist - sich also das Arbeitspensum in Summe auf noch weniger Mitarbeiter verteilt hat - dann ergibt sich daraus nicht nur - und das ist entscheidend, meine Damen und Herren - ein Einsparungspotential, das einmalig zu Tage tritt, sondern diese Einsparung schlägt sich alle Jahre wieder nieder, solange wir mit diesem Mitarbeiterstand durchkommen, und zwar mit einer Größenordnung von rund 20 Mio. S Personalkosten.

Das ist schon eine Summe, wenn man von freier Finanzspitze und von Spielräumen redet, die beachtlich ist, wo auch hier ein großes oder eine Reihe von Projekten über Etappen finanziert werden können.

Es gibt aber auch Gelegenheit, auf diese vielzitierten Spielräume, die vergrößert werden sollen, ein bißchen einzugehen. Natürlich muß es das ständige Anliegen in der Finanzpolitik einer Stadt sein, Spielräume zu haben, um Unerwartetes beherrschen zu können, aber auch um Chancen zu nutzen, die sich ergeben können und die immer nur temporär vorhanden sind. Das ist schon richtig und entscheidend.

Es ist aber auch ein Erfahrungswert, der als gesichert betrachtet werden kann, daß Spielräume, die man sich eröffnet, sehr rasch wieder verschwinden, weil nämlich auch die vielfältigen Wünsche vorhanden sind, die immer größer sind als die Möglichkeiten, sie in dieser Zeiteinheit, die zur Verfügung steht, zu erfüllen.

Ich möchte noch auf einen weiteren Fakt hinweisen, der eine Rolle gespielt hat, nämlich unser modernes Finanzmanagement, das hier in einer recht effektiven Weise auf die Veränderungen des Kapitalmarktes reagiert hat. Und hier darf ich unserem Kollegen und Finanzbereichsleiter Mag. Lemmerer danken, der hier in einer sehr effektiven Weise Verhandlungen mit den Bankinstituten geführt hat, die uns alleine durch Zinsgestaltungen über die Darlehenszeiträume 27 Mio. S in Summe bringen werden. Das ist auch ein beträchtlicher Betrag, der hier für sinnvolle und wirkungsvolle Projekte einfließen kann.

Wir haben massiv gespart und das unter dem Aspekt getan, "keine Leistungsrücknahmen" vorzunehmen. Wir haben das Rationalisierungspotential in einer großen Anzahl von Geschäftsbereichen ausgereizt. Nicht in allen, es gibt

durchaus weiterhin Ziele, wo wir noch Effizienzverbesserungen durchführen können.

Überhaupt meine ich, daß dieser Betrachtungsprozeß nie zu Ende sein kann, weil sich die Anforderungen, die Umstände ändern, weil neue Methoden, neue Möglichkeiten, neue Technologien auch in unserem Bereich einfließen. Und wir müssen die Chancen, die sich in diesem Zusammenhang bieten, immer wieder ausnützen, und wir müssen natürlich auch modernste Methoden und Mittel einsetzen, um diese Effizienz darzustellen.

Ich bin auch durchaus der Meinung, daß wir den Vergleich mit privaten Anbietern nicht scheuen dürfen. Ganz im Gegenteil. Wir sollten diesen Vergleich immer wieder suchen, und das ist eigentlich für mich der Parameter dafür, daß wir auf der Höhe der Zeit bleiben. Es ist auch, und das möchte ich in Richtung unserer Beschäftigung sagen, in Wirklichkeit, wenn wir dieser Vergleichbarkeit standhalten, der Riegel dafür, daß wir einer schrankenlosen Privatisierung sozusagen Tür und Tor öffnen.

Überhaupt hat sich gezeigt, daß die Privatisierung in anderen Städten, die teilweise erfolgte, nicht nur erfolgreich gewesen ist. Innsbruck ist ein negatives Beispiel. Dort mußte man Privatisierungen wieder zurücknehmen. Die Stadt mußte also wieder mit vielen Kosten ausgelagerte, privatisierte Bereiche in ihrem Schoß aufnehmen, um die Leistung überhaupt darzustellen, weil Private dann diese Leistung nicht mehr erbracht haben. Ein schwieriges Thema.

Also, meine Damen und Herren, ich glaube, das Privatisieren muß man sich sehr gut ansehen, und ich bin kein Verfechter dieser Philosophie, die Stadt wieder auf dieses „Nachtwächterstaat“, in dem Fall „Nachtwächterstadt-System“ zurückzudrehen.

Ich glaube, daß unsere Bürger in ihrer Lebensqualität und in ihrem Wohlbefinden sehr wohl die Leistungen der Stadt hoch einschätzen und im wesentlichen damit zufrieden sind, obgleich natürlich Verbesserungen überall und immer wieder möglich sind.

Ich möchte aber auch hinweisen, daß wir es mit einer Verbesserung der wirtschaftlichen Situation zu tun haben und daß sich diese natürlich auch in unserer finanziellen Gebarung niederschlägt. Allerdings sind unsere eigenen Maßnahmen, die wir bei dieser Gelegenheit auch nicht unter den Scheffel stellen sollten, mit Auslöser, daß wir diese schwierige Zäsur in der Steyrer Binnenwirtschaft durch die Situation der großen Industrieunternehmen, die uns traditionell immer Beschäftigung und Einkünfte auch bei der Gemeinde in befriedigender Form in der Vergangenheit gesichert haben, so rasch bewerkstelligen konnten, und das ist nicht zuletzt auch auf die Aktivitäten der Stadt zurückzuführen.

Im Vergleich mit obersteirischen Regionen, die ähnliche Entwicklungen durchgemacht haben, haben wir in ganz kurzer Zeit die neuen Ufer gesucht und zum Teil auch gefunden.

Die Finanzentwicklung in der Stadt und auch die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen, die doch tendenziell seit 3 Jahren nach unten zeigt, sind hier Beweis dafür, daß wir auf dem richtigen Weg sind. Keineswegs sind wir am Ziel angelangt. Und ich glaube, daß wir die Bemühungen fortsetzen werden und wenn's geht, da und dort noch steigern müssen, um hier zusätzliche Impulse zu bringen, zusätzliche strukturelle Möglichkeiten aufzutun, um diesem Wirtschaftswachstum, gerade im Klein- und Mittelbetriebsbereich, zu entsprechen. Chancen gibt es immer wieder. Und dieser Wirtschaftspark „Steyr-Nord“ ist für mich so eine Chance, die ich deutlich vor meinen Augen sehe, wenn wir die richtigen Maßnahmen setzen. Jedenfalls werden dort 1.000 bis 1.500 Arbeitsplätze geschaffen, und wir müssen auch die Rahmenbedingungen dafür so rasch als möglich in dieser Funktionsperiode darstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben einen Teil dieser wirtschaftlichen Verbesserungen auch den gestiegenen Ertragsanteilen des Bundes zuzuschreiben.

Wir müssen auch einmal sagen, um die Dinge wirklich im Lot zu sehen, daß uns das vielkritisierte Sparpaket der Bundesregierung in bezug auf die Einnahmensituation in den Gemeinden und natürlich auch durch erfolgreiche Verhandlungen zum Finanzausgleich, die der Städtebund für uns geführt hat, wo wir Mitglied sind, auch einen Teil dieser verbesserten Situation sozusagen miteingebracht haben.

Also Sparpaket andersherum - für die Gemeinde gut gewesen; Chancen eröffnet, um hier leichter über die Runden zu kommen und um anstehende Probleme zu lösen.

Auch nicht vergessen möchte ich, daß die reduzierte Landesumlage sich jetzt und in der Zukunft auch in diesem Zusammenhang positiv niederschlagen wird.

Zusammengefaßt kann man sagen, daß wir in bezug auf die Budgetentwicklung - insgesamt betrachtet - unsere Hausaufgaben gut und gewissenhaft erledigt haben und mit den positiven Außeneinflüssen für 98 nunmehr wieder in der Lage sind, zielgerichtete Investitionspolitik nicht nur fortzusetzen, sondern den Umfang und das Tempo in verschiedenen Bereichen sogar noch zu erhöhen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

"Der Haushalt ist der beste, worin man nichts Überflüssiges will, nichts Notwendiges entbehrt".

Ein Satz, der für uns alle, besonders natürlich für den Finanzreferenten eine Richtlinie darstellt und während der gesamten Budgeterstellung förmlich über der Eingangstüre zum Büro hängen sollte.

Ich glaube, daß diese Zielvorgabe in diesem Budgetvoranschlag irgendwo realisiert wird, weil ich überzeugt davon bin, daß kein einziges Projekt, keine einzige Maßnahme darin enthalten ist, auf die wir guten Gewissens verzichten hätten können.

Und auch was das Notwendige betrifft, so meine ich, haben wir im Budget 98 dafür mit sehr viel Sorgfalt und großem Verantwortungsbewußtsein Sorge getragen, sodaß es auch in diesem Punkt den Zielvorgaben dieses Leitsatzes entspricht, wenn man einmal davon absieht, daß in einer Stadt unserer Größenordnung die Notwendigkeiten grundsätzlich niemals enden und naturgemäß nur Schritt für Schritt entsprechend der Prioritäten erfüllt werden können.

In Zahlen ausgedrückt sieht der Budgetvoranschlag für 1998 in der Fassung des Abänderungsantrages, den ich auch am Ende meiner Ausführungen vortragen werde, der ihnen heute zur Beschlußfassung vorliegt, einen ausgeglichenen ordentlichen Haushalt in Höhe von 934,6 Mio. S sowie einen ao. Haushalt in Höhe von 192,4 Mio. S vor.

Der Gesamtbudgetrahmen beträgt somit 1,127 Mio. S und liegt damit - so wie in den beiden Vorjahren - neuerlich deutlich über der Milliardengrenze.

Ein zweifellos für unsere Stadt gewaltiges Budgetvolumen, dessen Dimension unter anderem auch durch den enormen Stellenwert verdeutlicht wird, den die Stadt selbst als Wirtschaftsfaktor besitzt.

Noch deutlicher wird dies jedoch, wenn man den ao. Haushalt, also den reinen Investitionshaushalt, etwas näher betrachtet und nur einige darin enthaltene Einzelprojekte herausgreift.

So sind nach 21 Mio. im Vorjahr, heuer weitere 30 Mio. S für die in Bau befindliche "Verkehrsdrehscheibe Bahnhofsüberbauung", das Schlüsselprojekt zur Umsetzung des Verkehrskonzeptes, budgetiert.

Wahrscheinlich ist dieses Projekt das einzige, bei dem man sieht, welche gewaltige Ausmaße es hat. Viele andere Projekte, die auch schon so viel und mehr Geld gekostet haben, sind eher unter der Erde, aber genauso wichtig.

Zusammen rund 63 Mio. S sind für den Straßen-, Kanal- und Brückenbau vorgesehen. Eine gewaltige Summe, die überwiegend direkt der heimischen Bauwirtschaft zugute kommt.

Weitere 14 Millionen haben wir für die Fortführung der Hallenbadsanierung vorgesehen, wobei wir aber auch noch Verhandlungen mit dem Land Oberösterreich über die Möglichkeiten einer Aufstockung des zugesagten Förderumfanges führen müssen, da uns ja bekanntlich nicht nur die 1. Sanierungsetappe eine kräftige Kostenüberschreitung beschert hat, sondern es den Anschein hat, daß auch die 2. Etappe deutlich teurer kommen wird, als ursprünglich die Bäderbauexperten des Landes den Kostenumfang bewertet und beurteilt haben.

Nicht weniger als 11,8 Mio. S fließen 1998 in den Gesamtausbau FAZAT, der in Summe 100 Mio. S kostet, von Bund, Land und EU mitgefördert wird und uns nicht nur ein neues Fachhochschulgebäude bringt, sondern bei dem gleichzeitig auch das internationale Forschungsinstitut VPTÖ/Profactor großzügig räumlich erweitert wird und dadurch auch personell weiter- wachsen kann. Das Umfeld werden wir auch ins Auge fassen; ein Steg muß errichtet und ein Vorplatz gestaltet werden. Beträge, die man auf den ersten Blick nicht sieht, aber die zur Fertigstellung und im Sinne unserer stadtbildpflegerischen Überlegungen notwendig sind.

Mit einem Budgetansatz von 11 Mio. S setzen wir auch den Ausbau unseres Kommunalzentrums zügig fort und schließen ihn eigentlich - jedenfalls aus unserer heutigen Sicht - mit dieser neuerlichen Großinvestition finanziell ab.

Wie geplant, stehen jetzt noch die Übersiedlung des Wirtschaftshofes sowie eines Teiles der Gärtnerei und schließlich auch noch die Übersiedlung des Gas- und Wasserwerkes auf dem Programm, die wir in den kommenden beiden Jahren durchführen werden. Das ist auch ein Jahrzehnteprojekt, das alle wirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt unter einem Dach zusammenfaßt. Synergieeffekte können genützt werden. Das Service für diese Stadt, das wir immer brauchen werden, erscheint langfristig damit gesichert. Und was die Kostenbelastung für die Bürger betrifft, können hier Gebühren und Tarife in Grenzen gehalten werden. Wir können hier ein betriebswirtschaftlich durchorganisiertes System plazieren, was meiner Meinung nach höchst notwendig war.

Direkte Wirtschaftsförderungsmittel werden im Ausmaß von 11 Mio. S. fließen.

8 Mio. S für die 2. Förderungsrate der BMW - Ausbaustufe 4.

Für den Kindergartenneubau in Münichholz sind 6,5 Mio. S veranschlagt, für die Planung der neuen Resthof-Volksschule 5 Mio. S, ebenfalls 5 Mio. S haben wir für den Umbau und die Modernisierung unserer Bücherei budgetiert.

Ebenfalls eine sehr wichtige Investition stellt die Kanalisation in Münichholz dar. Wir wollen ja die neue Schrebergartenanlage, die dort entstehen soll, nach heutigen, modernen Gesichtspunkten (vom Umweltschutz her) mit dieser Einrichtung versorgen. 3,5 Mio. S werden dafür notwendig sein.

Für die Sanierung und Revitalisierung des Kolpinghauses stellen wir im kommenden Jahr inklusive der Mittel aus der Altstadterhaltung einen Betrag von 1,8 Mio. S zur Verfügung. Damit wird auch einer langjährigen Forderung Rechnung getragen, zum einen im Steyrdorf Kommunikationseinrichtungen zu errichten, die wir dort entbehren - wir erinnern uns an Stadtteilversammlungen, die am Tabor durchgeführt werden mußten -, zum anderen sollen auch Quartiere für Studenten geschaffen werden, was ich als eine sehr belebende Aktivität, die ins Gesamtkonzept „Revitalisierung Steyrdorf“ paßt, erachte.

Neuerlich mit 1,5 Mio. S dotiert sind die Stadtmarketing-Aktivitäten, die wir nach dem recht erfolgreichen Startjahr '97 - mit neuen Schwerpunkten und Ideen - auch im kommenden Jahr fortsetzen werden.

Wir wissen, daß diese Bemühungen nur dann erfolgreich sein werden, wenn das über längere Zeiträume auch nachhaltig geschieht. Die Mittel dafür sind gesichert.

Und eine Million - aus budgetären Gründen allerdings im ordentlichen Haushalt verbucht - haben wir auch für die zukünftigen Betriebskosten der Fernuniversität reserviert, die wir bekanntlich ja nach Steyr bekommen wollen und wo die Gespräche sehr weit gediehen sind und von denen ich erhoffe, daß sie wirklich in den nächsten Wochen oder Monaten zum Erfolg führen und wir im nächsten Jahr tatsächlich einen Beginn der Fernuniversitäts-Aktivitäten in Steyr erwarten dürfen.

Darüber hinaus nehmen wir nächstes Jahr aber auch die Sanierung unseres Heimathauses in Angriff, wofür wir als 1. Finanztranche S 800.000,- vorgesehen haben und 1999 beabsichtigen, nochmals eine Summe in dieser Höhe zu investieren.

Von S 500.000,- auf insgesamt eine Million S aufgestockt haben wir auch die Lehrlingsförderung durch die Stadt, womit wir unser Engagement auf diesem Sektor für die jungen Menschen noch stärker unter Beweis stellen.

Diese Zusatzmittel in Höhe von einer halben Mio. S sind - und das erscheint mir besonders wichtig - als Förderungsbeitrag der Stadt ausschließlich für jene Betriebe bestimmt, die zusätzliche Lehrplätze schaffen und somit im Interesse der Jugendlichen ihr Netto-Lehrplatzangebot erhöhen.

Weitere S 500.000,- haben wir zur Ausfinanzierung des neuen Jugendkulturhauses verplant, die wir 99 mit nochmals einer halben Million unterstützen wollen.

Ich meine, daß wir auch die anderen Förderungsgeber, wie Land und Bund, nicht aus ihrer Pflicht für die Jugend und die Jugendkultur entbinden dürfen. Wir müssen auch dort gemeinsam vorstellig werden, um die Jugendlichen zu unterstützen und daß auch von diesen übergeordneten Gebietskörperschaften Mittel, um dieses Jugendkulturhaus wirklich zu einem Kommunikationszentrum für die Jugend zu machen, fließen.

Ebenfalls gibt es einen Budgetansatz von S 500.000,- für die konkreten Planungsschritte zur Integrierung der Musikschule ins Reithoffergebäude. Ein Thema, das überwiegend das Land berührt, wobei aber wir hier als Beschaffer der Räumlichkeiten schon unseren Teil geleistet haben. Wir werden allerdings auch Finanzmittel in Höhe von etwa 1/3 des Gesamtaufwandes zu berappen haben. Entscheidend wird sein, wie es uns gelingt, entsprechende Vormerkungen im Landesbudget zustande zu bringen. Unsere Chancen sind unter dem Umstand, daß hier eine Einigung mit allen Betroffenen darüber besteht, daß das im Reithofferhaus sein wird, daß dieses Haus vorhanden ist, daß eigentlich unmittelbar begonnen werden könnte, viel besser als in der Vergangenheit geworden, wo verschiedene Standorte im Gespräch waren und man sich nicht auf eine konkrete Standortwahl einigen konnte.

Neu und ebenfalls zusätzlich ins Budget aufgenommen haben wir 2,2 Mio. S für die Ausweitung der mobilen Heim- und Hauskrankenpflege in unserer Stadt.

Demgegenüber haben wir aber auch schon Zusagen über Einnahmen von 1,7 Mio. S von seiten des Landes OÖ. Es wird allerdings mit einer halben Mio. S dieser Ansatz budgetwirksam werden.

Darüber hinaus ist erstmals ein Budgetansatz von 150.000 Schilling für barrierefreie Baumaßnahmen durch die Stadt vorgesehen, und derselbe Betrag wurde auch für eine Standortanalyse der geplanten neuen, großen Sport- und Veranstaltungshalle festgeschrieben.

Und schließlich möchte ich aus dem Umweltbereich auch noch die neue Förderung der Stadt von Solaranlagen für private Haushalte in Höhe von insgesamt S 150.000.--, die gleichzeitig verstärkte Nutzung der Solarenergie in städtischen Gebäuden, für die in Summe S 200.000.-- vorgesehen wurden, sowie nicht zuletzt auch noch die Dotierung eines Umweltschutzpreises der Stadt Steyr mit S 50.000.--, der 98 erstmals ausgeschrieben wird, erwähnen.

Diese Projekte und Vorhaben, diese zum Teil beachtlichen Einzelsummen und die sich daraus ergebenden gewaltigen Gesamtbeträge, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind aber nur Beispiele und stehen stellvertretend für ein Gesamtinvestitionspaket, das wir geschnürt haben, ohne deshalb unsere Finanzierungsgrenzen zu überschreiten.

Denn die Ausfinanzierung sämtlicher im Budget vorgesehen Projekte und Maßnahmen errechnen sich aus heutiger Sicht für Ende 98 bei einem noch immer relativ beruhigenden Rücklagenstand von 84 Mio. S.

Aber auch der Schuldenstand liegt mit veranschlagten 726 Mio. S für Ende 98 durchaus in einem akzeptablen und angesichts der enormen Investitionen vertretbaren Bereich. Und er hält auch dem direkten Vergleich mit anderen Städten - wenn er seriös gemacht wird, also wenn auch bei anderen Kommunen wirklich sämtliche aushaftenden Darlehen, wie z.B. für den öffentlichen Verkehr oder die großen Brocken der Kanalbaudarlehen berücksichtigt werden - durchaus stand.

In Summe - und das ist ja von ganz wesentlicher Bedeutung - erfüllt der Budgetvoranschlag für 1998 wiederum ganz klar die Maastricht-Kriterien, und das ist wirklich auch mitzubetonen, weil ja hier neue Festlegungen auch in die Budgetpolitik miteingeflossen sind.

Darüber hinaus bin ich aber zuversichtlich, daß es uns - so wie in den vergangenen Budgetjahren - durch konsequenten und sparsamen Budgetvollzug gelingen wird, das tatsächliche Rechnungsergebnis für 98 noch zu verbessern, daß wir also den budgetierten Schuldenstand letztendlich noch reduzieren können und auch die Rücklagen vielleicht nicht in diesem geplanten Ausmaß in Anspruch genommen werden müssen.

Unabhängig davon, meine Damen und Herren, steht aber zweifelsfrei fest, daß der Budgetvoranschlag der Stadt für 98 mit einem Gesamtvolumen von über einer Milliarde und einem reinen Investitionshaushalt von über 192 Mio. S einen enormen Impuls für die regionale und heimische Wirtschaft darstellt und das Gesamtpaket praktisch in sämtlichen Bereichen Verbesserungen bringt und zu einer weiteren deutlichen Qualitätssteigerung in unserer Stadt beiträgt.

Damit erfüllt das Budget 98 nicht nur seine funktionelle Aufgabe.

Vielmehr setzen wir mit dem Voranschlag 98 auch ganz klare Zeichen, wie und wohin sich die Stadt weiterentwickeln soll.

Wir gestalten also aktiv die Zukunft unserer Stadt und schaffen von Ausbildung und Forschung über die Wirtschaft den Sozialbereich bis hin zu Kultur, Jugendkultur und Umweltschutz neue Perspektiven und Chancen.

Nicht zuletzt deshalb bin ich der festen Überzeugung, daß der Voranschlag 98 ein Budget darstellt, das mehr ist als eine solide finanzielle Grundlage für unsere Arbeit im nächsten Jahr.

Das ist es natürlich auch.

Es ist aber darüber hinaus ein zielgerichteter Schritt im Rahmen einer modernen, transparenten und bürgernahen Stadtentwicklung.

Ich bin überzeugt davon, daß die Weichen, die wir mit diesem Budget stellen, sinnvoll, notwendig und richtig sind und in Summe wie auch im Detail dem entsprechen, was wir alle gemeinsam wollen, nämlich die vorhandenen finanziellen Möglichkeiten zu nutzen, um unsere Stadt noch schöner und lebenswerter zu gestalten. Im Interesse und im Dienste unserer Bürger.

In diesem Zusammenhang

darf ich sie ersuchen, diesem Budgetvoranschlag 98 der Stadt Steyr in der Fassung des Abänderungsantrages ihre Zustimmung zu geben. Und ich hoffe sehr, meine Damen und Herren, daß angesichts der vorgelegten Zahlen und Fakten eine möglichst breite Mehrheit des Gemeinderates diesem Ersuchen nachkommen kann und wird.

Ich möchte ihnen nunmehr die Anträge vortragen. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

9) Fin-100/97 Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1998

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1998 wird
im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von

S 927.830.000,-

und im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von

S 183.859.000,-

ausgeglichen.

- im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind - festgestellt.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die in den Sammelnachweisen angeführten Ausgaben erklärt.

Weiters werden genehmigt:

a) Die dem Voranschlag beigeschlossenen "Allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages".

b) Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke Steyr mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von insgesamt S 64.270.000,- und der des Steyrer Versorgungsbetriebes mit insgesamt S 137.100.000,-, der Investitionsplan der Stadtwerke Steyr mit Erfordernissen und deren Bedeckung in Höhe von S 13.920.000,-, der Investitionsplan des Versorgungsbetriebeverbundes mit S 20.300.000,-, der Wirtschaftsplan des Alten- und Pflegeheimes Tabor mit Aufwendungen und Erträge in Höhe von insgesamt S 96.142.000,-, der Investitionsplan des Alten- und Pflegeheimes Tabor mit S 2.000.000,-, der Wirtschaftsplan der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr Ges.mb.H. (GWG), der Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben.

Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe

500 v. H.

Grundsteuer B für andere Grundstücke

500 v. H.

Es liegt ein gemeinsamer

Abänderungsantrag,

der im Gemeinderat Stadt Steyr vertretenen Fraktionen der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, der Österreichischen Volkspartei und der Grünen Alternativen Liste vor.

Er betrifft ebenfalls den Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1998.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat, Fin-100/97, Mag.Le/ha vom 10.11.1997, beschlossen in der Sitzung des Stadtsenates vom 20.11.1997, wird wie folgt abgeändert:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1998

wird im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von S 927.830.000,- mit

S 934.592.000,-

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen

sowie im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben anstelle von S 183.859.000,- mit

S 192.409.000,-

und den in der beigeschlossenen Aufstellung angeführten Änderungen festgestellt.

Bezüglich der in der Beilage angeführten zusätzlichen Mittel wird festgelegt, daß sie nur für die angeführten Zwecke zur Verfügung stehen, und daher Kreditübertragungen für andere Vorhaben nicht möglich sind.

Sämtliche anderen Teile des ursprünglich vorgelegten Voranschlags 1998 bleiben unverändert. (BEILAGE)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke ihnen sehr für die Aufmerksamkeit. Ich bitte unsere Vorsitzende, den Antrag und die Ausführungen zur Debatte zu stellen.

Ich darf sie nochmals ersuchen, am Ende dieser Debatte mit einer möglichst großen Mehrheit diesem Budget ihre Zustimmung zu erteilen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich danke unserem Bürgermeister und Finanzreferenten für die ausführliche Berichterstattung und darf fragen, wer als nächstes das Wort wünscht? Herr StR. Bremm, bitte.

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Wertes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren, wertere Vertreter der Medien, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Wenn das keine Budgetdebatte wäre, könnte man hier mit gutem Gewissen sagen: „Jede Debatte könnte man sich ersparen“. Es ist in Wirklichkeit von dem Gesagten, das hier der Bürgermeister und Finanzreferent gebracht hat, nichts wegzudenken und wegzustreichen.

Natürlich bleiben Wünsche für das nächste Jahr über, wie das auch schon einige Male in den Ausführungen des Herrn Bürgermeisters erwähnt wurde.

Ich möchte trotzdem, auch im Namen der sozialdemokratischen Fraktion, einige Gedankengänge und Bemerkungen zum Budget machen.

Wenn man in einem Betrieb eine Bilanz durchleuchten, betrachten und beurteilen will, ist man gut beraten, dies über mehrere Jahre zu tun. Wenn man sie nur aus der Sicht eines Geschäftsjahres betrachtet, läuft man Gefahr, verschiedene Entwicklungen nicht so zu erkennen, wie sie vielleicht dort beinhaltet sind. Und ich glaube, auch für das Budget einer Kommune, das Budget einer Stadt, ist es sicherlich zweckmäßig, das Budget oder die Budgets von mehreren Jahren heranzuziehen, um hier auch eine objektivere Beurteilung machen zu können.

Trotz den wirtschaftlich schwierigen Rahmenbedingungen in den letzten Jahren in Steyr ist es gelungen, eine Konsolidierung bei den vergangenen Budgets, wie das auch erwähnt wurde, zu erreichen.

Mit dem Budgetvoranschlag 1998 wird diese Entwicklung im wesentlichen fortgesetzt. Die großen Anstrengungen und teilweise auch schmerzlichen Einsparungen tragen unverkennbar ihre Früchte.

Auch die letzten Zweifler müßten jetzt erkennen, daß die Stadt aus einer schwierigen Situation in eine äußerst positive Richtung gesteuert wurde.

Zahlen lügen nie. Und wenn man diese seit den Budgets der letzten Jahre sowie des heurigen Jahres auch kritisch betrachtet, ist die positive Entwicklung unübersehbar.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch ein bißchen in das vergangene Jahr zurückgedacht, wo von

Panikbudgets oder finanziellen Debakels zum Teil in der Öffentlichkeit die Rede war.....

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Was schaut denn da mich an?

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Du hast das eh nicht gesagt, Roman. Du bist nämlich eh von uns überzeugt.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Also die Schlußfolgerung

Gelächter

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Weil du es nicht gesagt hast, ziehe ich diese Schlußfolgerung.

Wenn Panikbudgets oder finanzielle Debakel so aussehen, wie sie sich in den Zahlen der letzten Budgets widerspiegeln, dann müßten wir uns auch für die Zukunft solche wünschen.

Auch wenn man alles aus einer „dunkelblauen Brille“ betrachtet, müßte man erkennen, daß in Steyr eine Fülle von positiven Veränderungen im Gange sind.

Z.B. - es hat ja der Herr Bürgermeister ausführlich die großen und wichtigen Projekte angeschnitten - der Kauf des Kommunalzentrums und die damit verbundene Konzentrierung der Wirtschaftsbetriebe der Stadt, die ja auch dementsprechend positive Synergieeffekte auslösen werden, der Ausbau und Bau des FAZAT, die Fachhochschule oder der Bau der Bahnhofsüberbauung brachten in den letzten Jahren und bringen aber auch in den nächsten Jahren große finanzielle Belastungen mit sich.

Trotzdem ist es gelungen, bis zum heurigen Jahr die Rücklagen zu erhöhen und die Schulden zu verringern.

Im Budgetansatz 1998 werden zwar die Rücklagen sowie die Schulden geringfügig gesenkt bzw. erhöht, aber in Anbetracht dessen, daß auch im nächsten Jahr eine ganze Menge an großen und wichtigen Vorhaben im Budget niedergeschrieben ist, ist das sicherlich akzeptabel und vertretbar.

Der Herr Bürgermeister Leithenmayr hat ja in seiner Budgetrede die großen finanziellen Brocken angesprochen.

Ich möchte auch aus unserer Sicht einige wichtige Projekte untermauern und unterstreichen.

Das Hallenbad, das ja in mehreren Etappen saniert wird, die Bahnhofsüberbauung, das FAZAT, das Kommunalzentrum, der Kindergarten Münchenholz, die Planungskosten für die Volksschule Resthof, die Kanalisation der Schrebergartenanlage Münchenholz, die Lehrlingsförderung, ein ganz wesentlicher Bereich und ein wichtiges Anliegen für alle ist das Jugendkulturhaus oder der Betrag, der für die Standortanalyse einer Mehrfachsporthalle in Steyr im Budget festgeschrieben ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Bei Budgetstellungen werden naturgemäß immer wieder Wünsche offenbleiben.

Es ist sicherlich eine Prioritätenreihung notwendig, und diese findet sich auch für die sozialdemokratische Fraktion im Budget 98.

Ich möchte dem Bürgermeister und unserem Finanzreferenten, aber auch den Fachbeamten für ihre Arbeit danken. Das alles ist ja umfangreich und wird in einer relativ kurzen Zeit ausdiskutiert, abgehandelt. Das Zahlenwerk umfaßt, ich weiß es nicht genau, aber sicher weit über 1.000 Seiten. Es stehen viele Stunden Arbeit dahinter. Ich darf hier allen herzlich für diese Tätigkeit danken. Und ich möchte auch alle Fraktionen, die dem Abänderungsantrag nicht beigetreten sind, ersuchen, diesem Budget, das für die Stadt sicherlich wesentliche Fortschritte und Verbesserungen bringt, zuzustimmen.

Die sozialdemokratische Fraktion wird dem auf alle Fälle die Zustimmung geben. Danke schön.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich danke Herrn StR. Bremm. Nächster ist Herr Vizebürgermeister Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrte Frau Vorsitzende, Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Meine erste Wortmeldung wird relativ kurz sein. Ich werde die Stellungnahme der Freiheitlichen-Gemeinderatsfraktion erst in der zweiten Wortmeldung abgeben.

Ich möchte die Gelegenheit dazu nutzen, um die nicht stattgefundenen Verhandlungen aufzuzeigen und wichtige Projekte, die für Steyr wichtig sind, mittels eines Abänderungsantrages hier vorzulegen. Diese Vorhaben sind keine neuen Projekte, die wir im Finanz- und Rechtsausschuß vorgelegt haben. Es haben, wie sie wissen, gestern ansonsten keine Verhandlungen stattgefunden.

Es ist nicht so, Herr Bremm, wie sie sagen, daß wir dem Abänderungsantrag nicht beigetreten sind. Dem Abänderungsantrag konnten wir gar nicht beitreten, weil den Abänderungsantrag haben wir erst gestern auf Verlangen bekommen. Und auch dort wurden wir nicht einmal eingeladen, darüber näher zu diskutieren.

Also die Verhandlungen über das Budget '98 haben nicht stattgefunden.

Der wichtigste Mann - Finanzreferent, Bürgermeister - war in der wichtigsten Zeit auf Urlaub.

Zwischenruf: „Sie auch!“

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich war 3 Tage, das ist richtig, aber leider nicht auf Urlaub, sondern dienstlich im Ausland. Aber das macht ja nichts.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Das war ein Gebührenurlaub, der einem gebührt.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Es war auch so, daß Versprechungen, die der Herr Bürgermeister Leithenmayr am Rande einer StS.-Sitzung - vor allen StS.-Mitgliedern - gegeben hat, daß zwei Dinge eintreten werden, und zwar daß wir innerhalb 1 Woche über die leidige Ausschußvorsitzendenfrage Bescheid bekommen und daß wir auch einen Termin mit dem Finanzreferenten bekommen. Nicht einmal das ist eingetreten, bzw. hat es dann lapidar geheißen: „Der Herr Bürgermeister weilt 14 Tage auf Urlaub.“ Soweit dazu.

Herr Bürgermeister Leithenmayr sagte in seiner ersten Wortmeldung: „Wir entbehren nichts Notwendiges.“ Ich werde versuchen, ihnen hier mitzuteilen, daß schon sehr notwendige Anliegen der Stadt dieses Budget der Stadt entbehren. Und wir haben hier einen Abänderungsantrag vorbereitet. Er betrifft Punkte, wie Sanierung Freibad, betrifft ein Strukturveränderungsmaßnahmenpaket im gesamten Stadtbad, betrifft Erhöhung der Mittel für die 2. Sanierungsetappe Hallenbadsanierung - Sauna, betrifft, auch keine neue Forderung, Fortführung des Schloßleitenweges bis zur Wohnanlage Fabriksinsel, betrifft den Umbau Taborknoten, betrifft Umsetzung Fahrradkonzept, weil hier die im Budget vorhandenen 2,1 Mio. S nicht für die tatsächliche Umsetzung des Fahrradkonzeptes vorhanden sind, sondern wie wir erfahren mußten, wird dieses Vorhaben im Rahmen der Nordspange sowieso verbaut, das heißt, diese 2,1 Mio. S gehören eigentlich zum Bauprojekt „Nordspange“. Ferner ist uns wichtig - und ich glaube, das ist uns allen wichtig - wenn im Herbst d.J. eine generelle Umstrukturierung im Bereich des Stadtplatzes mit dem Verkehrsleitsystem und mit den Autobussen stattfinden wird, daß wir eine Umgestaltung des Stadtplatzes planen und daß auch für die Planung City-Parkgarage Mittel vorgesehen werden.

Wir haben alle diese Themen bereits vorgelegt. Wir haben auch gebeten - weil uns nicht alles zugänglich ist -, daß sich Finanzexperten über die Kostendeckung Gedanken machen sollen. Sie sind nicht alle beziffert, deshalb die Planungen, aber es genügt ja auch eine Absichts- und Grundsatzerklärung für diese Projekte.

Wir haben unsere Forderungen also auf das Notwendigste reduziert, weil wir auch annehmen, daß das Budget der Stadt Steyr - mit oder ohne unsere Stimme - eine Zustimmung finden wird.

Es kann nicht sein, daß wichtige Projekte nur aus parteitaktischen Gründen abgelehnt werden, weil der zuständige Referent zu 90 % für diese Mittel hier nicht zuständig ist, weil sie zu 90 % im Bauressort verwaltet werden. Auch hier wäre vielleicht einmal - und ich habe das auch nach der letzten Wahl angeboten - ein Grundsatzgespräch über die Neuaufteilung im Stadtsenat bzw. bei den Agenden eine große und auch innere Verwaltungsreform notwendig.

Ich möchte noch auf einige Punkte von Herrn Bürgermeister Leithenmayr eingehen, weil er immer Vergleiche zieht.

Das ist ja schwierig, Herr Bürgermeister Leithenmayr, und auch fast nicht zulässig, wenn man eine Zahl mit der einer anderen Stadt vergleicht. Wir wissen selbst, und da sind wir schon zu lange im Geschäft, daß das sehr leicht möglich ist.

Solange es uns nicht gelingt, daß wir Vergleichbares mit Vergleichbarem vergleichen, wird das immer hinken. Und ich habe es beim Städtebund versucht, im Kulturbereich eine vergleichbare Größe von Kulturausgaben zu bringen. Es ist mir noch nicht gelungen oder nicht gelungen. Ich sage es ganz offen. Aber genausogut wäre es notwendig, und vielleicht gibt die Stadt Steyr eine Initialzündung für eine Art Rechnungslegungsgesetz für die Gemeinden, daß wir hier, die Städte, eine gemeinsame Budgetstruktur erarbeiten - mit Hilfe und vielleicht im Auftrag des Städtebundes. Die Zahlen sind nicht vergleichbar.

Und wenn wir uns mit der wichtigsten Vergleichsstadt Wels vergleichen, da hinken die Zahlen natürlich schon sehr stark nach, Herr Bürgermeister. Was vergleichbar ist, ist der Schuldenstand. Sie haben gesagt, daß wir gegenüber den vergleichbaren Städten gut dastehen. Beim Schuldenstand für '98 prognostiziert, jetzt ohne den Abänderungsantrag eingerechnet: 668, Wels: 513. Ein Unterschied von 155. Beim Nettoaufwand für den Schuldendienst hat Wels 59 Mio. S und wir haben 111 Mio. S. Beim Zinsendienst verhält es sich natürlich ähnlich: 28 zu 16 - immer zuungunsten von Steyr, obwohl Wels natürlich größer ist. Auch beim Kommunalsteueraufwand ...

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Aber, Herr Doktor, sie selbst haben gerade gesagt, daß es nicht vergleichbar ist, weil die den Kanal draußen haben, weil sie den Verkehr nicht haben und, und, und.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Eben; es gibt viele Dinge - ich komme noch darauf zu sprechen -, die vergleichbar und die nicht vergleichbar sind. Aber der Schuldendienst ist ja wohl eine Zahl.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Nein! Überhaupt nicht!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Wenn sie mir mit vergleichbaren Zahlen kommen - ich komme noch drauf -, dann müßten wir über Kanäle, dann müssen wir über ausgegliederte Altenheime usw., auch in Steyr, sprechen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja eh! Unsere Schulden sind da alle drinnen! Das ist der Unterschied!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich zeige ihnen noch etwas. Sie haben die Stadt Innsbruck angesprochen. Ich habe mich zufällig mit den Finanzen der Stadt Innsbruck auch ein bißchen auseinandergesetzt. Ich habe hier die mittelfristige Finanzprognose der Stadt Innsbruck. Sie haben gesagt, die Freunde in Innsbruck haben zuerst ausgegliedert und dann wieder zurückgenommen. Das ist auch richtig. Aber auch nur zu marginalen Teilen. Wissen sie, was die Innsbrucker gemacht haben? Die haben wirklich eine mittelfristige Finanzplanung, und nach der gehen sie ganz schematisch und ganz pragmatisch vor. Und was sie immer begleitend dabei haben, was uns fehlt, das ist: eine Kostenbegleitung. Das heißt, alle Projekte müssen mit einer Folgekostenberechnung vorgelegt werden. Müssen! Und das ist der ganz große Unterschied.

Vielleicht interessieren sie sich einmal für die mittelfristige Finanzplanung der Stadt Innsbruck. Es gibt 2 Bände, und da ist ganz, ganz Interessantes drinnen, auch über die Verwaltungsreform und tatsächliche Ausgliederungen. Nur soweit dazu.

Wir haben auch im vorliegenden Abänderungsantrag, den ich ihnen gleich überreichen werde, auf parteipolitische Dinge verzichtet, wie er im vorliegenden Antrag der SPÖ, GAL und der Schwarzen vorliegt. Wir haben keine Parteivorfeldorganisationen drinnen, wie Sputnik und Nachfolgeorganisationen. Wir haben nur solche Dinge im Abänderungsantrag, die für das Wohl der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Steyr notwendig sind.

Zu der Fraktionserklärung würde ich sie bitten, daß ich anschließend, nachdem andere Kollegen gesprochen haben bzw. nachdem der Abänderungsantrag zur Kenntnis und auch zur Diskussion genommen worden ist, noch einmal Stellung nehmen darf.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster ist Herr StR. Mayrhofer.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Verändern kann man nur von innen, mit Sicherheit nicht von außen. Das waren für uns die Voraussetzungen bei unseren Überlegungen zu diesem Budget. Ein Budget, von dem wir der Meinung sind, daß man es als Budget der Vernunft bezeichnen kann.

Alle von uns gestellten Forderungen sind eher mittel- bis langfristig zu sehen und haben vielleicht im 98er Jahr bis auf einige konkrete Projekte keine Auswirkungen.

Uns genügt es nicht, einfach eine Wahl zu schlagen und dann 6 Jahre auf Tauchstation zu gehen. Wir wollen positiv verändern. Um verändern zu können, braucht man aber auch Mehrheiten. Das heißt, wir haben mit unseren Vorstellungen versucht, Mehrheiten zu finden. Und wir haben sie gefunden. Vor allem, und das möchte ich auch ganz offen sagen, haben wir ein sehr konstruktives Gesprächsklima vorgefunden. Und wenn man die Erklärung unseres Herrn Bürgermeisters betrachtet, so sind schon sehr, sehr viele Vorstellungen von uns auch eingeflossen.

Wir haben uns bei diesem Budget auf 5 Kernbotschaften konzentriert und die sicher bedeutsamste für uns ist die Vergrößerung des finanziellen Spielraumes für die zukünftigen kommunalen Aufgaben. Ich glaube, das ist etwas, das jeder in diesem Raum hier unterschreiben kann, auch wenn wir alle mit der momentanen Situation nicht glücklich sind.

Wir wissen genau, daß wir in den nächsten Jahren und Jahrzehnten Aufgaben übertragen bekommen, die teilweise mit der Bevölkerungsstruktur zusammenhängen, die von uns sehr große finanzielle Aufwendungen notwendig machen. Wir haben uns daher das Ziel gesetzt, in den nächsten 6 Jahren diese frei verfügbaren Mittel auf 15 % des Budgets zu erhöhen. Aus diesem Grund bekennen wir uns auch zu der Magistratsreform. Eine Magistratsreform, die nicht nur schon angedacht ist, sondern auch schon begonnen hat, aber natürlich noch nicht die Verankerung im gesamten Magistratsbereich gefunden hat. Gerade darum ist es notwendig, daß eine Rückenstärkung durch einen klaren politischen Willen auch ausgesprochen wird, daß auch die Politik hinter diesen Reformbemühungen steht.

Wir haben daher auch die Gründung einer Arbeitsgruppe gefordert mit Beamten, Mitarbeitern des Magistrates und Politikern, wo bei Bedarf auch externe Berater beigezogen werden. Diese angesprochene Installierung einer Kostenrechnung ist wirklich notwendig sowie auch eine Kostentransparenz, um überhaupt entscheiden zu können, ob Leistungen, die hier am Magistrat erbracht werden, gut gemacht werden oder ob es vielleicht Verbesserungsmöglichkeiten gibt oder ob sie teilweise auch ausgelagert werden können.

Wir sind nicht ganz dieser Meinung, daß alle Leistungen in diesem Umfang auch in Zukunft von der Stadtgemeinde gemacht werden sollen. Natürlich ist eine Nachwächterfunktion nicht das Wahre, wobei ich mir sicher einige Personen ganz gut als Lichtelanzünder vorstellen könnte. Für die Durchleuchtung aller Abteilungen würden wir vielleicht so einen Lichtelanzünder brauchen.

Mit der klaren Hinterfragung, ob wir überhaupt die richtigen Dinge machen und ob wir sie richtig machen, ist für uns eine entscheidende Voraussetzung, daß wir diesen finanziellen Spielraum auch bekommen.

Daß so etwas natürlich nicht nur mit dem Verlangen geht, ist ganz klar. So eine Reform kann wirklich nur in Zusammenarbeit mit der Beamtenschaft, mit den Mitarbeitern des Magistrates geschehen. Und natürlich, das ist ganz klar, unter der Federführung des Magistratsdirektors, und auch nur dann, wenn dieser voll dahintersteht. Es wird natürlich am Anfang Zurückhaltung der Belegschaft geben und man wird eher skeptisch sein. Es wird beharrende Kräfte geben. Es wird Leute geben, die um ihren Einfluß bangen und Menschen, die einfach nicht bereit sind, weiter in die Zukunft zu blicken. Wir glauben aber, daß es sehr viele andere gibt. Jene, die leistungsorientiert arbeiten wollen. Jene, die ein kundenorientiertes Bürgerservice anbieten wollen. Und auch jene, die wissen, daß die Zukunft Herausforderungen bringen wird, die es zu meistern gilt. Und diese Gruppe braucht also unsere Unterstützung und die Rückendeckung der politischen Vertretung.

Darum wollen wir eine klare Zielsetzung, damit der Mitarbeiterstaat auch weiß, in welche Richtung er sich bewegen soll. Es muß aber auch, und das ist ein klarer Rückschluß daraus, dann Eigenverantwortung der handelnden Personen geben.

Bei dieser Durchforstung der Leistungen des Magistrates wollen wir schon eine Rückbesinnung auf die Kernaufgaben. Wir wollen eine Rückübertragung in die Eigenverantwortung des Bürgers, um Mittel für jene freizubekommen, die es tatsächlich brauchen.

Wir müssen vielleicht auf manche liebgewonnenen Leistungen, die bisher von der Kommune gratis oder stark verbilligt gemacht wurden, verzichten. Wir werden vieles auch vielleicht wieder selbst machen müssen, was wir bisher auf den Magistrat, die Bediensteten, die Öffentlichkeit abgeschoben haben.

Wir, als Bürger, müssen vielleicht wieder mehr Eigenverantwortung tragen. Und es muß mit Sicherheit auch wieder mehr Nachbarschaftshilfe gemacht werden.

Nicht, weil wir geiziger geworden sind oder weil es einfach chic ist zu sparen, sondern weil es wirklich notwendig ist, Mittel für z.B. soziale Leistungen, aber auch für Investitionen der Infrastruktur freizubekommen.

Wir wollen mit Sicherheit, wenn wir diesen sozialen Bereich ansprechen, keine soziale Hängematte, in der sich ein jeder ausrasten kann, aber wir wollen ein feinmaschiges soziales Netz, wo wirklich Bedürftige nicht durch den Rost fallen.

Ein Beispiel eines sinnhaften Einsatzes von öffentl. Mitteln ist z.B. das Jugendkulturhaus, wo man nicht einfach ein fertiges Projekt hingestellt hat, sondern wo man auf die Eigeninitiative der Jugend gebaut hat und nur die notwendigen Mittel dafür zur Verfügung gestellt hat.

Ebenso denkbar wäre das ohne weiteres auch bei öffentl. Spielplätzen, die in der Gestaltung und Erarbeitung sicher mit der Bevölkerung gemacht werden können. Oder auch das angesprochene Studentenheim in Steyrdorf ist so ein Beispiel, wo die notwendigen kommunalen Mittel auf ein Minimum reduziert werden.

Der 4. Themenkreis ist die Nachhaltigkeit. Das heißt, wir haben wirklich gewaltige Verantwortung gegenüber unseren nächsten Generationen. Und ich darf dem Herrn Vizebürgermeister wirklich recht geben. Bei jeder neuer Verordnung, bei jedem neuen Projekt, das gemacht wird, muß überlegt werden, welche Folgekosten es tatsächlich für die Kommune hat. Wir dürfen uns nicht verleiten lassen, daß wir schnell irgend etwas hinbauen oder etwas schaffen, sondern wir müssen uns überlegen, wie wir das in Zukunft finanzieren können.

Keine Schulden, wäre ein Wunschtraum für unsere nachfolgenden Generationen. Sie brauchen aber natürlich einen Spielraum, sie brauchen Gestaltungsmöglichkeiten, um auch ihren Lebensraum zu gestalten und ihre Zukunft zu ermöglichen.

Wir sollen ein bißchen darauf schauen, daß wir unseren Kindern keine Betonwüsten als Verlassenschaft übergeben. Wir glauben daher, daß wir uns überlegen sollten, ob wir das letzte Grün tatsächlich weiter verbauen, ob die Wohnbauten mittlerweile nicht ein Maß erreicht haben, wo man sagt, wir können hier bei Neuwohnungen reduzieren und frei gewordene Mittel vernünftigerweise in Althaus-, Altbausanierung hineinstecken.

Wir glauben, daß der zentrumsnahe Bereich eine wirklich lebenswerte Wohngegend ist, und wir fordern daher auch in Zukunft Mittel, die momentan noch in den Wohnungsneubau fließen, um verstärkt dann in die Altstadterhaltung zu stecken.

Grundsätzlich bei dieser Nachhaltigkeit, glaube ich, ist von Bedeutung, daß wir nicht reagieren sollten, sondern wir sollten agieren. Wir sollten nicht „Loch auf“ - „Loch zu“ machen, sondern wirklich ein zielgerichtetes Handeln an den Tag legen.

Das letzte, das uns hier sehr stark am Herzen liegt, ist dieses kundenorientierte Service. Das heißt, daß man nicht nur ein Amt hat, auf das sich ein Bürger bewegen muß, wenn er irgend etwas will, sondern daß man sich wirklich öffnet, ein Öffnen, das teilweise schon geschieht.

Wir haben darum auch dieses 2. zentrale Amtsgebäude, diese Idee, die vom Herrn Bürgermeister gekommen ist, auch aufgegriffen und unterstützen das sehr stark, weil wir glauben, daß hier wirklich durch Synergieeffekte diese ausgelagerten Dienststellen in der Konzentration auf ein zweites Amtsgebäude sowohl von den Kosten her günstiger als auch konsumentenfreundlicher sind, weil man sich nicht erst durchsuchen und durchfragen muß, wo die verschiedenen Abteilungen sind und aber auch, und das möchte ich schon ganz klar in den Raum stellen, muß ein zweites Amtsgebäude unbedingt in Citylage sein, das heißt in der Nähe des Stadtzentrums sein, um auch die Frequenz in unserer Altstadt zu erhalten, um die Kaufkraft bei uns am Stadtplatz auch in Zukunft gewährleisten zu können.

Diese Präsentation im Internet, die schon angesprochen wurde, ist ein weiterer Weg, ein sehr positiver Weg, daß man dieses Kundenorientierte, dieses Bürgerfreundliche auch wirklich macht. Die Anlaufstelle für ansiedlungswillige Unternehmer mit einer Datenbank, wo RIS und FAZAT gemeinsam daran arbeiten, ist ganz entscheidend.

Wir glauben, daß wir hier besser für ansiedlungswillige Unternehmer tätig werden können, als es vielleicht nur mit Subventionen oder mit Förderreisen möglich ist. Daß es Positives sehr wohl im kommunalen Bereich schon gibt, darauf möchten wir ganz bestimmt hinweisen, der Wirtschaftshof mit dem Altstoffsammelzentrum ist so ein positives Beispiel.

Daß wir aber auch negative Beispiele haben, brauchen wir auch nicht zu verheimlichen. Und davon sind mit Sicherheit auch Teile der Stadtwerke gemeint. Hier haben wir noch extremen Handlungsbedarf.

Wenn wir den letzten zwei Budgets nicht zugestimmt haben, und das heute aber tun werden, dann hat das sicher vor allem auch damit zu tun, daß wir 95 und 96 nicht das Gefühl der Übereinstimmung in den grundsätzlichen Fragen hatten. Wir hatten nicht die Bereitschaft geortet, gemeinsam Veränderungen tatsächlich herbeiführen zu wollen.

Wenn sie sich die Forderungen der letzten 2 Jahre und auch die in diesem Wahlkampf anschauen, dann werden sie sehen, daß sie von unseren jetzigen Vorstellungen nicht abweichen.

Der Inhalt ist mit Sicherheit gleichgeblieben. Unser Weg ist vielleicht ein anderer geworden. Der Ton ist vielleicht ein bißchen weniger fordernd und kämpferisch, das gemeinsame Tragen der Verantwortung ist dafür mehr in den Vordergrund gerückt. Und es gibt mit Sicherheit vieles zu tragen. Ich ersuche sie, lassen sie es uns gemeinsam tun und gemeinsam tragen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Nächster ist Herr GR Apfelthaler.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Gäste! Kollege Willi Hauser hat gesagt, ich soll bis 12.00 Uhr reden, dann geht es sich fesch mit dem Mittagessen aus.

Gelächter

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Ich habe aber die Hoffnung, indem ich mich kurz fasse, daß wir vielleicht vor 12.00 Uhr ...

Zwischenruf:

.... die Schlußrunde zu machen!

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

... die Schlußrunde machen können. Ich werde versuchen, mich kurz zu fassen.

Zum Budget. Ich denke, ich habe es auch schon einmal in der Presse gesagt, daß ich diesem Budgetentwurf, Vorentwurf, nicht für so spektakulär halte, weil keine besonderen oder überbesonderen Projekte drinnen sind, auch keine Abweichungen nach oben und nach unten. Sondern ich denke, daß es nüchtern betrachtet, einfach ein Budget ist, das gut ist, das sozusagen auch in bezug auf die beiden Vorbudgets entstanden ist und daß durchaus neue Perspektiven drinnen sind und durchaus neue Projekte, die man ins Auge fassen kann.

Wenn man bedenkt, daß - so zusammengerechnet - Mehreinnahmen der letzten beiden Budgets so an die ca. 130 Mio. S ausgemacht haben und der Herr Bürgermeister heute schon erwähnt hat, daß das Budget 97 auch gut wird, denke ich mir, daß wir da ohne weiteres auf dem richtigen Weg sind.

Es freut mich auch, daß der Herr StR. Mayrhofer das jetzt mittlerweile auch soweit positiv betrachtet.

Wir Grünen haben natürlich versucht, daß wir mittels eines 4-Säulen-Modells im Budget Dinge wieder unterbringen, die auch uns wichtig sind. Wir haben das so gegliedert: Die eine Säule war Jugend, die zweite war Kultur, Ökologie und Soziales, und damit komme ich gleich zu den Punkten. Zum Thema Jugend war es uns wichtig, daß die Kinderspielplätze in Steyr, das sind ja über 40 oder noch mehr, einmal genauer betrachtet werden. Es hat auch in der Wahlzeit oder nicht nur in der Wahlzeit, auch vorher schon, einige Bestrebungen gegeben, dort Erneuerungen durchzuführen. Das soll jetzt einmal stadintern betrachtet werden, und dann kann man einen Prioritätenkatalog zusammenstellen, der Verbesserungen bringen soll. Der Kinderspielplatz auf der Ennsleite, der ja mittlerweile auch schon durch die Medien gegangen ist - da hat es eine tolle Gruppe gegeben, die sich hier zusammengesetzt hat -, soll auch im Budget verankert sein. Das heißt im 98er Jahr soll dort oben etwas passieren.

Zum Kinderschutzzentrum, weil es hier zu diesem Thema paßt, haben wir ursprünglich - leider als einzige Fraktion hier - Gelder vorgesehen gehabt. Mittlerweile sind wir schon so weit, es sind, glaube ich, morgen dazu die notwendigen Gespräche über den Vorschlag von der Frau Vizebürgermeisterin Mach, hier sozusagen so eine Zusammenschau verschiedenster Institutionen zu machen. Unter Umständen eine Ausgliederung vom Magistrat und einen Neubildung des Vereines, denke ich mir, geht in die positive Richtung. Also das müssen wir uns noch gemeinsam anschauen. Aber der Vorschlag der hier gekommen ist, glaube ich, ist auf jeden Fall diskussionswürdig und führt unter Umständen auch hier für die Stadt zu Einsparungen bei Beibehaltung bzw. Verbesserung des Angebotes im sozialen Bereich.

Zum Thema „barrierefreies Steyr“, hier soll auch dieses Konzept entwickelt werden. Der Herr Bürgermeister hat es schon erwähnt. Ich denke mir, das ist eine Maßnahme, die wir die Jahre über vielleicht doch nicht so intensiv betrachtet haben, wie es die Bedeutung dieser Maßnahme eigentlich verlangen würde. Wenn ich nur daran denke, daß die Erreichbarkeit der GWG speziell für Frauen mit Kinderwägen und auch für Behinderte wahrscheinlich sehr, sehr schwierig ist, so müssen wir auch dort ansetzen und für diesen Bereich Gelder bereitstellen. Hier ein Konzept zu entwickeln, denke ich mir, geht auch in die richtige Richtung.

Der ökologische Bereich liegt uns natürlich auch am Herzen. Hier ist es uns gelungen, wesentliche Erneuerungen bzw. Projekte zu fördern. Es gibt jetzt auch eine jahrelange Forderung - kann ich mich erinnern - vom Kollegen Fürweger, auf eine Förderung der Stadt für die Anschaffung von Solaranlagen. Ich denke da speziell an das Kommunalzentrum, bei dem an das auch schon gedacht wurde, die Sonnenenergie zu nutzen. Hier soll das auch ins Budget einfließen. Es muß nicht unbedingt das Kommunalzentrum sein. Das könnte sich auch auf andere städt. Gebäude beziehen.

Der Umweltschutzpreis soll für Institutionen, Verbände oder auch für Privatleute, die im Umweltschutzbereich innovativ tätig sind, Anreiz bieten. Hier mehr zu tun und daß dieses mehr tun auch seitens der Stadt, die ja von derlei innovativen Projekten auch mitpartizipiert und davon auch etwas hat, daß hier seitens der Stadt eine Zubeße geschehen soll.

Im Kulturbereich war es uns wichtig, daß wir auch ein bißchen mehr Geld für Projekte und Veranstaltungen als in den vergangenen Jahren haben und wir hier mehr fördern können. Zusammengefaßt ca. S 200.000,-, denke ich mir, werden hier auch einige Vereine in unserer Stadt aufatmen lassen, die meistens immer so am Hungertuch nagen, wenn es um wichtige kulturelle Veranstaltungen geht.

Für die Umsetzung des Radfahr- und Fußgängerkonzeptes, das hier von Herrn Dr. Pfeil angesprochen wird, wird es sicher notwendig sein, daß wir einen Prioritätenkatalog nach Erstellung dieses Konzeptes anlegen. Dieser Prioritätenkatalog soll im Verkehrsausschuß besprochen werden. Und wenn man bedenkt, daß die Aufstockung, die dort passiert ist, von 1,

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

180 auf 1,3 und jetzt auf 2,1 ...

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Ja genau, danke ...

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Alles für die Nordspange.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Nein, nicht alles für die Nordspange, das ist vielleicht dann ihr Auftrag im Verkehrsausschuß, das genauer zu bedenken.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein, nein, fragen sie Herrn Lemmerer.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Wir werden uns das genau anschauen, Herr Kollege. Ich denke mir, darin sind wesentliche Dinge beinhaltet und da steht es ohne weiteres auch festgeschrieben.

Zu den einzelnen Vormeldungen, die hier gefallen sind, bezüglich der hier nicht stattgefundenen Verhandlungen, weil der Herr Bürgermeister auf Urlaub war, denke ich mir, daß das auch sein gutes Recht ist. Sie waren ja auch auf Urlaub. Die Frau Vizebürgermeisterin Mach war hier und ein sehr guter Gesprächspartner. Also ich sehe keinerlei Schwierigkeit, daß die Freiheitlichen auch in dieser Hinsicht hätten Initiativen ergreifen können.

Den Abänderungsantrag haben sie gestern bekommen? Ich habe ihn überhaupt noch nicht bekommen. Ich denke mir, da gehört's ein bißchen zum guten Ton, daß man sich auch gegenseitig informiert. Und man kann sich nicht beschweren, daß die anderen das nicht tun, wenn man es dann selber auch nicht macht.

Ich möchte mich recht herzlich bei der Beamtenschaft bedanken, die hier auch Wesentliches dazu beigetragen und auch sozusagen diesen Grundstock geschaffen hat, über den man diskutieren kann.

Ich denke, wir können guter Hoffnung sein, auch für das Jahr 98 ein gutes Budget einzufahren. Danke schön.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich danke Herrn GR Apfelthaler. Nächste ist Frau Mag. Frech.

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Sehr verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse, werte Zuhörer!

Es freut mich, daß scheinbar das Liberale Forum nicht nur 1 Mandat in diesem Gemeinderat hat, sondern mehrere, ...

Unverständlicher Zwischenruf.

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Ist ja berechtigt, wenn ich da so alle liberalen Forderungen und Perspektiven höre. Der Herr Bürgermeister zitiert mehr oder weniger die Antrittsrede des Liberalen Forums, spricht von Zukunft, von Perspektiven, ...

Gelächter aufgrund eines unverständlichen Zwischenrufes.

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, hat es nicht. Aber die SPÖ sicher auch nicht. Man merkt, daß man im Prinzip alles argumentieren kann, wie man es haben will.

Die langfristige Betrachtung von ihnen, Herr Fraktionsvorsitzender Bremm, kann ich nur unterstützen.

Zur ÖVP, zu Herrn Mayrhofer. Diese Kernbotschaften und die Vergrößerung des finanziellen Spielraumes können wir als LIF auch nur unterstützen; nur frage ich mich, wie das durch Mehrausgaben gehen soll, die mittels Abänderungsanträge entstehen.

Einer Magistratsreform schließen wir uns selbstverständlich genauso an, auch an die Installierung von Arbeitsgruppen.

Liberaler Reden haben wir zum Teil schon gehört, die liberalen Taten fehlen zum Teil.

Ich halte wenig davon, jetzt über 1 % des Budgets zu reden, über einzelne Projekte, die durch den Abänderungsantrag beschlossen werden sollen oder nicht. Wir haben es immerhin mit einem Volumen von mehr als 1,1 Mrd. S zu tun. Ich glaube, es wäre vertane Zeit, auf einzelne Projekte, auf die man durchaus eingehen könnte, näher einzugehen.

Ich möchte im 1. Teil dieser Rede, in meiner ersten Wortmeldung, einfach eine Grundsatzposition kundtun, und zwar, das LIF stimmt dem Budget zu.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Moment! Das Liberale Forum stimmt dem Budget zu, das klare Zielvorstellungen aufweist: Zielerstellung - Planung - Entscheidung - Realisierung und begleitende Kontrolle.

Derzeit kann man sich leider mancherorts nicht des Eindrucks erwehren, daß die Devise lautet: Man weiß zwar nicht, wo man hin will, aber dafür ist man umso teurer dort!

Wir wünschen uns eine Einbettung, Gesamtkonzeptionen, einen Prioritätenkatalog.

Das LIF stimmt einem Budget zu, das demokratisch erstellt wird, unter laufender Miteinbindung aller Fraktionen, unabhängig von deren Mandatsstärke.

Ohne sie mit Details langweilen zu wollen, aber das Zustandekommen dieses Voranschlages war ein Beispiel par excellence, wie man es aus demokratiepolitischen Grundsätzen heraus lieber nicht tun sollte:

Kaum eine Einbindung der Fraktionen vor Erstellung des Voranschlages, die Vorlage des Entwurfs mit 12. November während und nicht etwa vor der Sitzung des Finanz- und Rechtsausschusses, eine weitere Sitzung 6 Tage später, bis zu der man den Entwurf durcharbeiten hatte. Und danach der vergönnte Urlaub des Finanzreferenten. Budgetgespräche, die auf Abruf unter dem Motto stattfinden: Wenn sie sofort Zeit hätten, dann könnten wir einmal darüber reden; Abänderungsanträge dreier Fraktionen, von denen man aus der Zeitung erfährt; Deals unter dem Motto: Quidproquo/für jeden etwas, wenn er nur zustimmt usw. usf.

Fazit: Das LIF fordert die Einrichtung einer diesbezüglichen Arbeitsgruppe zum Voranschlag 1999 bereits zu Beginn des Jahres 1998 unter Einbindung der Kommunalpolitiker und der Beamtenschaft.

Von Verhandlungsfarce halten wir nämlich nicht nur wenig, sondern rein gar nichts! Denn: Demokratie ist auch Diskussion.

Das LIF stimmt einem Budget zu, dem eine dynamische Verwaltungsentwicklung zugrunde liegt. Eine Verlagerung der Kompetenz und Verantwortung zu den Abteilungen hin. Inhaltliche Führungsverantwortung und Finanzverantwortung müssen integriert werden.

Das LIF stimmt einem Budget zu, das zu einer Ökonomisierung der Verwaltung führt. Es ist erforderlich, in allen Leistungsbereichen Kosten- und Leistungsrechnung einzusetzen und darauf aufbauend operatives Controlling einzuführen. Weiters soll strategisches Controlling die politischen und administrativen Führungskräfte unterstützen, die allokative Effizienz - das heißt, die optimale Verteilung der vorhandenen Ressourcen auf die konkurrierenden Verwendungszwecke - zu verbessern.

Besonders bedeutsam - vor allem im Hinblick auf Maastricht - erscheint auch die Anwendung dynamischer Verfahren der Investitionsrechnung inkl. der Berücksichtigung der Problematik der Folgekosten. Diese Folgekostenproblematik haben wir ja sehr konkret in den letzten Jahren gehabt, ob das jetzt das Hallenbad anbelangt, das Parkdeck, Kommunalzentrum, was auch immer.

Das LIF stimmt einem Budget zu, das transparent ist und Vergleiche mit anderen Gemeinden zuläßt.

Stichwort: Benchmarking - das Anstellen interkommunaler Vergleiche. Das Aufzeigen der Lücke zwischen der eigenen Leistung und der Leistung der Besten. Diese Vergleiche können Gebühren und Entgeltgestaltungen ebenso betreffen, wie Verkehrskonzepte, Leistungsangebote, Kosten der angebotenen Dienstleistungen etc. Die Chancen für kommunale Einrichtungen bestehen dabei in einer Verbesserung ihrer Leistungsfähigkeit und Qualität gegenüber anderen Gemeinden.

Benchmarking setzt einen ständigen Lernprozeß und den Willen voraus, Dinge zu bewegen und zu verändern und sich dadurch stetig zu verbessern.

Betrachtet man die letzte Gemeinderatsperiode und die Steyrer Realpolitik, so hat man leider nicht manchmal den Eindruck, daß die diesbezügliche Diskussionsbereitschaft bzw. ein Umdenken vorhanden sind.

Das LIF stimmt einem Budget zu, das verstärkt auf Output-Steuerung setzt. Hierbei wird an den Leistungen der Verwaltung quantitativ und qualitativ angesetzt. Dadurch ergibt sich die heute schon zitierte besser einzulösende Kundenorientierung und Bürgernähe.

Ausgehend von den angestrebten Leistungen und Produkten, sollte der Input bestimmt werden und nicht wie bisher umgekehrt.

Das LIF stimmt einem Budget zu, das auf Wirtschaftlichkeit und Zweckmäßigkeit unter dynamischen Aspekten setzt: Die Stadt Steyr muß in zukunftsorientierter Betrachtung erstens das Richtige - auch im Sinne von Notwendigem - tun und zweitens: nämlich dieses sehr effizient!

Das LIF stimmt einem Budget zu, das die Kriterien Zukunftsorientiertheit und Nachhaltigkeit erfüllt.

Das LIF stimmt einem Budget zu, das ein empfängerorientiertes Berichtssystem ist.

Die kameralen Rechenwerke stilisieren sich immer mehr zu „Büchern mit sieben Siegeln“. Sie sind nicht nur für Außenstehende unlesbare Zahlenfriedhöfe, sondern auch für mit der Materie befaßte Personen wird eine Analyse von Voranschlägen bzw. Rechnungsabschlüssen zu einer zeitraubenden und mühsamen Angelegenheit.

Die in den gesetzlichen Normen vorgegebene Verpflichtung zur öffentlichen Auflage von Voranschlägen bzw. Rechnungsabschlüssen stilisiert sich manchmal zu einer rein formalen Transparenz, die de facto ohne Bedeutung bleibt.

Kein Unternehmen würde - sofern es auf die Reputation der Bevölkerung angewiesen ist - das beabsichtigte Programm, und nichts anderes ist ein Budget, der Ausdruck eines politischen Programms, in einer derart unübersichtlichen Form präsentieren. Moderne Unternehmen sind längst dazu übergegangen, aus den operativen Informationssystemen die entscheidenden Daten und Trends selektiv herauszuholen. Stichwort: Das LIF wünscht sich eine Executive-Information-System. Das soll nichts anderes heißen, als daß man wirklich Informationen für die Entscheidungsträger greifbar aufbereitet und daß man zusätzlich auch für die Bürgerinnen und Bürger der Stadt übersichtlich gestaltete Informationen zur Verfügung stellt, die das Budget betreffen.

Das LIF stimmt einem Budget zu, das vermehrt in Richtung Kontraktmanagement geht, mit Periodenzielvereinbarungen; einem Budget, das eine effiziente Steuerung der Personalressourcen bewirkt. Eine Personalkostenreduzierung im öffentl. Sektor ist derzeit unter anderem aufgrund des Beamtendienstrechtes nur in geringem Ausmaß möglich. Es sei denn, man verhindert zukünftige Fehlplanungen. Entscheidend ist daher der effiziente Einsatz des Personals. Dazu ist aber die Erfassung der produktiven und unproduktiven Stunden des Personals notwendig. Dadurch könnten Personalreserven offengelegt werden.

Das LIF stimmt einem Budget zu, das nicht vor einem Wahljahr evtl. optisch „aufgemaschert“ wird, wo nicht kreative Budgetierung Platz greift, sondern die Umsetzung von Visionen, von Projekten, die vielleicht zu Beginn ein Umdenken, ein Querdenken und vor allem ein Langfristdenken voraussetzen.

Um auf die konkrete Steyrer-Situation einzugehen, sind für uns wesentliche Lösungen in der nächsten Zeit, die wir auch sehr langfristig sehen: die Verkehrsproblematik.

Wir fordern ein integriertes Verkehrskonzept, das auch wirklich umgesetzt wird; eine Attraktivierung des öffentl. Verkehrs; eine Parkraumbewirtschaftung, deren Erträge für den öffentl. Verkehr zweckgebunden verwendet werden.

Wir fordern eine Wirtschaftspolitik, die auf Branchenmix setzt, die Betriebsansiedelungen verstärkt herbeiführt, die den Tourismus als Chance für die Zukunft viel stärker wahrnimmt; eine Sozialpolitik, die private, konfessionelle und öffentliche Einrichtungen gleichstellt. Dabei wünschen wir uns nicht eine absolute Reduzierung auf untere Kernaufgaben, weil ich nichts davon halte, dann einen pour Service four poor people einzurichten. Das würde ich nicht für sozial halten; eine Ökologie, zum Beispiel der Beitritt zum Klimabündnis. Ich finde es erschütternd, daß die Stadt Steyr als einzige Statutarstadt in OÖ. die-sem Klimabündnis noch immer nicht beigetreten ist. Man könnte durch eine Trennung von Trink- und Brauchwasser und durch einen verstärkten Einsatz von Solarenergie usw. sehr viel mehr tun.

Stadtentwicklung und Stadtteilentwicklung vor allem, Kindergärten und anderes mehr.

Eine Wohnungspolitik, die langfristig vorausschaut.

Eine Kulturpolitik, die sich zur Kultur bekennt und wo nicht das Verkehrsleitsystem für die Landesausstellung aus dem Kulturbudget genommen werden muß. Ein Kulturmanagement muß ebenfalls um sich greifen.

Weiters wünschen wir uns den Einsatz und die verstärkte Kooperation aller Fraktionen, aber nicht nur auf der kommunalen Ebene, sondern genauso auf Landes- und Bundesebene. Die Probleme heute sind auch für die Gemeinde zu komplex, um nur auf ihrer Ebene gelöst werden zu können.

Nun, das LIF stimmt einem Budget zu, daß diese Kriterien zum großen Teil erfüllt.

Ob nun das LIF, nach genauer finanzwirtschaftlicher und politischer Analyse, zu diesem Schluß gekommen ist, werden sie in der 2. Wortmeldung erfahren.

Gelächter

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich danke dem LIF für die Berichterstattung. Ich würde nun dem hohen Gemeinderat 20 Minuten Pause vorschlagen.

PAUSE VON 11.20 UHR BIS

12.00 UHR

-

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

So, meine Damen und Herren, wir setzen die Sitzung wieder fort. Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Payrleithner. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Nach der etwas ungewöhnlichen Mittagspause, es ist offensichtlich heuer bei den Budgetsitzungen etwas anders als in den vergangenen Jahren, gestatten sie mir ein paar Bemerkungen zum Abänderungsantrag, der uns heute von den 3 Fraktionen auf den Tisch gelegt wurde.

Es kommt jetzt nicht die Fraktionserklärung - 2. Teil, die wird unser Fraktionsobmann vornehmen. Ich möchte nur zu diesem Antrag einige Bemerkungen machen.

Weil der Herr Bürgermeister heute die Nachtwächter angesprochen hat, das ist ja erfreulich, daß sich die Steyrer Politiker auch ein bißchen mit dem Kripperl beschäftigen. Das Steyrer Kripperl ist ja eine sehr tolle Einrichtung. Manche gehen dort des öfteren hin, offensichtlich auch der Herr Kupfer, der sich dort, habe ich den Eindruck, nicht nur mit dem Lichtelanzünder, sondern auch ein bißchen mit dem Bergegeist angefreundet hat.

Weil Herr StR. Mayrhofer diesen Abänderungsantrag so über den grünen Klee lobt - er ist neu im Gemeinderat, und kann daher einige Dinge nicht so wissen. Es hat ja einmal vor 5 Jahren eine interne Kommission gegeben, wo sich die Gemeinde mehr oder weniger selbst auf Effizienz und bessere Verwaltung usw. überprüft hat. Das war die berühmte KDZ-Analyse, die eher wie das Hornberger-Schießen ausgegangen ist.

Und der Herr StR. Mayrhofer erhofft sich von dem neuerlichen Anlauf - sein Wort in Gottes Ohren - eine Verbesserung. Wir glauben es nicht recht, weil wenn man bedenkt, was damals rausgekommen ist?! Wir stehen dem aber trotzdem positiv gegenüber. Wir werden sehen, was dieses Mal rauskommt. Ich hoffe, daß es zu konkreten Ergebnissen kommen wird.

Der Herr Bürgermeister hat heute auch die Subventionen für den Altstadtbereich hervorgehoben.

Ich darf aber schon auf ein paar Zahlen hinweisen, die in diesem Abänderungsantrag stehen, z.B. sind bei der Altstadterhaltung - Moment, eine Sekunde - S 800.000,- für das Kolpinghaus, das wir natürlich sehr begrüßen, beinhaltet. Ich darf aber der Ordnung halber hinzufügen, daß das im Grunde genommen für den Rest um S 500.000,- weniger bedeutet. Ich glaube, und ich habe das auch schon des öfteren von dieser Stelle aus gesagt, daß uns in Zukunft die Erhaltung der Altstadt und die weitere Revitalisierung, Verbesserung, Renovierung usw., im Hinblick auf den Gott sei Dank erfreulicherweise steigenden Fremdenverkehr einiges wert sein muß. Durch den hohen Betrag, der für das Kolpinghaus in Betracht gezogen wird, lt. diesem Abänderungsantrag sind das S 800.000,-, ist allerdings nur eine

Steigerung von 300.000,-- drinnen. Das bedeutet: S 500.000,-- weniger für die Denkmalpflege, Herr Kollege Mayrhofer. Ich hoffe, sie sind sich dessen auch bewußt.

STADTRAT

GUNTER MAYRHOFER:

Wir sind uns da schon einig, daß das Kolpinghaus genauso Altstadt ist?

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Aber das ist ein Einzelprojekt, wo schon sehr viele Mittel einfließen.

In diesem Abänderungsantrag sind auch durchaus einige positive Ansätze. Ich möchte das gar nicht verhehlen. Z.B. diese 3. Organisation - was immer das ist - bei der Heimhilfe. Wir sind immer dafür eingetreten, daß man die Altenbetreuung auf diese Beine stellt. Also nicht nur den Ausbau des Zentralaltersheimes, sondern die älteren Menschen möchten in Zukunft vermehrt zu Hause gepflegt werden.

Das ist sicherlich ein positiver Ansatz; ebenso die Solaranlagen und der Umweltschutzpreis, das Rote Kreuz.

Die Lehrlingsförderung. Es ist schon sehr interessant, welche Veränderung hier offensichtlich bei der SPÖ-Fraktion eingetreten ist. Vor einem Jahr - oder ist es schon länger her? - hat es ja von der ÖVP schon einmal einen Anlauf gegeben, hier Förderungsrichtlinien oder Förderungen zu beschließen, die dann nicht nur von allen abgelehnt, sondern auch von der ÖVP selber zurückgezogen wurden, weil man eingesehen hat, daß es in dieser Form nichts bringen wird. Jetzt hat man wieder genau dasselbe hier, und alle sind jetzt plötzlich für 1 Mio. S Lehrlingsförderung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Das ist ja anders.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Sie sagen, das ist anders. Es ist ja das Problem, wenn man die anderen 2 Fraktionen mehr oder weniger von diesen Verhandlungen total ausgrenzt und hier dann eine Auflistung auf den Tisch legt. Wir wissen ja nicht, wie das im Detail ausschauen soll.

Unverständliche Zwischenrufe.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Hier steht: 1 Mio. S, das ist genauso wie mit den diversen Subventionen - und was auch immer. Bitte, was sind diverse Subventionen? Sie werden es uns wahrscheinlich dann erklären.

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Hättet ihr halt gescheit mitverhandelt!

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Es wäre vielleicht interessant, wie man sich das mit derer Mio. vorstellt. Weil wenn man jetzt wieder hergeht und sagt: S 20.000,- Förderung pro Lehrplatz; bitte, der Kollege Bremm ist ja anwesend, wir haben eine große Lehrwerkstätte, die von den SNF unter Beteiligung anderer Firmen betrieben wird. Na die werden sich freuen, wenn man ihnen jetzt ein Weihnachtsgeschenk mit ein paar S 100.000,- macht. Das wird wahrscheinlich keinen zusätzlichen Lehrplatz bringen. Und S 20.000,- - was kostet ein Lehrplatz? S 22.000,-, S 24.000,- im Monat - nur ein Mal im ersten Jahr herzugeben, das wird keinen einzigen Lehrplatz schaffen, Herr Kollege Mayrhofer, das ist eine reine Augenauswischerei; ein Zuckerl für sie, das sie dann draußen herzeigen können. Bringen wird uns das überhaupt nichts, solange man nicht die Rahmenbedingungen wirklich für jene Betriebe erleichtert, die Lehrlinge aufnehmen.

Das wird uns nicht sehr weit bringen. Es wäre schön, wenn's so wäre. Die Praxis wird anders aussehen. Es wäre interessant, wie das wirklich im Detail gemeint ist.

Bei den sonstigen Subventionen; der Herr Kollege Apfelthaler hat heute gemeint, Vereine wären „ausgedörrt“. Wenn man jetzt einen Verein derartig subventioniert: S 540.000,-, dann noch einmal S 120.000,-, alles in einen Verein hineinsteckt, dem Verein Kraftwerk; so steht es ja da: S 504.000,-. Bitte, dann frage ich mich schon, wo die Mittel für die vielen, vielen anderen Vereine, die auch in Steyr sehr aktiv sind, herkommen sollen, wenn man nur aus parteitaktischen Gründen in einen Verein so viel Geld hineinsteckt.

-

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

.... 3 Förderungen, das sind S 120.000,-.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Und als Dr. Pfeil heute gesagt hat, daß hier sehr wohl parteipolitische Überlegungen im Raum stehen, ist sofort ein Aufschrei durch die Reihen gegangen. Bitte, was ist denn dann der Verein Sputnik? Ist das kein partei....

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Den gibt's ja gar nicht mehr.

Mehrere Zwischenrufe:

Den gibt's ja nicht mehr!

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Steht ja da: Sputnik. Das heißt halt jetzt anders. Ist jetzt aus dem Sputnik eine unparteiische Organisation geworden?

Wie Casino?

Auch interessant ist, kaum wechselt das Ressort zu einem politisch Andersgläubigen, wie z.B. im Bereich Kultur, werden auch plötzlich für das Heimathaus Mittel zur Verfügung gestellt, die wir auch jahrelang gefordert haben. Und jetzt auf einmal werden mit diesem Abänderungsantrag für die Heizung im Heimathaus - bis jetzt hat man offensichtlich dort nur das Büro des Gewerkschaftlers geheizt - Investitionen herbeigeführt. Das ist ja auch interessant. Es ist positiv, aber es läßt schon auch sehr tief blicken, wie hier Politik gemacht wird.

Sporthalle - Standortuntersuchung, das ist sicher auch eine positive Angelegenheit.

Ich darf aber auch auf unseren Abänderungsantrag, den unser Fraktionsobmann schon kurz erwähnt hat, noch einmal eingehen.

Ich glaube, daß diese 3 Punkte sicher von allen hier anwesenden Fraktionen Unterstützung finden werden.

Der Taborknoten wird sicher nach der Nordspange eines der zentralsten und wichtigsten verkehrstechnischen und verkehrspolitischen Anlagen für die nächsten Jahre sein.

Jetzt wird dann sicher das Argument kommen, daß das ein Bundesstraßenprojekt ist. Wir wissen alle, daß nach der Nordspange, wenn man sich die Prioritätenliste in OÖ. ansieht, wahrscheinlich alle anderen in OÖ. zum Bund und Land laufen - aus verständlichen Gründen, weil die sagen, jetzt wollen wir auch zum Zug kommen, und wir müssen wahrscheinlich noch Jahre warten, bis Mittel bereitgestellt werden. Die Straßenpolitik des Herrn Hiesl ist uns ja in Steyr bekannt, allerdings in sehr negativer Auswirkung. Würde man daher von uns aus Initiativen setzten müssen, um hier weiterzukommen; wenn man sich das jeden Tag ansieht, was sich da so am Blümelhuberberg - Reeder Brücke - Taborknoten abspielt; das ist eine Forderung!

Als zweites - das war ein etwas kleinerer Bereich, aber nichts desto weniger für uns ein sehr wichtiger: die Fortsetzung des Schloßleitenweges, der ja wirklich damals von der Architektur her, vom Entwurf her, sehr gut gelungen ist. Der Wehrgraben erfreut sich derzeit eines großen Aufschwunges. Nicht zuletzt auch durch die Aktivitäten am Gelände der ehem. Hackwerke, FAZAT, Fachhochschule usw. Man könnte durch einen Rundgang das gesamte Gebiet erschließen, wenn man den Schloßleitenweg bis zur Fabriksinsel, wo wir schöne Wohnungen gebaut haben, erschließt und wenn man dann wieder zurückgehen kann. Es kommt ja auch ein Restaurant, ein Kaffeehaus, auf das Gelände vom FAZAT. Das wäre sicher auch im Interesse des Fremdenverkehrs und eine gute Investition.

Das dritte ist der Ausweg der Radwege. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das hier keinen Anklang finden würde.

Wir haben auch durchblicken lassen, wenn man sich mit unseren Anträgen, auch wenn man zuerst nicht einmal mit uns reden wollte, anfreunden kann und die akzeptiert, wir auch einer Zustimmung des Budgets nicht abgeneigt sind.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Fürweger, bitte sehr.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Gäste! Ein kurzer Nachsatz zu meinem Vorredner. Er hat es so gemeint, daß man diese diversen und sonstigen Subventionen detaillierter anführen sollte. Wir haben es ja voriges Jahr beim Abänderungsantrag erlebt. Da sind sehr wohl für Vereine S 1.000,- + S 2.000,- erwähnt worden. Und wir haben auch jetzt im Budgetvoranschlag für nächstes Jahr wieder kleine Beträge drinnen; ich erwähne nur den Bienenzüchterverein mit S 2.000,-, den Mandolinenverein mit S 2.000,-. Also wenn man im Voranschlag es so detailliert bringt, wäre es gut, das auch im Abänderungsantrag so aufzulisten.

Zum Budget selbst. Ich möchte schon etwas ins Detail gehen. Ich sehe die Gemeinderatssitzung heute auch als eine Arbeitssitzung an. Es ist möglich, zu allen Punkten Stellung zu nehmen. Ansonsten ist es gefährlich, denn dann bekommt man gleich „den Ruf zur Sache“, wenn man etwas abschweift.

Ich habe hier eine Zeitung in den Händen, da schreibt einer: „Was ich schon immer schreiben wollte.“ Das war ein gewisser „Grei“, der Herr Greinöcker; damals war er noch bei der Personalvertretung, jetzt ist er Personalchef des

Hauses. Und er schreibt, daß ich im März 1996 gefordert habe, die Computerzulage zu streichen. Ich habe da einmal eine Anfrage gemacht, und da hat sich herausgestellt, daß die Computerzulage für 159 Magistratsbedienstete 1,7 Mio. S ausmacht. Das war im Mai 96. Mittlerweile ist das gestiegen. Wir haben hier im Hause dann das abgehandelt. Leider ist es zu keiner Änderung gekommen. Es war so, daß von der sozialdemokratischen Seite - glaube ich - der Antrag auf S 600,- von derzeit S 885,- reduziert wurde und gleichzeitig ein Stopp bei den Neueintretenden stattfand. Da haben wir uns schwergetan. Natürlich! Es kommt zu einer Ungerechtigkeit für die Neueintretenden gegenüber den älteren Bediensteten, die im Hause sind.

Ich könnte mir vorstellen, wir haben das auch beim Bund erlebt, daß man sehr wohl in der Lage ist, wenn man jetzt sagt: OK, im ersten Jahr S 600,-, im zweiten Jahr S 500,-, im dritten Jahr S 400,-; dann sind wir in 5, 6 Jahren einmal auf Gleich mit allen Bediensteten.

Wir sollten uns das nächste Jahr vornehmen, es geht doch immerhin um Millionenbeträge, die wir ausgeben. Das zur Computerzulage.

Die Magistratsreform, die heute schon angesprochen wurde, sehe ich sehr positiv. Ich muß Herrn Gemeinderat Apfelthaler erwähnen, der auch festgestellt hat, daß es derzeit nicht möglich ist, die Kosten einer Arbeitsstunde der städt. Gärtnerei zu berechnen. Wir können derzeit keinen Vergleich mit privaten Einrichtungen herstellen. Ich glaube, es ist wirklich notwendig, daß man Kostenrechnungen im Hause anstellt, damit man endlich mit der Privatwirtschaft vergleichen kann.

Der Personalstand, um einen Vergleich von April 95 zu April 97 herzunehmen, hat sich kaum verändert. Wir haben im April 95 1.069 und im April 97 1.047 Beschäftigte. Eine Differenz von 22. Es wird immer die Zahl „50 Eingesparte“ erwähnt, also so hoch ist die eigentlichen nicht. Es sind hier lt. diesen Personalständen, die von der Personalabteilung kommen, +/- 22 Leute.

Wir müssen uns auch nächstes Jahr darüber Gedanken machen, wie es mit dem Alten- und Pflegeheim Tabor weitergeht. Es ist der Wunsch dahingehend, daß die Altenfachbetreuer, von derzeit in d eingestuft, in c wollen und die diplomierten Krankenschwestern von c in b. Ich glaube, wir haben das auch schon im Verwaltungsausschuß besprochen. So eine Sache können wir uns einfach nicht leisten, und wir müssen auch noch an das neue Alten- und Pflegeheim in Münchenholz denken. Ich möchte hier gleich anmerken, daß der letzte Workshop, der erste und letzte bisher, für die Errichtung des Alten- und Pflegeheimes Münchenholz am 29. April d.J. stattgefunden hat. Und wir haben einen Zeitplan festgelegt, daß mit Ende März 98 Projektende ist. Wir haben jetzt schon Ende Dezember. Es wäre dringend notwendig, uns einmal einen Zwischenbericht zu geben, wie weit das Projekt „Alten- und Pflegeheim“ Münchenholz ist. Wir müssen uns auch wirklich frühestens Gedanken machen, wie wir dort dann die Personalsituation bewerkstelligen können. Es ist einfach an der Zeit. Wir können nicht warten, bis es gebaut ist. Wir brauchen dort wahrscheinlich wieder an die 100 Beschäftigten; auch ist die Frage zu klären, wie wir das finanzieren können oder wie sich das überhaupt finanzieren läßt.

Zum Personal: Auch Herr Mag. Schuster hat gesagt, daß Führungspersonal neu aufgenommen worden ist. Völlig außerhalb jeden Schemas. Bezahlt wird ein B-Posten, der mit einem A-Mann besetzt ist. Auch hier natürlich sind in der Vergangenheit Fehler passiert, die sich auf das Personalbudget auswirken.

Eine ältere Sache, die aber nach wie vor Aktualität hat, ist auf der Einnahmenseite bei den Liegenschaften zu sehen. Wir haben in Steyr das Schloßparkcafe vor einigen Jahren verpachtet, und zwar zu einem sehr günstigen Preis von S 2.500,-/Jahr. Ich wiederhole 2.500,-/Jahr. Mittlerweile wurde die Pacht auf S 3.000,-/Jahr angehoben. Die Miete ist heuer im Juli ausgelaufen und hat sich in eine Umsatzpacht geändert. Nun habe ich aus dem damaligen Amtsbericht vom Jahre '93 herausgelesen, daß anzunehmen ist, daß nach Juli '97 der Pachtzins den Betrag von S 250.000,- jährlich übersteigen wird. Also man ist 93 davon ausgegangen, daß ab heuer, 97, wir jedes Jahr ungefähr S 250.000,- einnehmen werden. Nun lese ich aber im Voranschlag, daß dem nicht so ist. Wir haben im Voranschlag 98 nur S 50.000,- drinnen. Man sieht, wie in der Vergangenheit mit Zahlen operiert wurde, und in Wirklichkeit die Zahlen aber dann anders aussehen. Diese S 50.000,- Umsatzpacht-Erlös nächstes Jahr würden eine Miete von mtl. S 4.100,- ausmachen. Ein Betrag, der für dieses schöne Ensemble zu gering ist. Leider ist es so passiert. Man hat mit diesen Zahlen im Jahr 93 versucht, uns ein bißchen zu irritieren.

Was im Voranschlag, und StR. Roman Eichhübl wird es auch noch einmal erwähnen, fehlt, ist natürlich das Stadtbad, und zwar vor allem die Sachen, die notwendig sind.

Der Rechnungshofbericht im Vorjahr war sehr streng mit der Stadt. Man hat festgestellt, daß die Kabinengebäude teilweise nicht mehr verwendet werden können und entfernt werden müßten. Die Ausrede, daß dort oben Solaranlagen stehen, lasse ich nicht gelten. Man kann Solaranlagen ebenerdig oder in einfacherer Form aufstellen. Da brauche ich nicht unbedingt ein gesperrtes zweistöckiges Kabinengebäude.

Der Rechnungshof hat weiters festgestellt, daß wir auf dem Posthofberg Busspuren brauchen. Hier möchte ich gleich bei der Sache mit dem Kreisverkehr am Tabor einhaken. Und zwar insofern, weil es ja nicht nur mit dem Kreisverkehr

abgetan ist, sondern wir brauchen auch, nach Rückfrage bei HR Pohlhammer von der Landesregierung, eine Änderung im Kreuzungsbereich oberhalb des Posthofberges. Wir müssen dort diese Ampelanlage entfernen, damit überhaupt der Kreisverkehr funktionieren kann. Wenn wir wissen, wie lange Planungsarbeiten in der Stadt dauern, wäre es jetzt schon notwendig, Überlegungen anzustellen. Man wird ein Teilgrundstück der Kaserne (ein paar tausend m² in diesem Bereich) und auch von gegenüber etwas brauchen, um diese Kreuzungsanlage zu errichten, eben kreuzungsfrei. Erst dann hat der Kreisverkehr auch einen Sinn.

Ich würde den Herrn Bürgermeister bitten, da nächste Woche der Stadtentwicklungsausschuß ist, das vielleicht schon nächste Woche auf die Tagesordnung zu geben, damit wir uns darüber unterhalten können.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Die Einladung wurde schon ausgeschickt.

GEMEINDERAT

GÜNTER FÜRWEGER:

Es ist doch so, daß eigentlich alle Parteien im Wahlkampf den Kreisverkehr Tabor sehr stark beworben haben. Ich glaube, es ist auch notwendig, daß wir uns im Stadtentwicklungsausschuß darüber unterhalten.

Die SPÖ-Nord hat auch den Wunsch nach einem Wachzimmer am Resthof geäußert. Auch hier wäre es möglich, schon beim Bau der Volksschule, bei diesem Gebäudekomplex, ein Wachzimmer einzuplanen. Das würde dann in einem gehen und wäre einfach.

Was mich sehr freut, ist, daß im Budget endlich Mittel für die Renovierung oder Platzgestaltung des Wieserfeldplatzes vorgesehen sind. Das haben auch die ÖVP und die Grünen in ihrer Zeitung stark gefordert. Eine Sache, die sehr dringend und auch mit der Errichtung der neuen Gasleitung erst möglich ist. Auch jetzt ist Gott sei Dank Geld für die Gasleitungen am Wieserfeldplatz vorgesehen.

Das Kolpinghaus ist eine sehr gute Ergänzung zur Revitalisierung von Steyrdorf, das kann man natürlich nur voll unterstützen.

Im Umweltbereich hat mir im letzten Jahr eines nicht gefallen, und zwar war das die Entfernung dieser Bäume am Resthof. Das hätte uns eigentlich nicht passieren dürfen. Daß so etwas auf so schnelle Weise vonstatten geht, ohne daß man im Umweltausschuß darüber gesprochen hat, war eine einschneidende Maßnahme. Die Leute waren nicht sehr erfreut. Man hätte hier mit mehr Gefühl vorgehen können. Es war vielleicht im Hinblick auf die Wahlen eine ho ruck-Aktion. Das haben wir eigentlich nicht notwendig, so etwas zu machen.

Ich habe auch im letzten Jahr oder heuer verfolgt, ob etwas mit dem Naturschutzgebiet in der Unterhimmler Au weitergeht. Es zieht sich hier auch komischerweise hinaus. Es war im 96er Jahr die Frau LR Prammer, jetzige Ministerin Prammer, mit einer Presseaussendung da. Sie hat gesagt, es kommt Ende des Jahres 96, dann ist sie eben Ministerin geworden. Jetzt haben wir Landesrat Haider, der hat gesagt, im Frühling. Nach meiner Urgenz hat es dann geheißt, er macht das bis zum Herbst. Und jetzt haben wir das Ende des Jahres. Es ist eigentlich alles erledigt und abgeschlossen. Ich weiß nicht, warum es hier so hapert, daß wir endlich die Unterhimmler Au zum Naturschutzgebiet erklären. Ich meine, das müßte jetzt schon erledigt sein.

Die Solaranlagen, die jetzt gemacht werden, kann ich natürlich nur positiv unterstreichen. Das war eine lange Forderung unsererseits.

Steyr hat einen Test der Zeitschrift NEWS mitmachen müssen. Man muß natürlich mit solchen Tests ein bißchen vorsichtig sein, aber es wird von 10.000 Einzeldaten berichtet, die da eingeflossen sind. Es wurden 50 Städte Österreichs durchgesehen, und leider kommt da Steyr nicht gut weg. Steyr ist an 46. Stelle. Nach Steyr kommen nur mehr Leoben, Karpfenberg, Knittelfeld und Ternitz. Also vielleicht jetzt nur für uns selbst - wie wir von außen gesehen werden. Wir dürfen uns nicht nur selber sehen, wir müssen uns auch so sehen, wie uns die anderen sehen. Und in diesem Test kommt Steyr halt nicht so gut weg.

Vielleicht abschließend noch zu einer ganz wichtigen Sache, und zwar ist ja Steyr Ziel 2-Gebiet. Und im Ziel 2-Gebiet sind von 1995 bis 1999 1,3 Mrd. S an EU-Förderungsmitteln vorgesehen. Im Ziel 5 b-Gebiet, das ist das Gebiet um Kirchdorf, sind 5,4 Mrd. S vorgesehen. Nun müssen wir wissen, daß es in Steinbach a.d. Steyr ein Büro mit 3 Personen

gibt, die sich um dieses Ziel 5 b-Gebiet kümmern, aber es gibt leider keinen Regionalmanager für Steyr. Ich glaube, das wäre sehr wichtig. Es hat voriges Jahr in einem AK-Report einen Bericht gegeben, daß man im FAZAT so etwas machen könnte. Leider ist das ein bißchen eingeschlafen.

Ich vermisse überhaupt einen Bericht über die EU-Förderungsmittel, die wir bisher in Anspruch genommen haben oder möchten. Es gibt ja diesen Verein „Regionalforum“, wo Sozialpartner vertreten sind, die Wirtschaftskammer und auch 2 Bezirkshauptleute und unser Bürgermeister, der heuer, glaube ich, offiziell den Vorsitz gehabt hätte, diesen aber aus Arbeitsüberlastung Herrn NR Gartlehner übergeben hat.

Es wäre für uns schon wichtig, daß wir uns um diese Töpfe kümmern. Da bin ich auch dafür, daß wir Personal einstellen. Hier geht es wirklich darum, daß wir als Stadt von den EU-Geldern, die wir hinschicken, auch wieder etwas zurückholen. Das, zu dieser Sache.

Abschließend möchte ich sagen, daß unser Abänderungsantrag Punkte enthält, die man alle mittragen kann. Er beinhaltet Dinge, die schon länger gefordert wurden und die auch von vielen gefordert werden. Ich möchte noch einen Satz unserer EU-Abgeordneten Daniela Raschhofer sagen, die festgestellt hat, daß die Abgeordneten in Brüssel, und zwar die österreichischen, mehr zusammenhalten sollen. Es fehlt hier der Zusammenhalt. Ich glaube, das sollte auch für uns gelten. Wir sollten auch mehr zusammenhalten. Danke schön.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GR Pramendorfer. Bitte.

GEMEINDERÄTIN

CLAUDIA PRAMENDORFER:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Wie sicher manche meiner neuen Kolleginnen und Kollegen im Gemeinderat hatte auch ich nach der Lektüre dieses Zahlenwerks „Budget“ zuerst einigen Erklärungsbedarf. Aber dank der Unterstützung und Einführung durch Herrn Mag. Lemmerer und Herrn Dr. Schmidl, wobei ich mich nochmals herzlich besonders für die zur Verfügung gestellte Zeit bedanken möchte, konnte ich mich, konnten wir uns ganz gut in die neue Materie einarbeiten und müssen uns jetzt nicht vorhalten lassen, um in der Diktion eines freiheitlichen Kollegen zu bleiben, es nicht kapiert zu haben.

Wie Gunter Mayrhofer in seinen einführenden Worten schon erwähnt hat, haben sich daraus für uns 5 Punkte von ganz zentraler Bedeutung ergeben:

1. Die Ausweitung des finanziellen Spielraumes.
2. Die Rückbesinnung auf die Kernaufgaben des Magistrates und Rückführung der Aufgaben in die Eigenverantwortlichkeit des mündigen Bürgers.
3. Die gute Zusammenarbeit mit der Beamtenschaft.
4. Nachhaltigkeit als wichtige Überlegung in der Entscheidungsfindung und schließlich eine Erweiterung des Gedankens der Kundenorientierung und des Bürgerservices.

Ich möchte nun diese 5 Punkte an 2 konkreten Beispielen aus dem Sozialbereich erörtern, auch wenn das manche als verlorene Zeit ansehen.

Der eine Punkt betrifft den geplanten Neubau des Alten- und Pflegeheimes Münchenholz, über den es ja bereits eine prinzipielle Übereinstimmung gibt und an dessen Notwendigkeit niemand zweifelt.

Wie aus einer Studie der Universität Linz vom vergangenen Sommer sehr deutlich zu sehen und wie auch allgemein bekannt ist, wird das Problem der Überalterung, das Problem der Zukunft sein; nicht nur, was die Versorgung mit Pflege- und Betreuungseinrichtungen angeht.

Und dieses Problem geht natürlich auch an der Stadt Steyr nicht spurlos vorüber, wenn auch andere Bezirke mit größeren Strukturproblemen zu kämpfen haben werden. Und aus der demographischen Prognose wird deutlich, daß wir es mit einer sogenannten dreifachen Alterung zu tun haben, das heißt, mit einem Anstieg der absoluten Zahlen der älteren Menschen, mit einem Anstieg der über 60jährigen gegenüber der Gesamtbevölkerung und zu einem Anstieg der Hochaltrigen.

Und daraus ergibt sich selbstverständlich auch ein Anstieg der betreuungsbedürftigen Personen, wobei die Pflege heute noch zu ca. 80 % in der Familie stattfindet. Aber aus naheliegenden Gründen, das sind stagnierende Geburtenzahlen, hohe Scheidungsraten, Zunahme und Änderung der Bedeutung von Erwerbstätigkeit von Frauen, kann man nicht vom Beibehalten dieses hohen Grades an familiärer Pflege ausgehen.

Und das ist der Punkt, bei dem die öffentliche Hand gefordert ist und der Ausweitung des finanziellen Spielraumes große Bedeutung zukommt.

Die Infrastruktur der Altenversorgung; damit meine ich nicht nur die Errichtung eines Alten- und Pflegeheimes, sondern die grundsätzliche Einrichtung und Vernetzung aller möglichen Angebote im Bereich Pflege und Betreuung, das sind betreutes Wohnen, Tagespflege, Kurzzeitpflege, mobile Dienste, neue Wohnformen, wie z.B. Generationswohnungen. Das alles gehört für mich zu den Kernaufgaben einer öffentlichen Verwaltung, aber nicht im Sinne einer Zwangsbeglückung, sondern im Sinne einer Miteinbeziehung und Mitentscheidung, aber auch natürlich in einer maßvollen und zumutbaren Mitfinanzierung durch die zu Versorgenden bzw. deren Angehörige.

Große Bedeutung hat dabei auch das Prinzip der Subsidiarität, was im Bereich der Seniorenpolitik bedeutet: längstmögliche Beibehaltung der Selbständigkeit.

Erst dort, wo Selbsthilfe und andere informelle Möglichkeiten nicht mehr ausreichen, springt die öffentliche Hand ein.

Überlegungen und Vorstellungen dazu werden in der Projektgruppe bereits entwickelt, und es ist Aufgabe der Politik, diese mit Weitblick und Augenmaß zu ermöglichen.

Um dieses Ziel für unsere Bevölkerung zu erreichen ist eine bestmögliche Zusammenarbeit zwischen der Beamtenschaft und der Politik nicht nur wünschenswert, sondern unabdingbar.

Eine Erschwerung und Einengung des Informationsflusses bzw. ein Ausnutzen der Informationen aus parteitaktischen Überlegungen haben in einer derartigen Form der Zusammenarbeit nichts zu suchen.

Ein Beispiel aus vergangener Zeit, wo Überlegungen zur Nachhaltigkeit offensichtlich noch keine große Rolle gespielt haben, ist das der Wirtschaftsuniversität in Wien. Vor nicht einmal 20 Jahren gebaut und für ca. 8.000 Studenten berechnet, beherbergt sie jetzt 23.000 Studenten, wobei Häuser dazugebaut bzw. Objekte angemietet werden müssen, um einen einigermaßen erträglichen Zustand herbeizuführen.

Was ich damit sagen will, ist: Schlecht, kurzsichtig geplant und billig gebaut, ist meist teuer gebaut. Diesen Fehler können wir beim Neubau des APM vermeiden, indem wir alle zur Verfügung stehenden demographischen Prognosen, Erfahrungen mit diversesten Projekten aus ganz Österreich und aus dem Ausland zur Entscheidungsfindung heranziehen und uns auch von Visionen leiten lassen und nicht nur in der Suppe eigener Erfahrungen köcheln.

Die Ausweitung des Gedankens des Bürgerservices und der Kundenbetreuung sollte ebenfalls in die Planung des APM miteinfließen. So wäre es durchaus im Sinne eines verbesserten Services, wenn im Zuge der Errichtung des APM auch gleich eine Bürgerservicestelle für alle Münichholzer ermöglicht wird. Abgesehen von der Erleichterung für die Einwohner von Münichholz durch die leichtere Erreichbarkeit des Magistrates, z.B. Abholen oder Abgeben von Anträgen, hätte eine derartige Servicestelle für die Gesamtbevölkerung auch noch den großen Vorteil der besseren Integrierbarkeit älterer Mitbewohner.

Mein zweiter Punkt betrifft die Errichtung eines Kinderschutzzentrums in Steyr.

Sinn und Zweck eines Kinderschutzzentrums ist es, Kindern, denen Gewalt in welcher Form auch immer widerfährt, Schutz, Hilfe und auch Therapie anbieten zu können. Kinderschutzzentren arbeiten kostenlos, anonym, straffrei, freiwillig und kindgerecht.

Aus der Kostenfreiheit für die Klienten ergibt sich, daß die Kosten von der öffentlichen Hand getragen werden müssen, das heißt, daß auch hier ein größerer finanzieller Spielraum der Kommune vonnöten ist.

Es gehört zu den Kernaufgaben der öffentl. Hand, solche Einrichtungen für die Kinder - die schwächsten Mitglieder der Gesellschaft -, die gleichzeitig die Verantwortungsträger von morgen sein sollen, zu ermöglichen und mitzufinanzieren. Gleichzeitig liegt es aber in der Natur einer solchen Einrichtung, die ja Anonymität und Straffreiheit garantiert, daß die Leitung und Trägerschaft in privaten, nicht weisungsgebundenen Händen liegen muß.

Österreich - ja auch europaweite Erfahrungen mit unabhängigen Kinderschutzzentren beweisen die Richtigkeit und Wichtigkeit dieser Unabhängigkeit und Weisungsungebundenheit.

Die Zusammenarbeit mit den Beamten ist aber auch hier von größter Bedeutung, da z.B. in Fällen, in denen Straffreiheit nicht angebracht ist und auch nicht gewünscht wird, der direkte und schnelle Weg zur Behörde entscheidend sein kann.

Auf den Zusammenhang zwischen dem Prinzip der Nachhaltigkeit und der Einrichtungen, die dem Kindeswohl dienen, muß hier sicher nicht extra hingewiesen werden.

Auch der Gedanke der Kundenorientierung liegt hier auf der Hand. Ein anonymes, vom Klienten, der ja auch ein 12jähriges Kind sein kann, möglichst unbemerkt aufsuchbares Zentrum ist einem Amtsgebäude allemal vorzuziehen.

Zusammenfassend möchte ich noch einmal auf die große Bedeutung beider Vorhaben hinweisen und auf den Niederschlag, den sie im Budget '98 und Folgejahre finden müssen.

Die ÖVP-Fraktion wird sehr wachsam die diesbezüglichen Budgetansätze im Auge behalten. Es kann nicht Aufgabe einer Kommune sein, jeden Verein, der Dienstleistungen im sozialen Bereich anbietet, zu subventionieren.

Aber es steht für mich außer Frage, daß Bereiche, in denen es um das Wohl der Schwächsten geht, seien es nun alte, pflege- und hilfsbedürftige Menschen oder mißhandelte, mißbrauchte Kinder, sehr wohl der Unterstützung, Finanzierung - und wenn nötig - auch Koordination durch die öffentliche Hand bedürfen. Beweisen wir bei der Umsetzung beider Vorhaben, daß auch die öffentliche Hand Visionen haben kann und über den Tellerrand - sprich Zeithorizont - von der Legislaturperiode blicken kann.

Ich danke für ihre Aufmerksamkeit.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Hoflehner. Bitte.

GEMEINDERAT

ING. KLAUS HOFLEHNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, geschätzte Presse, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Mit vielen Zahlen aus dem Budgetvoranschlag ist unsere Fraktion nicht einverstanden, viele Zahlen sind jedoch unabänderlich. Und in der Kürze der Zeit ist leider wenig Änderung zu Positivem möglich.

Unter gewissen Bedingungen, bei Zustimmung unseres Abänderungsantrages und einiger anderer Wünsche, können jedoch auch wir uns vorstellen, dem Budget zuzustimmen.

Auch deshalb, um eine gute Zusammenarbeit in Zukunft zu ermöglichen.

Herr StR. Bremm und Herr Kollege Apfelthaler, sie können mir eines glauben, wir waren wirklich bei diesen Verhandlungen ausgeschlossen. Der Abänderungsantrag wurde uns nicht einmal gezeigt, und wir hätten sehr gerne mitgearbeitet. Um so mehr wundert es mich jetzt, als unser verehrter Herr Bürgermeister am 30. Oktober, bei der ersten GR-Sitzung, die ich als Neuling erleben durfte, unter anderem die so erfreulichen Worte gesagt hat, daß persönlicher Respekt in diesem Raum wichtig sei und auch die Akzeptanz von Andersdenkenden.

Sie werden sehen, daß wir Freiheitliche in Zukunft uns an ihre Wünsche halten werden. Ganz naiv, als politischer Quereinsteiger, frage ich mich jedoch, warum wir in die Steyrer Budgetfragen nicht eingebunden wurden und somit ihrerseits ihre eigenen Wünsche nach guter Zusammenarbeit und gegenseitiger Akzeptanz mit Leben erfüllt haben.

Als derjenige in unserer Fraktion, der für die Wirtschaftsangelegenheiten zuständig ist, möchte ich sie höflichst auf

einige Wünsche hinweisen, die sich konkret in Arbeitsplätzen niederschlagen würden.

Ich habe schon einmal gesagt, daß ich glaube, daß Steyr als Handels- und Gewerbestadt, als Tourismusstadt, als Kurzurlaubsstadt ein enormes Potential in der Zukunft hat. Als Industriestadt haben wir schon ein hervorragendes Image, unter anderem Dank aller ihrer Bemühungen.

Aber jetzt ist es an der Zeit, auch für Steyr als Handels- und Tourismusstadt innovative Ideen und Förderungen auszuhecken.

Steyr ist in jeder Hinsicht schöner, wertvoller als andere vergleichbare Städte, im speziellen im Hinblick auf die Topographie und die Städtebaukunst und vieles mehr.

Ich möchte jetzt nochmals das Beispiel Wels bringen, das heute schon als Vergleich herhalten hat müssen.

Wels hat vor rd. 15 Jahren mangels Industrie (wie in Steyr) voll auf die Vermarktung als Handelsstadt gesetzt.

Der Erfolg, den ich mit einigen Zahlen belegen möchte, gibt den Welsern recht. Und ich sage nicht diese Zahlen, um Steyr schlechtzumachen, sondern um positive Möglichkeiten aufzuzeigen.

Bei rd. 52.000 Einwohnern, die übrigens immer mehr werden, hat Wels Einnahmen in der Höhe von 2 Mrd. S aus o. und ao. Haushalt und knapp 300 Mio. S Einnahmen aus der Kommunalsteuer. Sie wissen, daß das bei uns wesentlich weniger ist. Über die Schulden, die weniger sind, will ich jetzt nicht sprechen.

Wie hat Wels das geschafft? Wels hat seit Jahren eine „Stadtmarketing Wels Ges.m.b.H.“, die 100%ige Tochter der Stadt Wels ist. Wels hat auch eine Wirtschaftsberatungs- und Ansiedelungsges.m.b.H., die ebenfalls im Besitz zu 55 % der Stadt Wels ist. Und diese Stadtmarketing- und Ansiedelungsges.m.b.H. sind sehr, sehr aktiv.

S 20.000,- für Lehrlinge jetzt herzuschenken ist kurzfristig vielleicht eine ganz gute Aktion. Lang- und mittelfristig ändert sich jedoch wenig bis nichts. Wir haben nächstes Jahr vermutlich dasselbe Problem.

Richtig wäre es, das Pferd so aufzuzäumen, daß wir mittel- und langfristige Maßnahmen setzten.

Unsere Idee gegen Arbeitslosigkeit ist, Steyr als blühende Handels-, Gewerbe- und Tourismusstadt aufzubauen.

Mit Freude lese ich daher im Abänderungsantrag, daß 1,5 Mio. S für eine Stadtmarketingstudie vorgesehen sind.

Ich glaube jedoch, daß diese einmalige Summe zu wenig ist. Wir müssen da viel langfristiger denken.

Wir müßten außerdem in Steyr gar nicht viel zu diesem Thema neu erfinden. Viele Maßnahmen, die die Welser WBA und die Welser Stadtmarketing Ges.m.b.H erfolgreich eingesetzt haben, könnten wir volley übernehmen. Z.B. haben wir eine irre Liste, ich habe nur die wichtigsten herausgeschrieben: Bestandspflege und Bestandssicherung - auch für in Schwierigkeiten geratene Unternehmen -, Einzelhandelmarketing, Organisation verschiedener Events, große Kulturveranstaltungen, Unterstützung der Ansiedlungspolitik durch vereinfachten Dienstweg, intensivere Zusammenarbeit mit anderen Vorzeigestädten, wie z.B. Augsburg, Seminare für Stadt- und Citymarketing, Nahversorgungsförderungen und diverse andere innovative Förderungen. Und der absolute Hit war in Wels die Impulsmilliarde. Da wurden 40 Mio. S an Zinsstützung zur Verfügung gestellt, und binnen 10 Wochen wurde durch diese Zinsstützung ein Fördervolumen von 1,3 Mrd. S ausgelöst. Das hat nur 10 Wochen gedauert - 1,3 Mrd. S wurden dort von den Welser Kaufleuten investiert. Nicht nur Kaufleute, auch Gewerbetriebe.

Ich weiß, daß wir das FAZAT haben, Herr StR. Bremm, und ich weiß auch, daß wir den Tourismusverband haben. Ich glaube aber, daß vieles mehr als diese beiden verdienstvollen Institutionen erforderlich sein wird, um die Aufgaben für die Zukunft zu meistern.

Und ich bitte sie sehr, sehr geehrter Herr Bürgermeister Leithenmayr, diese Ideen aufzugreifen und nicht zu negieren, nur weil sie von einer anderen Fraktion sind. Weil es wird vielleicht einmal heißen, wenn wir in 5, 6 Jahren eine blühende Stadt sind, daß das alles unter Herrn Leithenmayr passiert ist.

Ich komme jetzt auf den Punkt, und der ist: Es müssen Rahmenbedingungen, damit diese Visionen eine Chance auf Realisierung haben, geschaffen werden. Und eine der wichtigsten Forderungen von uns ist eine zentrumsnahe, helle, freundliche Parkgarage, für die leider im Budget keine Planungskosten vorgesehen sind.

Ein weiterer Punkt in diesem Zusammenhang, den ich erwähnen möchte, ist die Anbindung an die Westautobahn, ohne lästige Ortsdurchfahrten. Das wäre auch ein wichtiger Punkt, um Steyr dort hinzubringen, wohin ich mir das erträumt habe.

Letzter Punkt; den haben wir nicht in unserem Abänderungsantrag, aber der betrifft die Kosten für Personal,

Verwaltung und Betriebsaufwände im Steyrer Budget.

Herr Bürgermeister Leithenmayr hat „5 % weniger Personal“ gesagt. In Zahlen ausgedrückt ist es aber so, daß immer ein Plus herauskommt. Auch heuer beim Personalaufwand: + 3,17 %. Jeder Konzern - weltweit - jede kleine Firma, inkl. meiner, jeder kennt das Wort lean-Management, das heißt, man soll heute schlank, drahtig, effektiv, ohne sinnlosen Ballast arbeiten. Und überall wird daran intensiv gearbeitet, denn das ist das Gebot der Stunde.

In der Verwaltung von Steyr ist einiges geschehen, und es muß noch vieles geschehen. Auch hier höre ich mit Freude, daß einiges im Laufen ist.

Und die Freiheitlichen werden auch alle die unterstützen, die die Ideen für eine Magistratsreform weitertragen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GR Freimund. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN

MONIKA FREIMUND:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Presse, sehr geehrte Zuhörer! Ich habe jetzt nicht vor, hier eine endlose Rede zu halten, sondern mir ist es wirklich ein Bedürfnis, für die Steyrer Jugend zu sprechen und für sie Partei zu ergreifen. Die ständigen Seitenhiebe der F-Partei gegen die vorhandene Jugendkultur in Steyr, egal ob es jetzt das Jugendkulturhaus, diverse Jugendzentren oder sonst irgendwas betrifft, stimmen mich persönlich sehr traurig und nachdenklich. Ob denn den freiheitlichen GemeinderätInnen nicht bewußt ist, daß wir alle für die Zukunft unserer Stadt arbeiten und wir alle das gemeinsam machen sollten und nicht immer gegen die Jungen pöbeln usw.?

Die ständige Kritik gegen die Jugendkultur vermittelt mir schon den Anschein, daß sie unsere jungen Bürgerinnen und Bürger der Stadt Steyr nicht sehr ernst nehmen.

Wir, die sozialdemokratische Partei, hingegen nehmen diese Wünsche der jungen Bürgerinnen und Bürger sehr ernst.

Das hat auch Herr Bürgermeister Leithenmayr bewiesen, indem er sich so vehement für das Jugendkulturhaus eingesetzt hat, das nun in Betrieb genommen wurde.

Ich habe meine Position als Gemeinderätin hier schon so verstanden, daß ich da positiv arbeite und nicht immer im negativen Sinn dahinwirtschafte.

Das würde ich mir auch von allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates erwarten.

Der Budgetvoranschlag für 1998 zeigt eine Professionalität, wie es die Beamten des Magistrates Steyr erarbeitet haben. Er ist ein solides Fundament für die Zukunft der Stadt Steyr, auf die wir bauen müssen. Das sind wir der jungen Bevölkerung in Steyr schuldig.

Ich hoffe auch, daß sie dem Rechnung tragen werden. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster ist Herr GR Hack, bitte sehr.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Sehr geehrter Herr StR. Eichhübl!

Gelächter

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Wissen sie, wie groß das Feld eines Beachvolleyballplatzes sein soll?

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Haben wir jetzt eine Fragestunde?

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Bitte?

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Wissen sie, wie groß das Feld eines Beachvolleyballplatzes sein soll?

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Das kann ich momentan nicht sagen, ich habe zwar schon einen gesehen, ...

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Gut. Danke. Von Herrn StR. Bremm möchte ich wissen, ob er glaubt, daß

Gelächter

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

... die Felder eines Beachvolleyballplatzes gleich groß und eben sein sollen?

Unverständliche Zwischenrufe.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Der Beachvolleyballplatz, der im Steyrer Stadtbad neu gemacht wurde, ist eine absolute Katastrophe. Er ist viel zu klein, er ist schief, er ist eben, er ist an Hausmauern angelehnt. Wer trägt eigentlich für diesen Pfusch die Verantwortung?

Ich habe hier Fotos, sie können sich's gerne ansehen.

Das große Buffet im städt. Freibad ist in einem sehr schlimmen Zustand. Die Katastrophe an sich ist aber das kleine Buffet neben dem Tauchergarten. Das ist jetzt zum Glück gesperrt worden und ist wahrscheinlich auch behördlich nicht mehr aufzusperren, weil die Zustände katastrophal sind.

Ich habe hier Fotos, die sie sich anschauen können.

Ins Lebensmittellager des großen Buffets, das ist zufällig unter den Toiletten, rinnt das Wasser von diesen Kanalanlagen. Prost Mahlzeit! Ich kann keinem empfehlen, das im städt. Bad zu benutzen oder in Anspruch zu nehmen.

Die unvorstellbare Kostenexplosion bei der Sanierung des städt. Hallenbades hat der Herr Bürgermeister schon angesprochen. Ich habe das auch in der letzten Sitzung bereits angesprochen. Und ich fürchte nämlich in diesem Bereich für das nächste Jahr und für die kommenden Jahre ganz exorbitante und böse Überraschungen, was hier die Kostenseite betrifft.

Das Ganze zeigt auf, daß eigentlich in den letzten 20, 30 Jahren nie etwas geschehen ist, daß da nie etwas saniert oder hergerichtet wurde bzw. die laufenden Instandhaltungsarbeiten nicht gemacht wurden.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

War da auch der Eichhübl schuld?!

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Es wurde von Herrn StR Eichhübl - auch jetzt bei den Budgetverhandlungen und bei den ganzen Dingen -, soweit ich informiert bin, nicht auf diese Mißstände hingewiesen.

Stadtrat Roman Eichhübl überreicht Herrn GR Ing. Wolfgang Hack das Budget '96.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Herr Stadtrat, sie kommen eh später dran, da können sie es ihm dann überreichen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Da hat er nicht Zeit gehabt.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Showmaster unter sich.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Hoffentlich fehlt es dann nicht an der Durchsetzungskraft, irgend etwas zu bewegen.

Die städt. Bestattung weist für 1996 einen Gewinn, im Budget, in der Buchhaltung, von S 6.338,-- aus. Unter der Position 4523 wurde ein Erlös aus Anlagenverkauf in der Höhe von S 191.895,-- verbucht. Wenn man diesen ao. Ertrag abzieht, dann bleibt in der städt. Bestattung ein Verlust von S 185.556,--.

An sich ist es so, daß man in Bestatterkreisen davon ausgeht, daß eine Bestattung, die 100 Fälle im Jahr hat, selbständig lebensfähig ist.

Die städt. Bestattung in Steyr hat im Jahr etwa 230 Bestattungen, und lt. dieser Bilanz hat sie derartige Verluste. Ich glaube, irgend etwas läuft hier falsch.

Ich glaube aber nicht, daß die 4 Arbeiter und die 4 Angestellten, wie im Personalspiegel dargestellt ist, in der Bestattung und im Krematorium schlechte Arbeit leisten und da irgendwo große Fehler machen. Ich denke vielmehr, daß hier die Kostenwahrheit - und das ist anscheinend in sehr vielen Betrieben der Fall - keine Wahrheit ist, und eigentlich muß dieses Bild endlich einmal richtiggestellt werden.

In den Bereichen Verkehrsbetriebe, Gaswerk, Wasserwerk ist die gleiche Einstellung und Vorgangsweise zu erkennen. Auch hier sollte einmal endlich eine Transparenz und Kostenwahrheit eingeführt und geschaffen werden.

Es ist ja so, daß die gesamte Situation in den städt. Betrieben um eine weitere Dimension beeinflusst wird, und die heißt EU. Im Trend des Monats 11 ist ein Artikel über die Situation der Wiener Stadtwerke, die in der Struktur in sehr vielen Bereichen mit den Steyrer Verhältnissen zu vergleichen ist. Es sind dies die Unternehmensbereiche Gas, Strom, Wiener Linien, Bestattung, Beteiligung etc. Die Situation ist umlegbar, die Kernaussage ebenso, und zwar, daß lt. EU Quersubventionen nicht mehr gestattet sind und etwa ab Februar 1999 diese ganze Sache abgestellt werden muß.

Das bedeutet, daß wir eigentlich einen in bezug auf die Situation der Betriebe der Stadtwerke akuten Handlungsbedarf haben und eine Entflechtung sowie eine übersichtliche Neustrukturierung der Betriebe Gebot der Stunde sind.

Die Stadt Innsbruck wurde heute schon zweimal angesprochen. In zwei Bereichen wurden gewisse Maßnahmen wieder zurückgenommen, aber im großen und ganzen haben sie einen sehr richtigen Weg, der vielleicht auch für Steyr ein Vorbild sein könnte, eingeschlagen. Die Stadt Innsbruck war seinerzeit die höchst verschuldetste Stadt Österreichs. Es wurden dann unter dem jetzigen Bürgermeister, Herwig van Staa, der ja auch Universitätsprofessor war, verschiedene Maßnahmen ergriffen, die, wie gesagt, auch für Steyr eine Vorbildwirkung haben könnten.

Das eine war eine Neustrukturierung der kommunalen Betriebe durch Ausgliederung und Überführung in Aktiengesellschaften. Das heißt aber nicht unbedingt eine Privatisierung an Private, aber es soll einmal eine Kostenwahrheit und -transparenz hier aufscheinen. Eine Gebührenwahrheit, die Gebühren so verrechnen, was sie tatsächlich kosten. Und das kann ich aber wieder nur, wenn ich eine Kostenwahrheit habe.

Ich verweise hier auch z.B. auf die überfällige Anhebung der Bestattungsgebühren. Es gibt eine Verordnung des LH vom 14. 1., die aber anscheinend aus Wahlgründen oder sonstwas, nicht gemacht wurde.

3. Verbesserung der Beförderungsrichtlinien, Dienstzweigverordnung etc. etc.

Es gibt sicher mittlerweile sehr viele erprobte Ansatzpunkte, und es wird unsere vordringliche Aufgabe sein, betriebswirtschaftlich sinnvolle und damit sicher auch budgetentlastende Maßnahmen zu setzen.

Ich darf aber bitte auch noch auf das Gebiet „Stadtplatz“ eingehen, nachdem es mich auch betrifft. Mit der Fertigstellung des Parkdeckes Bahnhof wird die Umsteigestelle aller städt. Busse weg vom Stadtplatz auf diesen Bahnhofsknoten erfolgen. Ich befürworte einerseits diese natürlich verkehrspolitisch notwendige Maßnahme, andererseits befürchte ich dadurch aber ein massives Absenken der Fußgeherfrequenz am Stadtplatz.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Wollen sie die Busse weiterhin am Stadtplatz? Also das verstehe ich jetzt nicht ganz....

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Darf ich bitte aussprechen?

INTERSPAR baut oder will ein riesen Einkaufszentrum anstelle des ehem. KGM's bauen. Dadurch wird sicher die Situation der Innenstadtkaufleute geschwächt.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Tabor-Einkaufsland.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Ist sicher eine

Unverständlicher Zwischenruf von Gemeinderat Hans Payrleithner.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Darf ich bitte ausreden!

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir kennen uns nicht aus.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Der Herr GR wird es erklären, bitte laßt ihn ausreden!

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Ich fordere daher eine citynahe Parkgarage, die aber wirklich citynah plaziert sein muß und nicht an der Peripherie der Stadt gelegen sein darf.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Da sind wir gerade dabei.

GEMEINDERAT

ING. WOLFGANG HACK:

Im Budgetvoranschlag irgendwo zu sagen, 1 Mio. S für Umgestaltung des Stadtplatzes, bringt wahrscheinlich relativ wenig, wenn ich die Leute nicht hereinbringe und herinnen halten kann.

Das zweite Amtsgebäude ist sicher eine sehr gute Ergänzung zu diesen Maßnahmen. Allerdings muß dann auch eine entsprechende Verkehrsregelung und eine sinnvolle Verkehrsführung in das Zentrum und aus dem Zentrum erfolgen.

Ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Der nächste zu Wort gemeldet ist Herr StR. Eichhübl, ich erteile es ihm. Herr StR. Eichhübl, sie sind am Wort! Bitte gehen sie ans Rednerpult.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Eine Budgetdebatte, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, werte Gäste, bietet ja jährlich einmal die Möglichkeit, und das für alle Gemeindemandatäre, zu allem und jedem, was die Kommunalverwaltung betrifft, zu sprechen, das heißt, sich hier zu Wort zu melden. Sie bietet aber auch die Möglichkeit, und davon möchte ich jetzt Gebrauch machen, einen kurzen Blick zurückzumachen, um daraus Schlüsse für die Gegenwart und die Zukunft zu ziehen.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, war es bis 1991 durchaus so üblich, daß der Herr Finanzreferent in einer Art Gottesdienst, zwar nicht von der Kanzel, sondern hier von diesem Rednerpult aus, sein Budget verkündigte und die Gläubigen hier in diesem Saal, mit einigen wenigen Ausnahmen, zu allem ja und amen gesagt haben, so war es ab 1991 wesentlich anders; nicht zuletzt aufgrund der Tatsache, daß sich die politischen Mehrheitsverhältnisse hier in

diesem Gremium wesentlich verändert haben.

Und jene, die dabeigewesen sind, werden sich noch gut daran erinnern, daß es Hunderte von Stunden - über Jahre hinweg gesehen - für Budgetberatungen auf politischer Ebene gegeben hat. Es war auch einmal der Fall, daß ein Budget, nämlich das Budget für 1996, nicht am Ende des Jahres '95 beschlossen werden konnte und im darauffolgenden Jahr eine sehr dünne Mehrheit für dieses Budget zu erhalten war.

Jetzt und heute beraten wir das Budget 1998, und da hat es eigentlich eine total konträre Vorbereitungsarbeit gegeben, nämlich insofern, als daß die politische Ebene nahezu ausgeschlossen wurde, zumindest was die Verhandlungen mit uns Freiheitlichen betrifft.

Ich gehe davon aus, daß das seine Hintergründe hat, und zwar in der Form, daß bereits bei der Ressortverteilung - zumindest in Richtung ÖVP - für dieses Budget der erste Grundstein gelegt wurde.

Wie ja alle wissen, ist der Herr Bürgermeister, der sich momentan nicht hier in diesem Raum befindet, ein guter Fischer. Er hat seine Angelschnur ausgeworfen, einen Köder gehabt und so nach dem Motto: „Ein Angler steht am Meeresstrand, die Angel in der linken Hand. Da an der Angel hängt ein, „kein“ müßte man jetzt sagen, Barsch, sondern der Kollege Apfelthaler.“ Der hat ja auch wiederum

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Auch ein kleiner Fisch.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

... nach anfänglichem Zaudern seine Bereitschaft zur Zustimmung gegeben, weil halt dort und da für jene Bereiche, die ihr abzudecken glaubt, ein paar hunderttausend S drinnen sind und weil es ja auch schlußendlich darum geht, die Position des Prüfungsausschubobmannes zu besetzen. Es wird dann eine sehr interessante Sache, wenn sich dann die Koalition, Herr Apfelthaler, nämlich SPÖ und GAL, selbst prüft. Aber es gibt ja noch nächste Woche Gelegenheit, dieses Thema bei der Konstituierung dieses Ausschusses zu behandeln.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, der Fraktionsobmann von uns Freiheitlichen, Dr. Pfeil, hat ja bereits angekündigt, daß er eine Budgetgrundsatzrede im 2. Teil dieser heutigen Debatte halten wird, daher darf ich mich darauf beschränken, was die Auswirkungen dieses zu beschließenden Budgets auf jene Bereich hat, die mir als Stadtwerkereferent übertragen worden sind und für die ich auch die Verantwortung habe.

Ich darf aber vorausschicken, daß es natürlich in diesem Gesamtbudget eine Reihe von positiven Ansatzpunkten gibt, die wir Freiheitlichen durchaus goutieren. Ich denke dabei beispielsweise an Ausgaben für soziale Bereiche oder für den Verkehrs- und Bildungsbereich, für das Feuerwehr- und Rettungswesen, um jetzt nur einige Beispiele zu nennen, oder aber auch an das Kommunalzentrum, wo ja für die Betriebe der Stadtwerke endlich zeitgemäße Arbeitsplätze und Betriebsabläufe geschaffen wurden.

Jedoch ist eine Zustimmung zu Teilbereichen des vorliegenden Budgets nach wie vor nicht möglich. Und mich wundert's, daß heute die ÖVP-Redner darauf nicht hingewiesen haben, weil ja das nicht zuletzt auch eine Forderung der ÖVP und vor allen Dingen aber auch der Freiheitlichen war: Budgetkapitel getrennt abstimmen zu können. Das gibt es in anderen Städten auch. Bei uns ist es offenbar nicht möglich.

Meine Damen und Herren, aber im Gegensatz zu den vorhin von mir geäußerten positiven Ansichten, gibt es aber auch einige negative Bereiche anzumerken, und zwar darf ich dort beginnen, wo eher geringe Finanzmittel veranschlagt wurden, wie z.B. der zu geringe Ansatz für die Sanierung des Hallenbades, 2. Etappe, nämlich 14 Mio. S entgegen den bisherigen Vereinbarungen, die wir in Ausschüssen und auch hier im Gemeinderat, man braucht nur die Protokolle nachzulesen, getroffen haben. Es war ja unter anderem auch eine Sanierung der Sauna vorgesehen, die, wie jeder weiß, sehr dringend notwendig ist. Übriggeblieben von dieser Sanierungsetappe - 2. Teil ist offensichtlich, aufgrund einer Besprechung, die dort stattgefunden hat, nur mehr eine Sanierung des Eingangsbereiches; Massage-, Solariumbereich nur baulich (mit Fragezeichen versehen), Garderoben, Stiegenhausaufgang, Elektrotechnik, Fassade, Betonsanierung. Meine Damen und Herren, und damit kommt man offensichtlich auf diese 14 Mio. S und man ist - so geht das zumindest aus diesen Unterlagen hervor - nicht bereit, die Sanierungsmaßnahmen einzuleiten, die ursprünglich

vereinbart waren.

Weiters sind auch keine Finanzmittel für ein Strukturveränderungskonzept und die daraus resultierenden Maßnahmen für das Freibad geschaffen worden. Es wäre hier ein Budgetansatz von S 500.000,-- durchaus gerechtfertigt. Und nicht nur gerechtfertigt, sondern auch sehr notwendig.

Um beim Stadtbad zu bleiben: keine Finanzmittel für den Tauchergarten. Herr Kollege Hack, ich komme dann noch auf ihre Ausführungen zurück, keine Finanzmittel - das darf ich hier nochmals dick unterstreichen - für die Sanierung des Tauchergartens, obwohl seit Jahren das von freiheitlichen Mandataren im allgemeinen und von mir als Referent im besonderen und auch von anderen Rednern hier in diesem Gemeinderat, die nicht zur freiheitlichen Fraktion gehören, gefordert wurde.

Denn eines ist sicher, meine Damen und Herren, mit einer Kartusche Silikon so im Vorbeigehen, wie so manche meinen, wird das nicht möglich sein, daß man diese Schäden dort repariert. Und es gibt ja einen Prüfbericht, der meine jahrelangen Forderungen bestätigt, wie ich höre. Aber deswegen nur höre, weil man diesen Prüfbericht wahrscheinlich aus bestimmten Gründen von mir fernhält. Das ist sehr interessant, sonst hat man immer diese Unterlagen bekommen, diesmal nicht.

Und jetzt komme ich zu dem, was Herr Kollege Hack zum Ausdruck gebracht hat.

Er hat eigentlich zum Teil sehr ungerechtfertigt, und zwar gehe ich davon aus, daß er die näheren Umstände nicht kennt, Teilbereiche der Stadtwerke kritisiert. Dabei hätte er so einfach. Er braucht ja nur zu seinem Schwager, Herrn Payrleithner, etwas sagen und der trägt es ihm dann in den 2. Stock; das ist nur ein Vorschlag von mir. Er hat aber auch sehr gerechtfertigt die nicht getätigten Instandsetzungen in einigen Bereichen unserer Freizeiteinrichtungen kritisiert. Eigentlich komme ich zu dem Schluß, daß er eigentlich aufgrund seiner Überlegungen diesem Budget die Zustimmung verweigern müßte. Denn es sind wieder keine Budgetmittel für diese Sanierungsmaßnahmen in entsprechendem Ausmaße vorhanden, und ich darf das noch einmal unterstreichen, nicht nur jetzt nicht vorhanden, sondern seit Jahren nicht vorhanden gewesen.

Ich darf nur ein Beispiel nennen, nämlich das Hallenbadsanierungskonzept, das ja eigentlich 15 Jahre lang hinausgeschoben wurde, denn der damalige Errichter und Architekt dieses Hallenbades, was übrigens damals eines der modernsten sogar europaweit war, hat darauf hingewiesen, daß nach einer 15jährigen Betriebsdauer dieser Einrichtung eine Generalsanierung notwendig sein wird - nur hat man es halt nie gemacht. Ich glaube, da war noch nicht Roman Eichhübl Referent der Stadtwerke.

Zahlreiche Forderungen, meine Damen und Herren, des Rechnungshofes, der die Stadtwerke im November '95 geprüft hat und die wir Freiheitlichen immer wieder gefordert haben, wurden ebenfalls nicht berücksichtigt. Ich darf hier auch nur einige Beispiele nennen. Die Verlustabdeckung - wie sieht es diesem Bereich aus? Die Verlustsätze für die städt. Freizeiteinrichtungen werden von Jahr zu Jahr gekürzt. Beispiel, städt. Bäder. Tatsächlicher Verlust etwa 8,1 Mio. S, Verlustersatz jedoch nur 2,4 Mio. S. Hingegen wird nach wie vor auch gegen die Meinung des Rechnungshofes der Reinhaltungszuschlag, das habe ich hier bereits in diesem Gemeinderat nach der Konstituierung zum Ausdruck gebracht, von derzeit von S 2,20,--, der dem Wassertarif von S 11,--/m³ hinzugerechnet wird, von der Stadt einbehalten. Das ergibt immerhin - je nach Wasserverkauf - einen Betrag zwischen 6 und 7 Mio. S pro Jahr. Im Gegenzug dazu werden lediglich S 850.000,-- vom Stadthaushalt den Stadtwerken für Reinhaltungsmaßnahmen unseres Trinkwassers übermittelt. Und in diesem Bereich, Wasserwerk - Wasserversorgung, gibt es noch eine weitere Situation, die an sich nicht erträglich erscheint, denn es gibt da, und jene, die sich damit beschäftigt haben, nämlich mit dem Investitionsplan der Stadtwerke, eine Zuweisung für statutarische Zwecke 1998, das sind immerhin 6 Mio. S. Das heißt also im Klartext, daß die Gewinne des Wasserwerkes zur „Verlustabdeckung Bäderbetriebe“ herangezogen werden, obwohl, meine Damen und Herren, diese Verlustsätze aus dem Stadthaushalt abgedeckt werden müßten, und das auch der Rechnungshof sehr deutlich zum Ausdruck bringt. Man entzieht nämlich durch solche Maßnahmen dem Unternehmen Wasserwerk die Substanz und stellt weitere Subventionen aus diesem Grunde in Frage. Und alle reden seit Jahren davon. Alle, meine Damen und Herren! Jene, die neu dazugekommen sind, sind ja ausgenommen. Aber alle Fraktionssprecher reden seit Jahren davon, daß es unbedingt notwendig ist, und das ist auch meine Meinung, daß unsere Trinkwasserversorgung weiter abzusichern ist, das heißt, auf ein neues Standbein zu stellen wäre. Wo bitte, meine Damen und Herren, ist in diesem Voranschlag für 1998 ein Ansatz vorhanden? Wo ist diese Absicht zu erkennen? Ich habe es nicht herauslesen können, aber vielleicht kann mir das jemand dann noch erklären. Ich habe jedenfalls nichts gefunden und habe vergebens gesucht. Lediglich im Investitionsplan der Stadtwerke sind für ein Projekt der zusätzlichen Wassergewinnung 1,5 Mio. S vorgesehen.

Um jetzt auf den Rechnungshofbericht zurückzukommen, erinnere ich daran, daß es noch weitere, sehr wichtige Empfehlungen dieses Rechnungshofes gibt, die ebenfalls bis dato noch nicht umgesetzt wurden.

Daher weise ich zum wiederholten Male vor diesem Gremium auf diese Punkte hin. Ich nehme nur die Schwerpunkte heraus.

Unter Pkt. 1 bei diesen Schlußbemerkungen des Rechnungshofes steht folgendes:

„Der Geschäftsführung der Stadtwerke wäre jene unternehmerische Selbständigkeit einzuräumen, die eine Führung nach kaufmännischen Grundsätzen ermöglicht.

Ein Gesamtkonzept, das ist ein weiterer Punkt, für die Sanierung des Bäderbereiches mit einem zeitgemäßen Standard sollte erstellt werden.

Die Kosten jener gemeinwirtschaftlichen Leistungen, die von der Stadt als Eigentümerin den Verkehrsbetrieben aufgetragen werden, sollten nach dem kostendeckenden Bestellerprinzip vergütet werden.

Der Reinhaltungszuschlag zur Wassergebühr sollte nicht weiter von der Stadt einbehalten werden.“

Diese Forderungen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, wurden von uns Freiheitlichen im allgemeinen und auch von mir als Referent im besonderen immer wieder erhoben, weil sie nämlich die Stadtwerke, die ja immer wieder kritisiert werden, wesentlich verbessern würden.

Ich bin mir aber schon im klaren darüber, daß man das eigentlich gar nicht möchte. Das ist halt so das politische Spiel. Denn man würde sich ja die Möglichkeit aus der Hand nehmen lassen, einen politisch andersgläubigen Referenten für Dinge verantwortlich zu machen - für jene Mängel verantwortlich zu machen - die aus diesen Versäumnissen heraus geschehen.

Ich darf ihnen jetzt noch ein Beispiel nennen, wie ich mir die Zusammenarbeit zwischen den Vertretern der Stadt und den Stadtwerken nicht vorstelle. Ort der Handlung: Sitzung des Stadtsenates am 20. November 1997, Ergänzungstagesordnung - sie kennen das ja, das ist an sich so, daß dann erst am Vorabend (oder Vortag) der Fraktionsobmann diese Unterlagen in die Hände bekommt und man am nächsten Tag dann die Möglichkeit hat, in der Fraktion zu beraten. Um was ist es da gegangen! Um eine neue Verkehrsregelung für eine Steyrer Tourismusattraktion in Christkindl - Subventionsansuchen des Tourismusverbandes Steyr. Konkret - und das möchte ich jetzt ansprechen - um Verkehrsmaßnahmen an 4 Adventsonntagen sowie am 8. Dezember und um den Einsatz von Autobussen, um dort die an und für sich sehr dramatische Verkehrssituation in den Griff zu bekommen. Eine sehr gute Sache, das darf ich gleich vorweg sagen. Aber nun zur Vorgeschichte. Monate vorher werden Angebote von verschiedenen Busunternehmen, so auch von den Stadtwerken, eingeholt, die einen wesentlich höheren Leistungsumfang beinhaltet haben, als schlußendlich dann in dieser StS.-Sitzung beschlossen wurde.

Wie gesagt, der Leistungsumfang wird eingeschränkt. Und ohne mit den Stadtwerken Rücksprache zu halten - und das ist sehr interessant, das ist ja ein stadteigener Betrieb - werden die Verkehrsbetriebe ausgeklammert, weil man einfach davon ausgeht, daß sie sowieso zu teuer sind. Nicht genug damit, und das möchte ich wirklich sehr unterstreichen und hier zum Ausdruck bringen, man nützt die Gelegenheit, um auch in sehr unqualifizierter Art die Kalkulation des städt. Unternehmens in Frage zu stellen. Um so bedauerlicher ist es aber, wenn diese unqualifizierten Äußerungen von Personen kommen, die im Firmenbuch dieses Unternehmens stehen und die eigentlich Interesse daran haben sollten, die Stadtwerke positiv darzustellen. Und noch bedauerlicher ist es, wenn sich dann herausstellt, daß die Preisdifferenz zwischen dem Anbot jenes Unternehmens, das auch den Zuschlag erhalten hat, und gegenüber dem eigenen Betrieb nur ein paar tausend Schilling ausmacht. Wenn man dann der Sache nachgeht, stellt man fest, daß der Anbieter - das war die Post, das ist ja kein Geheimnis - deswegen um ein paar tausend Schilling billiger sein konnte, weil sie einen sehr hohen Personalüberhang hat, und daher günstigere Stundensätze verrechnen konnte. Pikanterie am Rande: Ja natürlich muß das auch der Steuerzahler bezahlen, und das belastet ihn.

Jedenfalls, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ist das sicher keine geeignete Art, mit einem stadteigenen Betrieb so umzugehen und dann noch Kritik zu äußern, wie schlecht man dort arbeitet.

Das waren einige Anmerkungen zu jenen Bereichen, für die ich, wie es so schön heißt, Verantwortung trage.

Noch einige Sätze und Gedanken zur Vorlage des Jahresvoranschlags für das Jahr '98 allgemein kann ich ihnen nicht vorenthalten.

Gerade die Einbringung dieses 3-Parteien-Abänderungsantrages beweist einmal mehr, daß man nicht bereit ist, strukturelle Veränderungen bei der Budgeterstellung einfließen zu lassen.

Einsparungsmaßnahmen, die wir Freiheitlichen immer wieder gefordert haben, werden ignoriert. Man will offensichtlich eingefrorene Gleise nicht verlassen und schreibt das Budget vor allem in jenen Bereichen fort wie bisher, wo man sich Wählergunst und Wählerstimmen erwartet.

Wie sonst wohl wäre dieser Abänderungsantrag der SPÖ, VP und GAL zu verstehen, wenn dieser Mehrausgaben im o.H. von 6,752 Mio. S vorsieht und im ao.H. eine Größenordnung von 8,550 Mio. S.

Mein Vorredner, Kollege Payrleithner, hat ja bereits darauf hingewiesen, daß durch diese Mehrausgaben auch Einschränkungen in jenen Bereichen vorgenommen wurden, wo es eigentlich notwendig gewesen wäre, höhere Budgetansätze festzuschreiben.

Und wie schaut dann die Bedeckung dieser Mehrausgaben aus? Vor allen Dingen im ao. H. durchwegs durch Rücklagenauflösungen und Darlehensaufnahmen.

Meine Damen und Herren! So stellen wir Freiheitlichen uns keinesfalls eine Budgeterstellung auf seriöse Art und Weise vor, obwohl sehr viele Positionen, und das unterstreiche ich auch, unsere Zustimmung deshalb finden, weil es ja auch unsere urreigensten Forderungen seit Jahren waren und sind.

Allerdings hätten diverse Positionen, wie externe Analysen, barrierefreies Rathaus, eine bessere Lehrlingsförderung oder mehr Mittel für die Altstadthaltung sowie Mittel für Solarenergie, um nur einige Beispiele zu nennen, von Haus aus eine budgetäre Berücksichtigung finden müssen. So entsteht jedenfalls der Eindruck, daß man deswegen zusätzliche Positionen aufgenommen hat, um sich die Zustimmung anderer Fraktionen abzusichern.

Und was würde da der damalige SPÖ-Finanzreferent Zagler wohl sagen? „Das ist ein Wahlkampfbudget“, hat er hier zum Ausdruck gebracht, und das scheint auch so zu sein, obwohl das Wahljahr bekanntlicherweise vorbei ist.

Offensichtlich ist - und das stelle ich mit Bedauern fest -, daß man die Zustimmung der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion zu diesem Voranschlag '98 eigentlich gar nicht haben wollte. Man wird sehen, wie sie, meine Damen und Herren der Rathausmehrheit, unserem Abänderungsantrag gegenüberstehen, denn das wird sicherlich auch entscheidend für die Abstimmung der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion sein, zumal deshalb, meine Damen und Herren, weil wir keine zusätzlichen Mittel für F-nahe Organisationen fordern wie im Gegensatz dazu die SPÖ, ÖVP und auch die GAL.

Ich danke ihnen trotz meiner kritischen Anmerkungen für ihre Aufmerksamkeit.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

StR. Ing. Dietmar Spanring verläßt um 13.15 Uhr die Sitzung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GR Feller-Höllner.

GEMEINDERÄTIN

HELGA FELLNER-HÖLLNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Vizebürgermeister, geschätzte Gäste, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Es ist heute auch für mich eine Primäre, eine Budgetgemeinderatssitzung mitzuerleben. Dieser doch sehr fließende und rasche Themenwechsel hat durchaus seine Reize, und ich möchte auch diese Gelegenheit nutzen, mich allerdings auf ein einziges Thema zu beschränken, das heute im Laufe der Sitzung aber beinahe von allen Fraktionen schon einmal angeschnitten worden ist und auch im gemeinsamen Abänderungsantrag ein Punkt ist, nämlich dem weiteren Ausbau des Jugend- und Kulturzentrums.

Die Geschichte des Jugend- und Kulturhauses paßt irgendwie ganz gut zur Weihnachtszeit. Auch das haben wir heute schon ein paarmal gehört. Und ich denke, ob der großen Eintracht zu diesem Thema könnte man fast „friedvoll“ empfinden und ob des großen Wohlwollens könnte man „besinnlich“ gestimmt werden, und das große Interesse aller weckt - in mir zumindest - eine sehr weihnachtliche Stimmung.

Ich will aber weder unangebrachte Ironie noch Polemik und schon gar nicht Zynismus in meiner Wortmeldung miteinfließen lassen. Ganz im Gegenteil! Ich möchte sie, sehr geehrte Damen und Herren, ganz kurz zu einer kurzen Reise in die Vergangenheit des Jugend- und Kulturhauses einladen.

3. November 1994 - Steyrer Rundschau: „Jugend steht auf der Straße: Nehmt uns endlich ernst!“

OÖN vom selben Tag: „Tausend Unterschriften für Steyrer Kulturhaus“, Zitate aus der Tagespresse von damals: „Kommt herein ins Rathaus und setzten wir uns zusammen“, lud der damalige Vizebürgermeister Sablik ein. „Sie haben mit mir einen Mitsstreiter“, meinte Vizebürgermeister Pfeil; Andreas Kupfer von den Grünen machte sich für die Forderungen der Jugendlichen stark und ÖVP-Kultursprecher GR Lengauer wurde zitiert, daß er wiederholt für seine Vorschläge von Projektförderungen plädiert. Und der seinerzeitige Kulturausschußvorsitzende, GR Philipps, wird mit den Worten: „Es ist notwendig, daß in den nächsten Jahren sehr, sehr viel weitergeht“ zitiert.

Presseaussendung des Magistrates vom 23. November 1994: „Gespräch zwischen Jugendvertretern und Stadt verlief positiv, Lösungsansätze für wesentlichste Forderungen wurden gefunden“, darin heißt es unter anderem: „Wie Bürgermeister Hermann Leithenmayr betonte, fehle es der Stadt keineswegs am Willen, speziell auch im Bereich Jugendkultur zusätzliche Akzente und Aktivitäten zu setzen. Allerdings müsse bei allen Überlegungen auch die angespannte budgetäre Situation der Stadt berücksichtigt werden.“

Fünf Monate später, 4. Mai 1995, berichtete die Steyrer Rundschau unter dem Titel „Kulturhaus Stadtgut ist kein Honiglecken“, erstmals über Probleme im Zusammenhang mit der Standortsuche für ein Jugendkulturhaus.

Und was dann kam - das kann man jetzt etwas im Zeitraffer betrachten: 1995, 1996 bis zum Jahre 1997 - erinnert mich wirklich zeitweise an die biblische Geschichte der Herbergssuche, und das gleich in vielerlei Hinsicht, vor allem aber natürlich unter den örtlichen und finanziellen Aspekten.

Stadtgut! ... Stadtgut? ... Reithoffer! ... Doch Stadtgut? ... Reithoffer! ... Doch Reithoffer?... Nein, Gaswerk! ... Doch nicht Gaswerk! ... Röder!

Eine faszinierende Weihnachtsgeschichte mit einem Happy-End, mit einem Happy-End, wo der politische Urheberstreit keinen Platz mehr haben soll. Er braucht ihn dabei heute auch nicht mehr zu haben.

Und daß der Erfolg immer viele Väter hat, ist ebenso eine Tatsache wie der Umstand, daß die Betroffenen sowieso Bescheid wissen.

Mit „Happy-End“ auch deshalb, weil ab dem „erfolgreichen Findens einer Bleibe“ ein beispielhafter Einsatz, ein bewundernswertes Einbringen von Ideen, gutem Willen, Teamgeist, handwerklichem Geschick und menschlicher Arbeitskraft der jungen Menschen einsetzte, die jetzt im „Röda“ jene Herberge gefunden haben, nach der sie am Allerseelentag 1994 am Stadtplatz gerufen hatten.

Ich bin der Meinung, daß genau das, hier und heute auch einmal ausgesprochen gehört, wenn man für den weiteren Ausbau des Steyrer Jugend- und Kulturhauses im Abänderungsantrag im Budget S 500.000,-- zum Beschluß vorsieht.

Dank und Anerkennung den jungen Menschen, Achtung für all jene Jugendlichen, die sich mit ihrem persönlichen Engagement eingesetzt haben und - davon bin ich überzeugt - auch weiterhin einsetzen werden.

Es war schön am 28. November 1997 anlässlich der Eröffnungsfeier die Dankesworte, beispielsweise eines Herrn Mike Glück, zu hören. Dankesworte an die Politik.

Eine ganz wesentliche und wahrscheinlich die wesentlichste Etappe auf meiner kleinen Reise in die Vergangenheit des Jugend-Kulturhauses Steyr war damit erreicht.

Heute, Kolleginnen und Kollegen, können wir helfen, Fahrkarten in die Zukunft zu lösen.

Apropos Zukunft: Gestatten sie mir zum Abschluß noch kurz eine Anmerkung bzw. eine Anregung in diesem Zusammenhang. Die Einnahmen des Jugend- und Kulturhauses, wie sie wissen, in erster Linie handelt es sich dabei um Einnahmen aus Saalmieten etc., werden wieder der Stadt zugeleitet. Ich glaube, daß das „röda“ tatsächlich auch in Zukunft ausgelastet sein wird. Dazu können auch wir alle einen Beitrag leisten und mithelfen.

Ich denke, sie alle, wie sie hier sitzen, sind immer wieder mit Situationen von Veranstaltungsplanungen konfrontiert, ob es jetzt im politischen Bereich ist oder im Zusammenhang vielleicht mit einer Vereinstätigkeit oder sonst einer gesellschaftspolitischen Aufgabe.

Und ich würde sie alle auffordern und einladen, dabei auch dieses neue Kulturhaus für Veranstaltungen in Betracht zu ziehen.

Ganz kurz noch zum Schluß, weil es ohnehin den Gemeinderat als Gremium an sich und die Stadt als Veranstalterin betrifft. Wie sie wissen, hat der letzte Jugendgemeinderat beschlossen, eine Reorganisation, eine Reform des Jugendgemeinderates in der Abwicklung durchzuführen.

Ich möchte dahingehend appellieren, nehmen wir uns vor, ganz rasch eine Änderung in dieser Hinsicht herbeizuführen,

nämlich die Auftaktveranstaltung des Jugendgemeinderates dort durchzuführen, wo sie hingehört, wo sie aber erst erstmals 1998 durchführbar sein wird: im Jugend- und Kulturhaus Steyr!

Danke für ihre Aufmerksamkeit.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke der Kollegin Feller-Höllner. Nächste zu Wort gemeldet ist Frau GR Toman. Bitte.

GEMEINDERÄTIN

BEATRIX TOMAN:

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich fasse heute ein eher heikles Thema an, und das ist das Geschäftsleben in der Steyrer Innenstadt, sprich Stadtplatz, Grünmarkt und Enge Gasse.

In ihrem Budgetvoranschlag sind zuwenig Maßnahmen berücksichtigt, welche speziell die innerstädt. Kaufleute in ihrer derzeitigen schwierigen Situation betreffend Kaufkraftabfluß unterstützen.

Wenn man davon ausgeht, daß der Verkehr aus der Innenstadt ausgeschlossen werden soll - wie geplant -, so hat das durchaus seine positiven Seiten. Was man dabei jedoch vergessen hat, ist die Erhaltung der Arbeitsplätze und das Leben am Stadtplatz allgemein.

Wenn nämlich ein autofreier Stadtplatz geplant wird und auch die Busse reduziert werden, dann kann man sich durchaus vorstellen, daß die Geschäfte über kurz oder lang zusperren müssen, da die Bürger sicher nicht bereit sind, ihre Einkäufe in der Innenstadt zu tätigen.

Eine Studie hat bewiesen, daß die Großkaufhäuser an der Peripherie der Stadt, weil diese mit den Bussen und Autos leicht erreichbar sind, eher angenommen werden. Von den einzelnen Touristen, die sich in die Innenstadt verirren, können die Geschäfte nicht überleben.

Dieses Szenario darf aber in unserer Stadt nicht passieren. Gerade in der heutigen Zeit, da um jeden Arbeitsplatz gekämpft werden muß, ist es meiner Meinung nach unbedingt notwendig, daß alle Maßnahmen getroffen werden, den Stadtplatz zu beleben und den Bürgern ein reiches Geschäftsleben zu bieten.

Das erfordert natürlich seitens der Stadt etliche Anstrengungen, um dies zu gewährleisten.

Ein Zubringerdienst aus den anderen Stadtteilen zu günstigen Konditionen wird auf jeden Fall notwendig sein. Weiters ist eine zentrumsnahe Parkgarage, die nicht weiter als 200 - 300 m vom Zentrum entfernt sein darf, einzuplanen, wobei ich darauf hinweisen will, daß Parkplätze bei den Kaufhäusern an der Peripherie kostenlos, ohne Zeitbegrenzung angeboten werden.

Im Sinne der betroffenen Geschäftsleute und der betroffenen Steyrer Bürger ersuchen wir sie, den von unserer Fraktion heute eingereichten Antrag zu unterstützen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Kupfer, bitte sehr.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was mich heute am Vormittag besonders amüsiert hat, das sage ich gleich zu Beginn, waren die Ausführungen der Kollegin Frech. Sie haben mich nicht nur amüsiert, sie werfen für mich auch die einzig spannende Frage des heutigen Tages noch auf: Wird das LIF diesem Budget zustimmen und wie werden die weiteren Ausführungen der Kollegin Frech sein? Genauso tiefgreifend wie beim ersten Mal?

Kollege Apfelthaler hat mich darauf hingewiesen, daß er im vorigen Jahr Herrn Vizebürgermeister Pfeil die Reeder Insel angeboten hat, um dort eine Republik auszurufen. Eine Republik, wo er seine eigenen Idealvorstellungen durchsetzen kann.

Ich denke mir, Michaela, das wäre etwas für dich ...

Gelächter

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

... dieses Jahr, daß du die Reeder Insel übernimmst und dort deine Idealvorstellungen verwirklichst. Dort könntest du z.B. jeden Tag zum Sonntag ausrufen und jeden Tag deine Sonntagsreden unter dem Motto halten: Wir Liberale, die Zukunft kennen nur wir oder die Zukunft kenne nur ich.

Zu den Parteiverhandlungen, die du angesprochen hast. Ich kann mich ganz gut erinnern, daß bei den Verhandlungen der Kollege Apfelthaler und ich die Frau Vizebürgermeister Mach gefragt haben: „Und wie ist es nun mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen, die eingeladen wurden?“ Daraufhin hat mir die Frau Vizebürgermeister mitgeteilt, daß sie schon mehrmals mit dir Kontakt gehabt hat, und die letzte Meldung war, als du einen Termin bei der Frau Vizebürgermeister bekommen hättest: „Ich bin leider noch nicht vorbereitet.“

Das war vor einer Woche, und dieser Termin ist dann noch einmal verschoben worden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Sie war mit dem Budget noch nicht durch.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Du bist noch nicht durch.

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Mit der Analyse, mit der finanzwissenschaftlichen Analyse.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Entschuldigung! Aber das war vor einer Woche. Da ist das Budget mit allen Abänderungsanträgen, die heute dem Gemeinderat vorliegen, schon fast gestanden.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist aber interessant! Vor einer Woche ist der Abänderungsantrag schon gestanden?!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nein.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das hat er ja gerade gesagt.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

In groben Zügen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Also das ist ja wirklich interessant. Uns ist gesagt worden, daß ihr am Montag verhandelt habt.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Das stimmt ja. Wir haben ja dieses Budget diese Woche noch ausverhandelt.

Diskussion

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir wissen es eh, es ist schon länger gestanden.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Nein, nein, nein!

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Am Montag ist er unterschrieben worden, ich war ja auch nicht da.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das glaube ich eh, unterschrieben worden.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Verhandelt wurde die ganze Zeit. Auch mit ihm.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Über den Abänderungsantrag der F-Fraktion werden wir sowieso noch reden müssen, weil der liegt uns ja erst heute vor. Wir sollen heute einen Antrag von ihnen beschließen, den wir erst heute kennen ...

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Es ist ja nicht das Prozedere entscheidend, sondern das Ergebnis ist entscheidend.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

..., aber dazu werde ich später noch mehr sagen.

Ein Zeichen, liebe Michaela, daß du auch bei einer Verhandlung dabei warst, ist ja das, es ist der hervorragende Vorschlag von Herrn Vizebürgermeister Tatzreiter gekommen, auf der Einnahmenseite die Parkraumbewirtschaftung auf die Promenade auszudehnen bzw., das einmal in die Überlegungen aufzunehmen. Was hast du gemacht? Du bist mit dem sofort in die Presse gegangen und hast diese Idee des Herrn Vizebürgermeisters gestohlen. Das heißt, es hat Gespräche gegeben, wo du sowieso mit dabei warst. Ob das fein war, ist eine Frage der Auslegung.

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Das war keine Verhandlung.

GEMEINDERAT

ANDREAS KUPFER:

Das war sehr wohl eine Verhandlung, wo darüber diskutiert worden ist.

Du hast auch gesagt, daß das Budget ein unübersichtliches Werk ist. Vielleicht könnte man das dahingehend ändern, daß man neue Farben macht. Daß man für jeden Budgetposten oder man für jeden Pkt., 1 - 8, dann verschiedene Farben einsetzt. Für mich war es kein Problem, dieses Budget zu lesen. Ich denke mir, mit ein bißchen Anstrengung, mit ein bißchen Unterstützung der Magistratsbeamten hättest es unter Umständen auch du geschafft, es zu lesen.

Es stimmt, ein Großteil der Forderungen der Liberalen, die du angesprochen hast, sind in diesem Budget enthalten.

Nun zu unseren „grünen“ Vorstellungen. Wir haben schon vor einem Jahr gesagt: „Gestalten, statt sudern.“ Diesen Satz haben wir auch heuer zu unserem Motto gemacht und haben von Anfang an bei diesem Budget mitgearbeitet. Es stimmt, der erste Budgetentwurf ist ein Beamtenentwurf, ein Magistratsentwurf. Das ist aber auch ganz klar.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß man einen Budgetentwurf mit Bürgerbeteiligung etc. durchführt. Da müssen die Wünsche der einzelnen Stadträte und der einzelnen Abteilungen eingehen. Und erst dann haben wir die Möglichkeit, über die Sinnhaftigkeit oder Nichtsinnhaftigkeit einzelner Geschichten zu diskutieren.

Generell zum Zahlenwerk. Dazu möchte ich nicht viel sagen. Es ist schon einiges oder schon vieles gesagt worden.

Was mich freut, ist - und ich hoffe, daß sich das in einem Jahr beim Rechnungsabschluß bewahrheiten wird -, daß Mehreinnahmen bei Ertragsanteilen, Transferzahlungen etc. vorgeschrieben sind oder erwartet werden.

Ein Großteil dieses Zahlenwerkes - und der Kollege Apfelthaler hat es ja schon angesprochen - ist eigentlich relativ unspektakulär, weil wirklich ein Großteil festgeschrieben und fix verbucht ist, eine Fortschreibung ist.

Und dort, wo wir wirklich mitreden können, haben wir auch mitgesprochen. Dort, wo man wirklich Reformschritte setzen kann, haben wir auch versucht, Reformen einzuleiten. Z.B. der Reformschritt in der Verwaltung. Herr StR. Mayrhofer hat es schon angesprochen, ich glaube auch, daß, so wie es jetzt magistratsintern vorbereitet wird, es eine Arbeitsgruppe im Magistrat gibt, wo Beamte ihre Vorschläge erarbeiten, diese dann der Politik vorstellen und gemeinsam sollen sie dann diskutiert und auch umgesetzt werden. Das kann nur im Interesse von uns sein, und das kann auch nur im Interesse der Betroffenen sein, darauf einzugehen. Diese Arbeit benötigt unsere Unterstützung, und ich bin mir sicher, daß die meisten von uns hier in diesem Saal das auch im kommenden Jahr machen werden.

Ich möchte nur einen Hinweis geben, daß z.B. in der BRD Kommunen wieder mittlerweile diskutieren, ob sie die Leistungen, die sie anbieten und die nicht ausgliederbar sind, nicht auch z.B. am freien Markt vermehrt anbieten sollen, um auf der Einnahmenseite doch einiges dazuzubekommen. Ich denke mir, das wäre auch ein richtiger Schritt in Richtung Kostenwahrheit. Das ist ja heute schon des öfteren angesprochen worden.

Zu den Ausführungen von Vizebürgermeister Pfeil gilt Ähnliches zu sagen wie zu denen der Kollegin Frech. Ich glaube, daß Verhandlungen möglich gewesen wären, wenn man nur den Willen gezeigt hätte. Für mich war das kein Problem. Ich kenne die Erfindung Telefon. Ein Anruf genügt und ich habe einen Termin, wenn es notwendig ist. Wenn die FP oder wenn sie persönlich das gewollt hätten, hätten sie sicher einen Termin beim Herrn Bürgermeister oder während er auf Urlaub war, bei den stellvertretenden Vizebürgermeistern bzw. Stadträten bekommen.

Zu ihrem Abänderungsantrag möchte ich sagen, daß dieser nicht wirklich besonders visionär ist. Sie haben teilweise bei ihren Zahlenansätzen unter anderem geschrieben, „ausreichende Mittel“. Das ist wirklich nicht sehr genau ausgeführt.

Zur Citygarage möchte ich noch sagen, ich denke mir, daß zuerst die Standortfrage geklärt sein muß, bevor wir in die Planung der Citygarage investieren. Das ist einmal vordringlich. Dasselbe gilt auch für den Stadtplatz. Wir können jetzt nicht Mittel für die Umgestaltung des Stadtplatzes reservieren, wenn wir nicht einmal wissen, wo die Citygarage hinkommt, wenn wir nicht einmal wissen, wie es unter Umständen mit dem Ämterzentrum aussieht.

Das sind alles Dinge, die erst anschließend passieren können. Zuerst müssen wir einmal die citynahe Garage schaffen und dann können wir über die Umgestaltung des Stadtplatzes diskutieren.

Aber sie haben schon recht, man sollte das nicht aus den Augen verlieren, das gehört andiskutiert.

Was ich positiv finde und wo ich mir denke, daß wir das im nächsten Jahr auch andiskutieren könnten, ist diese Verlängerung des Schloßleitenweges zur Fabriksinsel. Das ist wirklich eine gute Idee. Unter Umständen kann man das

auch über das Gaswerkgelände führen, das würde höchstwahrscheinlich die Kosten ein wenig mindern, als wenn man diesen Weg an der Hangseite fortführt.

Kollege Fürweger hat auch die Bäume angesprochen. Ich denke, beim Umweltausschuß könnten wir darüber reden, ob man nicht die Baumschutzverordnung, wie sie die Stadt Linz hat, auch für Steyr erarbeiten kann.

Zu den Ausführungen der Kollegin Pramendorfer betreffend Kinderschutzzentrum möchte ich noch, das war Thema der Verhandlungen. Wir sind übereingekommen, daß das Kinderschutzzentrum gemacht wird. Die Frage ist nur wie. Es gibt morgen Gespräche mit dem Herrn Landesrat. Es sind 1 Mio. S vom Land OÖ. zugesichert. Auch mir ist es ganz wichtig, daß das nicht magistratsintern ist. Nicht, weil ich irgend etwas gegen den Magistrat hätte, sondern weil diese Einrichtung wirklich von einem Verein getragen und dieser unabhängig vom Magistrat gesehen werden muß.

Kollege Eichhübl. Was habe ich mir da aufgeschrieben? Ja, der Tauchergarten. Auch der Tauchergarten war ein Diskussionspunkt bei den Verhandlungen. Kollege Apfelthaler und ich haben urgiert, daß das Problem geklärt werden muß; dieses ist ja im Prüfungsbericht angesprochen worden. Wir haben uns dahingehend geeinigt, daß die 5 Mio. S oder auch mehr, die dieser Tauchergarten höchstwahrscheinlich kosten würde, einfach viel zuviel Geld sind, das man jetzt sozusagen da hineinsteckt. Man muß sich jetzt einmal überprüfen, ob man das nicht kurzfristig lösen kann. Sonst müßte man, das ist zumindest meine Meinung und ich glaube auch die Meinung des Kollegen Apfelthaler, daß man dieses Geld viel, viel besser in die Freibadgestaltung investieren könnte. Dieser Tauchergarten ist für mich eher ein Luxus.

Nun zu den Punkten im Budget, die mich besonders erfreuen. Eben Punkte, die wir teilweise mit eingefordert haben.

Der erste Punkt - Umwelt und Energie; natürlich für uns ein zentrales Thema. Ich bin sehr, sehr glücklich, daß wir es erstmals geschafft haben, endlich Solaranlagen zu fördern. Im Umweltausschuß werden dafür die Richtlinien und ein Umbauprogramm bei städtischen Gebäuden erarbeitet. Daß es auch einen Umweltschutzpreis der Stadt Steyr geben wird, ist ein ganz, ganz wichtiger Anreiz.

Der Kinder- und Jugendbereich, auch bereits angesprochen, der Kinderspielplatz Glöckelstraße: S 300.000,--. Intern wird ein Bedarfs- und Maßnahmenkonzept für Kinderspielplätze in Steyr erarbeitet werden.

Die Lehrlingsförderung wurde um S 500.000,-- aufgestockt.

Streetwork ist mit S 450.000,-- im Budget.

Es hat Erhöhungen bei der Drehscheibe, Kids und Company und beim Waldorfkindergarten gegeben.

Es gibt auch eine Förderung für das Jugendzentrum im Jugend- und Kulturhaus, und da möchte ich auf die Anmerkung des Kollegen Payrleithner, der jetzt leider nicht anwesend ist, kurz antworten. Das Jugendzentrum im Jugend- und Kulturhaus hat nichts mit dem Sputnik zu tun. Es ist keine Nachfolgeorganisation. Davon hat sich unter anderem auch die Kollegin Reznar, die ja bei 2 Begehungen dabei war, überzeugen können, daß das ganz, ganz was anderes und eine ganz, ganz tolle Sache ist, was dort unten gemacht wird. Auch personell hat das mit dem alten Sputnik nichts zu tun. Ich denke mir, daß diese Anerkennung „Subvention“, die ja nicht besonders hoch ist, es sind S 10.000,--, zumindest ein erster und wichtiger Schritt ist.

Nicht zu vergessen, wie das auch Kollegin Feller-Höller bereits angesprochen hat, ist die Fertigstellung des Jugend- und Kulturhauses. Da haben wir uns auf die Finanzierung der weiteren Etappen des Jugend- und Kulturhauses geeinigt. Es hat auch eine Zusicherung auf Magistratsebene gegeben, die Verhandlungen auf Landes- und Bundesebene gemeinsam fortzusetzen.

Ein wichtiger Bereich, behinderte Personen - barrierefreies Steyr. Auch hier sind in diesem Budget erstmals Förderungen für bauliche Maßnahmen im Magistrat vorhanden. Es wird auch magistratsintern - und das finde ich in diesem Sinne auch sehr gescheit - ein Umbauprogramm geben. Was nicht im Antrag steht, weil es auch nicht in Zahlen meßbar ist, ist, daß es eine Anweisung an die Magistratsabteilungen geben wird, bei künftigen Bauvorhaben über die OÖ. Bauordnung hinaus auf bauliche Maßnahmen für behinderte Menschen Rücksicht zu nehmen. Ich denke mir, das ist eine ganz wichtige Angelegenheit. Wir müssen uns dann wirklich bei jedem Bedarfsfall anschauen, wieweit das auch bei der Umsetzung möglich ist. Nicht zu vergessen auch die Toilettenanlage Promenade, die heuer mit 1,5 Mio. S erneuert und renoviert wird.

Im Kulturbereich sind heute schon des öfteren diese S 120.000,-- freie Subvention angesprochen worden, die jetzt nicht für einen Verein festgeschrieben sind. Das ist eigentlich eine Forderung, die auch der Herr Dr. Pfeil jahrelang gefordert hat, daß es im Kulturbereich einen sogenannten freien Finanzbereich gibt, wo wir über Ankäufe, ao. Subventionen etc. im Kulturausschuß bestimmen können. Und da haben wir jetzt eine deutliche Aufstockung bekommen. Ich denke mir, das müßte im Sinne ihrer Kulturpolitik sein, daß es auch in diesem Bereich zu einer Erhöhung gekommen ist. Ich hoffe, wir werden das insbesondere für die zeitgenössische Kunst und Kultur verwenden.

Noch erwähnen möchte ich im Kulturbereich die finanzielle und ideelle Unterstützung für die Landesausstellung, den Umbau der Bücherei - immerhin mit 5 Mio. S - und auch die Musikschule Reithoffer.

Letzter Punkt, der Planungsbereich. Das Stadtentwicklungskonzept gibt ja zum Großteil die Planungen für den ao. Haushalt vor. Die meisten Maßnahmen, die im Stadtentwicklungskonzept stehen und auch umgesetzt werden müssen, müssen über den ao. Haushalt finanziert werden. Und einige sind auch dieses Jahr drinnen.

Was ich ganz wichtig finde, ist, daß es für Bezirkssporthalle eine Standortuntersuchung gibt. Ich würde auch anregen, obwohl wir das jetzt nicht im Budget haben, diese Standortuntersuchung von der Bezirkssporthalle mit der Citygarage und den Ämterzentrum zu verbinden, weil das für mich die 3 stadtnahen Einrichtungen sind, deren Standortfrage noch relativ unklar ist und wir eine breite und offene Diskussion benötigen.

In diesem Budget ist die „Umplanung“ des Wieserfeldplatzes beinhaltet. Das ist voriges Jahr nicht realisiert worden. Ich hoffe, wir schaffen es in diesem Jahr, daß zumindest mit den Planungen begonnen wird.

Ganz ein wichtiger Punkt ist die Umsetzung des Flächenwidmungsplanes nach dem Stadtentwicklungskonzept, wo ich hoffe, daß wir auch eine halbwegs vernünftige Biotopkartierung bekommen.

Ein weiteres wichtiges Projekt ist das Bahnhofsparkdeck mit 30 Mio. S, wobei wir die Verkehrsberuhigung im Ennstal nicht außer Acht lassen dürfen.

Und natürlich die Volksschule mit 5 Mio. S, wo jetzt der Architektenwettbewerb ausgeschrieben wurde.

Im großen und ganzen sind für mich in diesem Budget wichtige Reformschritte vorhanden.

Die Zusammenarbeit war für mich gut. Und aus diesem Grund kann ich auch mit gutem Gewissen diesem Budget zustimmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich danke Herrn Kollegen Kupfer.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte aufklärend dazu sagen, daß am 18. November die Finanz- und Rechtsausschußsitzung war, bei der wir eigentlich das Budget durchgenommen haben und jede Fraktion ihre Vorstellungen zum Budget abgegeben hat. Erst dann fanden die Einzelgespräche statt. Es nicht so, daß der Abänderungsantrag schon gemacht wurde. Der Abänderungsantrag wurde am Dienstag unterschrieben. Mit allen Fraktionen haben Verhandlungsgespräche stattgefunden, mit den Grünen am 2.12. und mit der ÖVP am 4.12. Es ist noch nichts festgestanden. Wir haben halt dann eine Einigung erzielt und einen Konsens gefunden. Ich finde auch, daß die Gespräche sehr konstruktiv waren.

Jetzt ist es ja schon sehr unruhig geworden. Darum würde ich vorschlagen, 20 Minuten oder wenn es jemandem lieber ist,

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Jetzt gehen wir essen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Sollen wir eine Mittagspause

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

1 Stunde machen wir schon Pause.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich würde höchstens eine 3/4 Stunde vorschlagen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber dann wirklich eine 3/4 Stunde. Nicht so wie vorhin, daß wir aus 20 Minuten 40 Minuten machen. Machen wir einen exakten Termin aus.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Es ist jetzt 13.45 Uhr. Wir treffen uns um 14.30 Uhr.

Ich wünsche einen guten Appetit.

PAUSE VON 13.46 BIS 14.45 UHR.

StR. Ing. Dietmar Spanring trifft um 14.30 Uhr ein.

-

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die Sitzung wieder auf. Wir haben zwar 10 Minuten überzogen. Wir waren pünktlich hier, aber die F hat

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Mir geht das langsam wirklich auf den Geist. Die erste Pause habt ihr doppelt überzogen

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Es war dein Wunsch, Herr Vizebürgermeister,

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

...., da ist kein einziger „Roter“ dagewesen. Und immer dieses hin und her, ich glaube, das ist nicht gut. Lassen wir das!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

So. Als nächste zu Wort gemeldet hat sich Frau GR Koppensteiner, bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN

MARIA KOPPENSTEINER:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren! Es ist Vorweihnachtszeit und Zeit, um Märchen und Geschichten zu erzählen. Ich möchte nicht, wie der Herr Kollege vermutet, zu allem und jedem Stellung nehmen. Ich möchte für die reden, die keine Lobby haben und die ihre Wünsche und Bedürfnisse oft nicht artikulieren können, weil sie nicht 6 werden.

Ich möchte für unsere Kinder und Jugendlichen in den Pflichtschulen reden.

Steyr darf sich erst dann eine moderne Schulstadt nennen, wenn Zustände, die derzeit herrschen, beseitigt sind. Nicht die Quantität und Vielfalt an Schulen ist es, sondern die Qualität. Und die Qualität beginnt auch bei baulichen Zuständen, bei Bedingungen, unter denen unsere Jugendlichen arbeiten - und ich bezeichne es als Schwerarbeit. Bedingungen, die Liste könnte ich 1 Stunde lang ausführen. Ich tue es nicht. Ich möchte nur 2, 3 Dinge herausheben.

Eines davon ist, daß wir in manchen Pflichtschulen zuwenig Raum haben. Ein zweites, daß wir nicht zeitgemäß ausgestattet sind, was die modernen Technologien, sprich PCs, anbelangt.

Das dritte ist, daß wir Klassen haben, in denen Kinder auf 30 Jahren alten wackeligen Stockerln sitzen und keine körpergerechten Stühle haben.

Mir ist die budgetäre, angespannte Situation klar. Nur - alle diese Wünsche könnten wir erfüllen und bewerkstelligen, wenn wir es nur wollen. Denn jede Investition in die Zukunft unserer jungen Generation ist eine Investition, die sich langfristig 100-fach rechnet, wenn wir aus ihnen selbstbewußte, aber auch verantwortungsbewußte Bürger erziehen, und da brauchen wir - natürlich in Zusammenarbeit mit der Beamtenschaft - größeren Spielraum im Budget.

Viele Wünsche sind ohne Geldmittel, aber mit Phantasie und Innovation zu erfüllen.

Etwas Zweites, glaube ich, ist genauso wichtig, und zwar daß sich die Kommune wieder auf ihre Kernaufgaben besinnt. Und ich glaube, daß der Pflichtschulbereich bereits seit Maria Theresia einer der wichtigsten Kernaufgaben ist.

Wir wissen alle, kein einzelner von uns kann soviel erreichen, als wir gemeinsam erreichen können. Und daher bitte ich sie alle bei der Umsetzung dieser Wünsche um ihre Unterstützung. Außerdem möchte ich hier, stellvertretend für die Kinder, dem Herrn Bürgermeister und dem Herrn Vizebürgermeister unter den magistralen Weihnachtsbaum diese Wünsche schriftlich legen.

Ich werde auf die Durchführung sehr, sehr genau achten.

Frau GR Maria Koppensteiner überreicht Herrn Bgm. Leithenmayr in einer Rolle die von ihr schriftlich geforderten Wünsche.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ich nehme das dankend entgegen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke der Kollegin Koppensteiner. Die nächste Rednerin ist Frau GR Reznar.

GEMEINDERÄTIN

ELFRIEDE REZNAR:

Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Ich sehe mich veranlaßt, auf die Anschuldigungen der Kollegin Freimund einzugehen. Ich kann nicht im Raum stehen lassen, daß die Freiheitlichen gegen die Jugendlichen sind. Wir alle haben Kinder, zumindest die meisten, auf die wir sicher stolz sind.

Ich selbst bin seit 20 Jahren Pfadfinder und für die Pfadfinder tätig. Ich bin in dieser Funktion mit vielen Jugendlichen konfrontiert. Mit allen Höhen und Tiefen.

Was wir Freiheitliche jedoch fordern, ist die Gleichbehandlung der Jugendorganisationen im finanziellen Bereich.

Wir sind auch für Jugendkultur. Ich finde es aber durchaus kulturlos, wenn fremdes Eigentum besprüht und beschmiert wird, denn der oberste Grundsatz der Pfadfinder lautet: „Verlasse die Welt besser, als du sie vorgefunden hast.“ Und dieses Motto sollte auch hier vorherrschen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster Redner ist Herr Kollege Gabath.

GEMEINDERAT

WALTER GABATH:

Hohes Präsidium, meine sehr verehrten Damen und Herren der Presse - ach, es sind nur Herren da. Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Als erstes möchte ganz kurz Kollegen Payrleithner betreffend Lehrlingsförderung - Antrag der ÖVP, Rückziehung des Antrages - antworten. Das ist absolut falsch. Den ersten Antrag, den wir gestellt haben, haben wir gemeinsam an den Finanz- und Rechtsausschuß weitergeleitet. Der 2. Antrag mit den S 20.000,--/Jahr, mit dem die Schulungskosten, die Schulkosten des 1. Lehrjahres abgegolten werden sollen, ist in den Budgetverhandlungen eingebaut worden. Man kann sagen, die Überzeugungskraft unserer Verhandler oder das

Zusammenreden hat eben das Ergebnis gebracht, daß diese Förderung jetzt im Budget für einen Durchrechnungszeitraum von 5 Jahren für Klein- und Mittelbetriebe und für zusätzlich eingestellte Lehrlinge beinhaltet ist. Das wollte ich zur Berichtigung sagen.

Meine Damen und Herren! Das Budget 1998 ist ein Start in die nächste Legislaturperiode. Die Bürger unserer Stadt erwarten von uns Mandataren nicht die Fortsetzung des Wahlkampfes, sondern gute und solide Arbeit für unsere schöne Stadt.

Mit diesem Budget wollen wir den Startschuß zur Vergrößerung des finanziellen Spielraumes geben. Das Bestreben von den Beamten und von uns Politikern in den nächsten Jahren muß sein, diesen Spielraum von Jahr zu Jahr zu vergrößern. Trotz der großen Aufgaben, die auf uns warten.

Die durch diese Maßnahmen zur Verfügung stehenden Mittel werden wir vermehrt für unsere Umwelt einsetzen müssen.

Ein Beispiel dafür, was zu unternehmen sein wird, werde ich jetzt anführen. Die meisten Bewohner unserer schönen Stadt sind bereit, Zeit aufzuwenden und Mühen auf sich zu nehmen, um den anfallenden Müll zu trennen und ordnungsgemäß zu entsorgen.

Um diese Bereitschaft zu fördern ist es notwendig, in Zukunft immer neue Anreize zu schaffen, auch weiterhin und noch viel flächendeckender Müll zu trennen und ordentlich zu entsorgen. Aufklärungsmaßnahmen werden nötig sein, um uns und allen unseren Mitmenschen klar zu machen, daß jeder Bürger für die Sauberkeit und für den Wert seiner Umwelt die Verantwortung selber trägt. Die Behörde bzw. die Kommunalverwaltung kann nur die Rahmenbedingungen dafür schaffen.

Als ersten Schritt würde ich vorschlagen, ein Konzept zu erstellen, um die flächendeckende Versorgung mit Containern für alle Bewohner zu gewährleisten.

Dabei ist grundsätzlich zu beachten, daß auf die Erfordernisse und Wünsche der Bürger Rücksicht genommen wird. Es soll dabei immer nach der bestmöglichen Lösung gesucht werden.

Ich persönlich wünsche mir für die bevorstehende, bereits angelaufene Legislaturperiode die konstruktive Zusammenarbeit aller positiven Kräfte für das Wohl unserer Stadt.

Seien wir als gewählte Mandatare in einer Zeit, in der Gewalt, Rücksichtslosigkeit, Genußsucht und Egoismus gegenüber Menschlichkeit, Nächstenliebe und Freundschaft überhandnehmen, ein Beispiel, wie sich Menschen zueinander verhalten sollen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster ist Herr Vizebürgermeister Tatzreiter.

VIZEBÜRGERMEISTER

LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, werte Presse und Zuhörer! Es gibt natürlich eine ganze Menge beim Budget sozusagen zu diskutieren, aber das wichtigste, glaube ich, sind die Prioritäten, die da drinstecken. Ich meine dabei, daß gewisse Prioritäten in einem Budget Platz haben müssen, über die lange diskutiert werden kann. Ich sage das wirklich so, weil es um Dinge geht, die die Bevölkerung hautnah betrifft und für die wir natürlich Sorge zu tragen haben, daß wir das so realisieren, wie das die Bevölkerung wünscht. Dazu hat sie uns ja am 5. Oktober gewählt.

Ich glaube, daß vielen Argumenten zuzustimmen wäre, wenn das Budget oder die Mittel ausreichen würden. Ich sage das auch, weil es klarerweise für jeden einzelnen, vielleicht auch aufgrund der Interventionen, viele strittige Punkte

gibt.

Und ich bin sehr oft damit konfrontiert, daß natürlich wie heute und die Vorrednerin Frau GR Koppensteiner gesagt hat, sich Steyr nicht als die qualifizierte Schulstadt nennen dürfte, solange die Bausubstanzen bzw. die Ausstattungen sich nicht verbessern. Ich glaube, die Qualifikation liegt eher beim Unterricht. Ich weiß, daß natürlich manches sehr beschwerlich ist. In der letzten Gemeinderatssitzung haben wir einen sehr strittigen Akt behandelt. Es wurde über die Küche in der Schule Taschfried diskutiert, weil sie dem jetzigen Standard nicht mehr entspricht. Wir haben einen Besuch abgestattet und kurzfristig die Dinge besprochen und sind draufgekommen, daß die rasche Fortsetzung des Unterrichtes auch mit weniger als 1 Mio. S Investition möglich ist. Die Frage der Hygiene ist immer eine eigene. Dafür habe ich mich besonders engagiert und auch darüber mit dem Amtsarzt diskutiert.

Wir sollten bei solchen Dingen immer die Kirche im Dorf lassen. Ich glaube, daß es notwendig ist, die Prioritäten ganz genau zu verifizieren, und die sollten die Mehrheiten hier herinnen qualifizieren. Das meine ich in dem Zusammenhang.

Ein Budget ist immer ein Streitpunkt. Und viele Gemeinden oder Kommunen zerbrechen oft gerade bei diesen Debatten und Auseinandersetzungen. Es müssen dann wieder Neuwahlen ausgeschrieben werden, die letztendlich viel mehr kosten.

Ich meine, daß wir uns bei den Vorbesprechungen, Vorberatungen und bei den endlosen Gesprächen, die es schon gegeben hat - ich darf das wirklich sagen - ich bin eigentlich schon bezüglich der Frage der Kommunikationsmöglichkeit ein bißchen verwundert. Ich habe immer geglaubt, so wie alle anderen auch, daß mit der F und mit den Liberalen und wer sich noch vielleicht benachteiligt gefühlt hat, genauso Gespräche geführt wurden. Wir sind ja mehrere Stunden beisammengesessen, auch im Stadtsenat, in den Fraktionen. Wir haben unsere Finanz- und Rechtsausschußsitzungen sozusagen auch dafür verwendet und die Prioritäten gesetzt.

Natürlich können wir das eine oder andere nicht erreichen. Ich persönlich bin auch nicht sehr glücklich über die Situation, daß vergangenes Wochenende sozusagen der Löschzug IV nicht ausfahren konnte, weil wieder bei der FFW Christkindl alles verparkt und verstellt war. Ich hätte auch gerne gehabt, daß man zumindest die Grundbeschaffung dort sichert. Aber es gibt in Steyr große Projekte, die begonnen sind bzw. die sich mitten im Bau befinden und zu Ende geführt werden müssen. Das kostet viel Geld. Wir haben uns auf die Zeiträume konzentriert, die zur Finanzierung ausreichen dürfen und die Budgets danach ausgerichtet, daß die Kosten auch gedeckt werden. Daher glaube ich, sollten wir uns auf eine Machbarkeit konzentrieren.

Und wenn wir Nachrüstprojekte, wie z.B. die VS im Resthof und anderes mehr, jetzt in Angriff nehmen, dann hat das seinen Grund, weil jetzt und eher die Qualität gefragt ist. Früher war der Bedarf des Möglichen viel stärker. Da waren die Mittel vorhanden bzw. hat man nicht darauf geachtet. Es war auch nicht der Wunsch und die Forderung. Jetzt kommen die Wünsche, denen wir Rechnung tragen müssen.

Ich glaube, daß es möglich ist, daß wir das eine oder andere nachziehen. Aber daß natürlich jeder, von seiner Position ausgehend, noch andere Wünsche hat, ist mir völlig klar. Ich hätte auch mehrere. Ich denke da nur an die vielen Gebäude, die zu sanieren wären, aber die jedes Mal wieder herausgenommen werden müssen - gerade die Schulgebäude und Einrichtungsgegenstände. Ich darf vermerken, daß ich schon Schulen hatte, die ich viermal im Budgetansatz hatte. Es war dann halt leider nicht möglich, weil andere Prioritäten sozusagen meinen oder diese meinen Rang abgelaufen haben. Daher sollten wir uns auf die Machbarkeit konzentrieren und wir sollten nicht um sozusagen des persönlichen Engagements wegen, weil einer glaubt, er ist der einzige, der damit auftrumpfen muß und vielleicht daraus einen politischen Geck ziehen möchte, damit er auch noch Recht bekommt.

Ich glaube, daß viele Dinge, die heute angesprochen wurden, ihre Berechtigung haben. Ich möchte gerade in diesem Zusammenhang ganz besonders den Gemeinderatskollegen Kupfer ansprechen, der alle diese wichtigen Anliegen auch thematisiert bzw. wiederholt hat, aber sozusagen um das - jetzt hätte ich beinahe um das schöne Wetter gesagt - gebeten hat, daß man sich da herinnen besinnen soll, eine gemeinsame Linie zu finden, und das würde ich mir wirklich wünschen.

In diesem Zusammenhang sollten wir nicht nur parteipolitisch oder fraktionell diskutieren, weil das kommt ja immer wieder sehr deutlich vor, sondern wir sollten sich um die Probleme der Bürger und vor allem um die der Stadt annehmen. Und ich meine dabei, wir haben eine ganze Menge zu erledigen, das uns mit dem Geschäftsjahr 98 aufgrund der Wahl bevorsteht. Wir sollten uns darauf konzentrieren, daß wir uns mit Abschluß 98 zum nächsten Budget damit herzeigen können und daß uns die Bevölkerung erklärt, daß wir das Richtige getan haben.

In diesem Zusammenhang würde ich bitten, auch auf diese Dinge zu achten, die für die Bevölkerung notwendig sind und nicht nur unbedingt immer das Parteipolitische in den Vordergrund zu stellen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich danke Herrn Vizebürgermeister Tatzreiter. Der nächste zu Wort gemeldet ist der Herr Kollege Hauser, bitte sehr.

GEMEINDERAT

WILHELM HAUSER:

Geschätztes Präsidium, geschätzte Herren der Presse, Zuhörer, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Wir haben jetzt sehr viel gehört, was in diesem Budget alles Platz hat, und es ist auch einige Kritik gefallen. Ein großer Kritikpunkt sind immer die Personalkosten bzw. die öffentl. Dienstleistungen. Es hat ein Schlagwort gegeben, wer sich an das noch erinnern kann, das vor ein paar Jahren von der ÖVP kreiert wurde: „Weniger Staat, mehr Privat“. Was hat uns dieses „weniger Staat, mehr Privat“ gebracht? Auf der einen Seite eine Privatisierung der Bahn. Die Folgen davon sind, daß Leute entlassen werden - „freisetzen“ - wie man heute so schön sagt, daß sich die Bahnkilometer verteuern und daß alle Leute belastet werden, die diese Leistungen in Anspruch nehmen.

2. Beispiel, die Post. Schönes Thema. Jetzt setzen wir 3.700 in Karenz. Anderen hat man schon angeboten, sie zu pensionieren. Die Leute müssen sich heute schon bis Ende nächsten Jahres entscheiden, in Pension zu gehen, daß sie also gewisse Pönalien dazubekommen. Und das nächste, was auch noch hinzukommt, ist, daß sich auch die Telefongebühren drastisch erhöht haben, um angeblich konkurrenzfähig zu bleiben.

Umgelegt auf die Stadt Steyr würde es bedeuten, wir haben derzeit 962 Bedienstete im Magistrat, da ist der RHV, die GWG, die Stadtwerke, usw., davon sind 123 Beamte, alles andere sind VB, versichert nach dem ASVG. Erstens ist es bei diesen Personalkosten so, daß man sagen und ganz eindeutig zugeben muß, daß es zwei Jahre keine Lohnerhöhungen gegeben hat. 96 eine Einmalzahlung, 97 eine Einmalzahlung; diesmal eine 2%ige Lohnerhöhung vom Gehaltsansatz 95. Wer hat das bis jetzt sonst so klar gesagt? Und man hat sich auf S 466,- für alle Bediensteten geeinigt, daß sozusagen die, die unten sind, ein bißchen mehr bekommen. Die, die oben sind, ein bißchen weniger bekommen.

Aber um das geht es mir ja gar nicht sosehr, sondern es geht mir darum, daß auch hier immer wieder diese Privatisierungsdiskussionen anklingen. Bedeuten würde das Ganze, daß sich die Serviceleistungen des Magistrates verringern würden, weil das, was ich privatisiere, lagere ich ja aus. Das heißt, es muß irgendwo dafür eine private Dienstleistung geben. Irgendwer muß sich die ja kaufen. Die Folge davon ist, daß ich immer wieder denen, die sich's leisten können, die Möglichkeit gebe, daß sie es sich privat zukaufen, jenen, denen dieses Salär nicht zur Verfügung steht, sich eine private Dienstleistung zu kaufen, können diese nicht mehr in Anspruch nehmen. Die Folge hypothetisch könnte sein, daß wir plötzlich irgendwo ein Ghetto in Steyr haben, weil die eine oder andere Dienstleistung sich nicht mehr geleistet werden kann. Und dann geben wir sie alle wieder schön in einen Raum zusammen, wo wir sie dann schön beieinanderhaben.

Eine zweite Sache, die ich gerne aufzeigen möchte, ist, es ist vom Kollegen Fürweger angesprochen worden, daß es sozusagen Bestrebungen gäbe, Aufwertungen durchzuführen, z.B. bei den Arbeitsplätzen für die Altenbetreuung. Eines muß man sich auch bewußt sein. Wir verlangen von unseren Leuten immer mehr Ausbildung. Sie sollen immer mehr wissen. Sie sollen immer mehr können. Aber wir wollen es uns nicht leisten, diese Leistungen danach zu bezahlen. Und das täte ich gerne einmal hinterfragen. Was soll das bedeuten, wenn wir auf der einen Seite immer höhere Anforderungen an unsere Leute stellen und auf der anderen Seite sagen wir, aber teuer dürft ihr nicht sein.

Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich danke dem Kollegen Hauser. Nächster ist Herr Kollege Klausberger.

GEMEINDERAT

MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Geschätzte Damen und Herren!_Es ist nur eine ganz kurze Anmerkung, die ich zu Herrn Kollegen Fürweger machen möchte.

Herr Kollege, sie haben ihrer Ungeduld Ausdruck verliehen, daß die Unterhimmler Au sehr, sehr lange dauert. Ich darf sie beruhigen. Ich verfolge die Arbeit im Naturschutzbereich im Land OÖ. sehr intensiv und sehr genau. Sie werden sich wahrscheinlich erinnern, daß diese Unterschutzstellung des Naturschutzgebietes Unterhimmler Au seinerzeit von mir in Auftrag gegeben wurde und die entsprechenden Vorarbeiten im Anschluß daran auch geleistet wurden.

Zu den Vorarbeiten gehört, daß mit den Grundeigentümern ordentlich verhandelt und gesprochen wird. Das wurde gemacht. Es wurden auch einige Organisationen mit in die Gespräche einbezogen, unter anderem der WWF, unter anderem der Landesfischereiverband und verschiedene andere.

In der Zwischenzeit hat sich aufgrund der Gespräche die Situation so weit entwickelt, daß die Unterhimmler Au, lt. Auskunft des Büros LR Erich Haider am 22. Dezember, in die Landesregierung gehen kann. Das heißt - keine Sorge, im Gegenteil -, die Unterschutzstellung eines für uns in Steyr sehr, sehr wichtigen Gebietes soll nicht Thema parteipolitischer Überlegungen sein, um jetzt hier den einen oder anderen Referenten am Zeug zu flicken, weil er in Zugzwang ist. Sie haben da ja einige Termine angesprochen, die zugesagt worden seien. Erich Haider ist auf jeden Fall mit seiner Terminzusage Herbst 1997 noch im Bereich des Möglichen. Wir wollen jetzt nicht den Herbst interpretieren, aber es stimmt auch zeitlich ganz genau.

Weil ich jetzt am Wort bin, es war nicht vorgesehen, aber ich darf doch einige Dinge anführen, die mir in der Debatte positiv aufgefallen sind und einige Dinge, die mir nicht so gefallen haben.

Im wesentlichen meine ich, daß es sehr wichtig ist, kritisch, z.B. zum Thema Schule, auf den einen oder anderen Mißstand hinzuweisen. Wir müssen uns gemeinsam bemühen, im Bildungsbereich nicht nur die großen Brocken, sondern auch die Arbeit des Alltags miteinander und gemeinsam anzugehen und zu lösen.

Ich persönlich kann dem Budget meine Zustimmung geben, weil ich der Meinung bin, daß im Bildungsbereich Zukunftsweisendes geleistet wird, wenn ich nur an das FAZAT denke. Ich glaube aber auch, daß ein ganz wesentlicher Punkt für mich persönlich im Budget enthalten ist, die soziale Sicherheit der Menschen in Steyr, etwa die mobilen Dienste betreffend, auch die stationäre Betreuung betreffend. So gesehen, kann man dem Budget durchaus die Zustimmung geben.

Beim Studium des Zahlenwerkes sind auch wesentliche Bereiche im Verkehr enthalten. Die beiden Ausschüsse, die ich auch selbst mitbetreue und in denen ich tätig bin - Verkehrsausschuß, Kulturausschuß -, ich habe mich dort überall zu Wort gemeldet. Ich möchte die Diskussion hier nicht in die Länge ziehen. Es enthalten diese Bereiche durchaus Ansatzpunkte, von denen wir sagen können, daß sie in den nächsten 6 Jahren unsere Richtung hier im Gemeinderat stimmen.

Ich möchte, wenn ich die soziale Sicherheit angesprochen habe, auch einen Punkt nicht vernachlässigen, nämlich die Verkehrssicherheit. Ein Grundbedürfnis der Menschen. Wir haben im Verkehrsausschuß kürzlich unsere Leitlinien festgelegt. Herr Kollege Dr. Pfeil, du weißt, daß ich eine ganz wesentliche Anregung immer wieder in diese Arbeit im Verkehrsbereich mit hineinbringe, und das ist der Bereich der Analyse von Punkten in unserem Stadtgebiet, die als sogenannte Unfallhäufungspunkte immer wieder Gefahrenbereiche darstellen.

Wir sollten gemeinsam - und ich habe dich gebeten, daß du uns, den Verkehrsausschußteilnehmern, in Kopie die Aufstellung der Unfallhäufungspunkte, die ja die BPDion alljährlich herausgibt, auch zukommen läßt - in guter Zeit beginnen, diese Unfallhäufungspunkte, dort, wo es sozusagen am meisten kracht, zu analysieren und gemeinsam, auch auf diesem Sektor, zur Sicherheit beitragen.

Ich würde dich nur bitten, daß wir möglichst rasch die Kopie bekommen. Ich warte schon 14 Tage darauf.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDRIKE MACH:

Ich danke Kollegen Klausberger. Wer wünscht als nächstes das Wort? Herr Dr. Wetzl, bitte.

GEMEINDERAT

DR. WILFRID WETZL:

Hohes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte hier nur eine kurze Wortmeldung von mir geben und einige Aspekte der bisherigen Diskussion zusammenfassen.

Wir haben heute bereits gehört, auch der Kollege Kupfer, der jetzt reinkommt, hat behauptet, es sei mit den Freiheitlichen anlässlich der Erstellung des Budgets gesprochen worden bzw. von uns Freiheitlichen sei keine Bereitschaft signalisiert worden. Das ist kraß unrichtig. Und ich bin enttäuscht, daß solche Halb- bzw. Unwahrheiten im Gemeinderat verbreitet werden.

Der Herr Bürgermeister hat anlässlich der konstituierenden Sitzung am 30.10. gesagt, und ich habe gelauscht und gespannt zugehört, der Kollege Hoflehner hat es heute schon erwähnt, er setzt sich für eine Zusammenarbeit im Gemeinderat ein. Für eine Politik, die über die Parteigrenzen hinausgeht. Dem kann ich nur zustimmen.

Im Interesse der Stadt Steyr sollten alle politischen Fraktionen beitragen, um gemeinsam gute Lösungen für die anstehenden Probleme der Stadt in den nächsten 6 Jahren zu finden.

Unrichtig ist es meines Erachtens, wenn man davon eine politische Gruppierung - und ich spreche da speziell von uns - völlig ausgrenzt und links liegenläßt. Wohin das führt, sieht man auf bundespolitischer Ebene. Vranitzky und Busek gibt es bekanntlich nicht mehr.

Ungeachtet dessen, hoffe ich doch, Herr Bürgermeister, daß sie in Hinkunft uns in wesentliche Gespräche auch einbinden und sich die Meinung von uns anhören. Denn gerade beim Budget, und ich glaube, da sind wir uns alle einig, wird ein Volumen von 1,1 Mrd. S bewegt. Das ist doch ein wesentlicher Aspekt, bei dem die Opposition informiert und mit der auch Gespräche geführt werden sollten.

Wir werden dem Budget unsere Zustimmung erteilen, sofern unseren Abänderungsanträgen ebenfalls zugestimmt wird.

Ich glaube, die Abänderungsanträge sind fundiert, sind berechtigt.

Und eben im Sinne einer positiven Zusammenarbeit, obwohl wir nicht in allen Punkten mit dem Budget übereinstimmen, erklären wir uns bereit und signalisieren die Bereitschaft, daß wir in den nächsten 6 Jahren zusammenarbeiten wollen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr StR. Bremm.

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte nur ein paar Bemerkungen zu der Kritik des LIFs anfügen, daß das Budget schwer lesbar war. Das mag schon sein, aber nachdem sie sich schon längere Zeit mit der Politik beschäftigt haben, ich hätte ihnen gerne das Budget '97 gegeben, ich habe das noch in meinem Kasten liegen, dann ...

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Ich auch.

STADTRAT

GERHARD BREMM:

... hätten sie sich schon vorweg damit auseinandersetzen können.

Zu der Diskussion seitens der Freiheitlichen, daß sie nicht mit in die Budgetverhandlungen eingebunden waren; das mag vielleicht für die Jungen, die das erste Mal dabei sind, diesen Eindruck erwecken. Wenn man aber nur 1 oder 2 Jahre zurückgeht, wir haben ja versucht, schon mit sehr Professionellen das Budget zu erstellen, mit einem Zeitaufwand, der gigantisch gewesen ist. Wir haben uns zig Stunden mit einem Moderator auseinandergesetzt und darüber diskutiert. Wir haben das Budget bis in die kleinsten Details zerlegt. Herausgekommen, wissen wir noch, das ist ja noch nicht so lange aus, ist Null. Letztendlich hat der Wille zur Zustimmung gefehlt, und nicht die Diskussion und das Einbinden. Jene, die schon ein paar Jahre in diesem Geschäft sind, wissen auch, daß im Dezember die Budgetsitzung stattfindet, daß in den Sommermonaten seitens der Fachbeamten die Vorbereitungen zum Budget vorgenommen werden. Es war genügend Zeit vorhanden, hier auch selbst aktiv zu werden, um sie in die Budgetverhandlungen einzubringen. Warten auf der Zuschauerbank und dann vielleicht nicht die Akzeptanz zu haben und sich zu beklagen, ich glaube, das ist nicht der richtige Weg. Und ich kann hier auch diese Meinung, Herr Dr. Wetzl, nicht teilen, daß sie Opposition sind. Wenn sie wirklich in der Opposition sein wollen, dann wäre es gut, wenn der Herr Dr. Pfeil seinen Vizebürgermeister zurücklegen würde. Dann haben sie wirklich den Anspruch darauf zu sagen, wir sind eine Opposition. Sie sitzen in der Stadtregierung und haben nicht nur Opposition zu betreiben, sondern mitzuregieren. Von dieser Seite muß man das auch betrachten.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare.

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Zu Kollegen Eichhübl. Wir haben ja die Gelegenheit schon bei vielen Anlässen gehabt, gerade über die Sanierung des Bades zu diskutieren. Ich weiß nicht, ob sich die jungen Kolleginnen und Kollegen noch erinnern können, wie du dich mit dem Kübel im Hallenbad fotografieren hast lassen, als das Wasser heruntergetropft ist. Für eine Show bist du natürlich immer zu haben, und es bereichert das auch herinnen ein bißchen. Aber in der ernsten Arbeit muß ich dich schon wieder an das Jahr 1991 erinnern, lieber Roman, wo du mit deiner Partei am Stadtplatz aktiv geworden bist und ihr eine Umfrage unter der Steyrer Bevölkerung betrieben habt und dann mit einem „Gstasserl“ Unterschriften gekommen seid, das Hallenbad gehört eh nicht saniert, weil es andere Prioritäten gibt. Zum damaligen Zeitpunkt war nämlich die Notwendigkeit der Sanierung des Hallenbades für uns Priorität I, was den sportlichen Bereich anlangt. Du kannst dich daran noch erinnern. Ihr habt's mit Unterstützung von anderen, da gibt es auch noch eine andere Fraktion, die hier mitgeholfen hat - aber so war das. Wie du dann Referent geworden bist, hast du dich dann in der Tropfsteinhöhle des Hallenbades fotografieren lassen. So ist das nicht.

Zu den ganzen Dingen, die du über die Sanierung und Verbesserungen im Freibad angesprochen hast. Ich glaube, du kannst es dir nicht so einfach machen. Früher beim Steinmaßl ist das auch nicht so gegangen, du bist jetzt 6 Jahre Referent und du kannst den 2 Direktoren, obwohl ich schon zugeben muß, daß sie keine einfachen Menschen sind, ich möchte sie nicht in Schutz nehmen; ich habe da ein gewisses Verständnis für dich.

Gelächter

STADTRAT

GERHARD BREMM:

... du kannst ihnen schon einmal eine Weisung geben. Und wenn sie der Weisung nicht nachkommen, dann muß das

Konsequenzen haben. Du hast als Referent schon ein gewisses Mittel in der Hand, um deinen politischen Vorstellungen und deinen Anordnungen ein bißchen nachhelfen zu können.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Ich kann nicht anordnen, daß das Stadtbad saniert gehört.

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Wir brauchen auch nicht immer diskutieren, daß wir für das Stadtbad Millionen und Abermillionen Schillinge brauchen, um das zu attraktiveren und um Verbesserungen zu bringen. Es geht mit kleinen Schritten auch etwas weiter. Aber dort drunten geht auch mit kleinen Schritten nichts mehr. Wir haben auch im Ausschuß des öfteren diskutiert. Du hast in uns auch eine Stütze. Wir brauchen nicht immer irgendwelche Arbeitsgruppen und Studien, die uns wieder einen Haufen Geld kosten, sondern wir wissen eh, was wir dort brauchen. Wir brauchen die Umkleidekabinen und ein paar Sachen nicht, eine Ausweitung der Liegeflächen und ein paar interessante Sachen, daß sich die Leute wohl fühlen. Wir brauchen nicht Millionen und aber Millionen Schilling. Nur müssen wir es wollen. Und da kannst du schon mit unserer Unterstützung rechnen, daß wir dir da behilflich sind, wenn du dich bei deinen 2 Oberdirektoren nicht ganz durchsetzen kannst.

Zu Kollegen Payrleithner mit der Lehrlingsförderung, „wie sich die Haltung der SP auf einmal umgedreht hat“.

Lieber Kollege Payrleithner, du bist doch noch nicht in einem Alter, wo du so leicht vergeßlich sein kannst. Die Haltung der SP in der Frage Lehrlingsförderung war hier immer ganz klar. Unsere Position war immer, daß wir gesagt haben, Lehrlingsförderung selbstverständlich, wir treten dafür 100%ig ein, aber es darf nicht nach einem Gießkannenprinzip gehen, daß jetzt - so wie du es angeschnitten hast - die SNF auf einmal noch am 2. Jänner ein nachträgliches Weihnachtsgeschenk bekommt und für jeden Lehrling, den sie sowieso aufgenommen haben, S 20.000,- - oder sonst einen Betrag bekommen. Unsere Position war immer, daß wir für zusätzliche Lehrlingsplätze, für zusätzliche Ausbildungsplätze eintreten und hier uns auch Förderungen vorstellen können. Wir haben auch im heurigen Jahr erfolgreich mit anderen Stellen, wie AMS, BFI, VABB, zusammengearbeitet. Wir haben das auch in unserer Lehrwerkstätte gesehen. Ich glaube, daß wir hier auch einen vernünftigen Konsens im Budget getroffen haben, daß wir für zusätzliche Lehrplätze auch dementsprechende Förderungen zur Auszahlung bringen.

Einen Satz noch zum Naturschutzgebiet Unterhimmler Au. Ich habe mich da nicht angesprochen gefühlt, weil das ja nicht im Zuständigkeitsbereich des Umweltreferenten der Stadt Steyr liegt, sondern das ist eine Sache des Landes. Wir können uns aber schon zurückerinnern, daß gerade wir als Stadt es waren, die die Realisierung des Projektes betrieben hat. Wir haben als Stadt dazu beigetragen. Wir haben auch den Beschluß hier herinnen gefaßt. Wir haben die sogenannte Liebesinsel in dieses Projekt eingebracht. Wir haben hier unseren Teil dazu beigetragen.

Es muß nicht immer so sein, wie sie sich jetzt das denken, Herr Dr. Pfeil. Es gibt ja platonische Dinge auch.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

So alt bin ich noch nicht.

STADTRAT

GERHARD BREMM:

Wo das ganze Projekt am schwierigsten zu betreiben ist, das ist im privaten Bereich. Gerade dieses Naturschutzgebiet oder dieses Gebiet, das zum Naturschutz erklärt werden soll, liegt in einem hohen Prozentsatz im privaten Bereich. Und dort gestalten sich für die Betreiber die Verhandlungen äußerst schwierig. Ich habe immer mit Herrn Mag. Prack intensiven Kontakt gehabt. Er hat mir immer von seinem Leid erzählt, wie schwierig es ist, dort voranzukommen.

Zur Privatisierung, der letzte Satz. Ich glaube, daß das nicht unsere Leitlinie für die nächsten 6 Jahre sein soll, daß wir uns nur mit Privatisierung auseinandersetzen und beschäftigen sollen. Ich glaube auch, daß unsere Wirtschaftsunternehmen der Stadt effizient, kostengünstig und wirtschaftlich sein müssen, daß wir einen Vergleich mit anderen herstellen können. Wir können das.

Der Herr Fürweger hat die Gärtnerei angeschnitten, wir wissen sehr wohl, wie hoch der Kostensatz in der Gärtnerei ist, und wir stellen auch fest, daß wir uns sehr wohl mit Privaten vergleichen können. Wir sollen uns hier aber nicht zur Ruhe setzen, sondern wir sollen schauen, daß wir bei unseren Wirtschaftsbetrieben die Rationalisierungspotentiale, die es gibt, lukrieren, daß - wie es so schön gesagt wurde - die finanziellen Spielräume vorhanden sind.

Wir Sozialdemokraten werden für diesen Bereich nicht zur Verfügung stehen, weil wir nicht glauben, daß um jeden Preis und justament privatisiert werden soll. Das möge hier ein ganz klares Wort sein.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatare:

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich werde mir erlauben, weil eine seriöse Finanzplanung ohne mittelfristige Vorausschau nicht auskommen kann, immer wieder Querverweise auf die Mittelfristplanung zu machen.

Wir haben ja, wie sie wissen, eine sogenannte mittelfristige Finanzplanung am 9. September 1993 dem Stadtsenat kurz vorgelegt, und diese ist dann nach einer kurzen, trockenen Diskussion vom damaligen Finanzreferenten Zagler eingepackt und nie wieder gesehen worden. Wir haben, nachdem das ganz besonders in den Budgetverhandlungen 94 für das Jahr 95 ganz wichtig war, damals auch schon, immer wieder eine mittelfristige Finanzvorschau schriftlich vereinbart, und zwar mit einem Termin im Jahr 95. Diese Mittelfristvorschau ist dann erst im Jahr 97 gekommen. Wir haben aber bis heute noch nicht gemeinsam diese Mittelfristvorschau im Gemeinderat diskutiert.

Der o.H. beträgt lt. dem letzten Budgetvoranschlag, der uns bis gestern vorlag, 927,8 Mio. S. Der ao. H. 189,3 Mio. S. Gegenüber dem mittelfristigen Budgetvorschlag, welcher nie diskutiert bzw. beschlossen wurde, bedeutet dies jetzt eine Abweichung von 11,25 Mio. S im o.H. bzw. 2,54 Mio. S im ao. H.

Nach dem Abänderungsantrag der 3 Parteien bedeutet dies aber, daß der o.H. auf S 934.592,-- aufgebauscht wird.

Im ao.H. betragen dann die Zahlen statt S 183.859,-- S 192.409,--.

Ich möchte und werde kurz Stellung zu den beiden höchsten Ausgabenposten nehmen. Das sind eben das Personal und die Verwaltungs- bzw. Betriebsausgaben.

Nach dem Versuch einer Konsolidierungsphase in den Jahren 95 und 96, wo wir ganz maßgeblich daran beteiligt waren, daß wir Ende 94 in dieser vielzitierten 100-Stunden-Klausur eine grundsätzliche Diskussion über den weiteren Verlauf der finanziellen Gestaltung der Stadt Steyr gemacht haben, ist aber im Jahre 1997 und ganz besonders in der Vorschau 1998 wiederum eine Steigerung im Personalkostenbereich von 3,27% und im Betriebskostenbereich um die 5 % gekommen.

Im Jahre 1997 hat man das Alten- und Pflegeheim Tabor aufgegliedert. Die Folge war, daß sich 1997 die Personalkosten scheinbar um 60 Mio. S reduzierten.

Die Personalkostensteigerung liegt aber nun in diesem Jahr bei plus 3,27 %. Mittelfristig rechnet man mit einer Zunahme von Personalkosten von durchschnittlich jährlich 3,5%, die sich aus einer Kopfquotensteigerung von 0,3% und einer überdurchschnittlichen Steigerung der durchschnittlichen Personalkosten von S 316.000,-- im Jahre 1991 auf S 444.000,-- im Jahre 1996 belaufen.

Also da muß man schon nachdenken. Und es ist nicht so, daß unsere Angestellten und Beamten nicht an der Verbesserung der Einkommensstruktur mithalten können. Ganz im Gegenteil. Hier ist ein dramatischer Anstieg, gerade bei den mittleren, aber ganz besonders bei den höheren Einkommen hier im Rathaus zu verzeichnen. Bei den niedrigeren Gehältern hat man tatsächlich gespart.

Die Analyse des Städtebundes, die sogenannte KDZ-Analyse, führt sich aber auch hier spätestens dann ad absurdum. Was hätte herauskommen sollen? Das, was wir immer verlangt haben? Wo wir auch vor 6 Jahren damit in die Wahlauseinandersetzung gegangen sind und was unsere zentrale Forderung war? Eine interne Magistratsanalyse wurde dann vom Städtebund durchgeführt. Eine relativ teure Analyse. Es war auch für mich absolut nicht nachvollziehbar, daß sich dann ein entscheidender Mitarbeiter dieser Analyse als privater Anbieter noch weiter die Dienste für die Stadt Steyr gegeben hat. Für mich unverständlich, und wegen Befangenheit wäre für mich das auszuschließen gewesen.

Trotz aller Vorgaben, die Verwaltung schlank und effizient zu gestalten, plant nun die Stadt Steyr Personalkostensteigerungen, die im Jahre 2002 das Niveau des Jahres 1996 vor der Ausgliederung des APT waren. Und das muß uns zu denken geben. Das kann's ja nicht sein, daß wir hier Kosten fortschreiben, obwohl wir wissen, daß sich das irgendwann einmal nicht mehr ausgehen wird.

Wir treten für eine effiziente, sparsame Verwaltung ein. Die bürokratischen Burgen hier in den Verwaltungsbereichen haben den „Gesundschumpfungsprozeß“ erst vor sich. Andere Dienstleistungsbereiche, kleine mittelständische Betriebe, auch Großbetriebe haben diesen teilweise sehr schmerzhaften Eingriff hinter sich.

Ich behaupte hier, daß Verwaltungen - und da stehen wir in Steyr nicht alleine da, aber hier wird es ganz klar exemplarisch aufgezeigt - diesen Nachholbedarf noch vor sich haben. Die Zahlen sprechen eben ein klares Bild.

Wenn wir zu den Verwaltungs- und Betriebsausgaben übergehen: Die Kosten von jährlich 225,06 Mio. S im Jahre 1995 fallen durch die Ausgliederung des APT im Jahre 1996 auf 1997 naturgemäß. Um aber im Jahre 2000 exakt die gleiche Höhe wie vor der Ausgliederung zu haben, nämlich 222,46 Mio. S, dazu trägt der diesjährige vorliegende Budgetentwurf auch bei.

Wir sind bereits jetzt bei einer Verwaltungsbetriebsausgabenhöhe von 237.833 Mio. S angekommen. Und auch hier, bei der Mittelfristplanung, wird das bei weitem noch übertroffen.

Zum Schuldendienst bzw. zur Verschuldung der Stadt.

Auch hier wird immer gestritten, was man einer Bevölkerung, einer Stadt an Pro-Kopf-Verschuldung zumuten kann. Wir sind derzeit bei ca. S 17.000,- angelangt. Wels hat einen wesentlich geringeren Verschuldungsanteil. Natürlich muß man auch hier aufpassen, was man mit wem vergleicht.

Durch das immer noch derzeit bestehende extrem niedrige Zinsniveau sind zwar die Finanzierungskosten bei uns gesunken, von 1997 bis zum Jahre 2000 wird laut Mittelfristplan der Schuldenstand aber um 60 Mio. S gesteigert. Für den Zinsdienst bedeutet dies aber unter den gegebenen Voraussetzungen eine kaum merkliche Steigerung. Das heißt, man ist von weiter sinkenden Zinsen ausgegangen, was aber als großer Risikofaktor in der Mittelfristplanung angesehen werden muß, die nie beschlossen worden ist.

Ein über einen Zeitraum von zwei Jahren unterstelltes hohes Wirtschaftswachstum von 3 %, das wir uns alle wünschen, sowie die geplanten Reallohnerrhöhungen würden mit größter Wahrscheinlichkeit auch zu inflationären Tendenzen führen. Das bedeutet. Ist das Wirtschaftswachstum hoch, haben wir eine 3%ige Inflationssteigerung, haben wir eine 3%ige Inflationssteigerung, steigen natürlich die Zinsen, und wir haben selbstverständlich ein anderes Zinsniveau.

Der Schuldenstand beträgt nun zu Beginn 98 655 Mio. S, am Ende soll er 668 Mio. S betragen.

Wie schon erwähnt, wird jeder Steyrer Bürger, groß oder klein, mit etwa S 17.000,- verschuldet sein.

Laut dem vorliegenden Abänderungsantrag der 3 Fraktionen wird der Schuldenstand auf 671 Mio. S weiter ansteigen. Die Rücklagen werden um weitere 5,850 Mio. S gekürzt. Die Rücklagenentnahme wird sodann im Jahre 1998 statt 26 Mio. S ca. 32 Mio. S betragen.

Den größten Diskussionsbedarf haben wir aber auch in einem 3. Bereich, und ich bitte sie alle, diesen Bereich ernsthaft und nicht polemisch zu diskutieren, weil es sehr leicht ist zu sagen, man muß und man kann; ich meine den Sozialbereich. Die extremen Steigerungen im sozialen Bereich, die auf die Kommunen zukommen, werden die freie Finanzspitze bzw. den finanziellen Spielraum aller Kommunen und insbesondere den von Steyr, weil wir einen hohen Nachholbedarf haben, in Zukunft extrem einschränken. Das sagt in einem Vortrag niemand geringerer als Univ.-Prof. Weidenholzer. Einer, der uns sicher nicht nahesteht. Ich weiß nicht, ob er uns gewählt hat. Ich glaube nicht, daß er ein besonderes Naheverhältnis zu den Freiheitlichen hat, aber er sagt wörtlich, das Sozialsystem, wie wir es in unserem

Lande haben, ist mittelfristig nicht finanzierbar.

Das muß uns zu denken geben. Und auch die deutsche Bestsellerautorin, Frau Dr. Heidi Schüller, schreibt in ihrem neuen Buch, daß die bestehende Alterspyramide unter dem gegebenen Sozialsystem nicht mehr finanzierbar sein wird.

In Steyr sind solche Überlegungen bisher unbekannt. Im Sozialbereich werden wir, Gerhard, sicherlich dann Gelegenheit haben, darüber zu diskutieren. Lt. Mittelfristplanung explodieren die Kosten. Hauptverursacher, insbesondere im Sozialbereich, werden die Pflegeheime sein, wo wir die Situation in Steyr vorfinden, daß vor 6 Jahren ein sehr desolates altes Alten- und Pflegeheim am Tabor einem politisch Andersgläubigen übergeben worden ist, der sich zugegebenermaßen mit sehr großem Engagement an der Renovierung und an der Verbesserung der Situation der alten Mitbürger im APT sich verdient gemacht hat. Ihm ist aber dann eines in die Quere gekommen, und zwar die gesamte Heimverordnung, besser bekannt unter „Ackerl-Verordnung“ vom 1. April 1996, wo die Heimstruktur für Heime solcher Größe diesen Bestand gefährdet. Und ich habe bis heute, obwohl ich es mehrfach versucht habe, keine definitive Aussage bekommen, ob und in welcher Form das Alten- und Pflegeheim am Tabor weiterzuführen ist. Das heißt, nicht auf die nächsten 2 Jahre gesehen, sondern mittel- und langfristig.

Wir wissen den Bedarf, da gibt es eine schöne Studie, wieviel dringende Alten- und Pflegeheimbetten wir brauchen. Und ich glaube, es ist relativ einfach, wie es hier im Hause gemacht worden ist, per Dringlichkeitsantrag den Neubau und die Errichtung eines alternativen neuen Alten- und Pflegeheimes in Münchenholz vorzuschlagen und das sich dann groß auf die Fahnen zu heften.

Ich denke, daß die Diskussion mehr in die Tiefe gehen muß. Wenn wir die sogenannte „Ackerl-Verordnung“ ernst nehmen, sind dort 120, mit Ausnahmegenehmigung werden 140 Betten möglich sein. Das ist ein Bruchteil des Bedarfes. Wir haben aber auch hier schon Grundsätze verletzt. Wir haben dort mit unserer Unterstützung eine Ausschreibung zugelassen, indem wir die Ausschreibung an die WAG abgegeben haben, sodaß hier kein Planungswettbewerb stattfinden konnte. Wir haben uns dieser Aufgabe einfach mit einem Planungsauftrag an die WAG entledigt.

Ich habe versucht, Anfang Juli dieses Jahres das Gespräch gerade um die Altenheime neu zu initiieren. Ich habe Errichter und Betreiber eingeladen und gebeten, daß alle Fraktionsobmänner und auch der Herr Bürgermeister sich einer Diskussion stellen bzw. den Vorschlägen von privaten Anbietern näher kommen, zumindest einem Gespräch. Ich glaube, daß das Gespräch am 3. Juli sehr, sehr fruchtbar war. Eine Firma z.B. hat gezeigt, daß sie instande ist - mit nachweislichen Projekten in Wien, Deutschland und Oberösterreich - binnen 2 Jahren von der Auftragserteilung bis zum Ende ein bezugsfertiges, tadelloses Alten- und Pflegeheim zu errichten.

Es gibt Betreiber und Finanziers, ich habe sie auch erwähnt - Kursana ist beispielsweise einer davon - und habe dann zu Herrn Bürgermeister Hermann Leithenmayr und zu dem damals zuständigen Stadtrat Willi Spöck gesagt, nachdem ich nicht zuständiger Referent bin: „Sie sind am Zug. Ich habe den Kontakt hergestellt. Versuchen sie mit diesen Herrschaften ins Gespräch zu kommen!“

Ich habe mich erst in der letzten Zeit erkundigt, diese Herrschaften, die hier waren, haben nicht einmal ein Dankeschön, eine Antwort oder irgend etwas bekommen (das Gespräch war am 3 Juli), ob uns deren Ideen gefallen oder nicht gefallen haben; es war peinlich. Es war peinlich. Und ich denke, hier haben wir Nachholbedarf.

Natürlich werden sie jetzt sofort sagen: Ja, private Anbieter im Pflegebereich, das funktioniert nicht. Aber wenn man sich die Darstellung der Pflegeabstufung, daß wir finanziell im höherwertigen Pflegebereich zu tun haben, so ist eine finanzielle Darstellung fast für „jeder Mann“ und „jede Frau“ mit Unterstützung der Stadt - wenn es notwendig ist - viel effizienter und viel günstiger darzustellen, als wenn alles die öffentl. Hand machen würde. Hier ist ein so rasch wie mögliches Umdenken notwendig. Man verliert natürlich unter Umständen politischen Einfluß, aber den müssen wir hier in Kauf nehmen. Darum habe ich auch damals gegen diese Scheinausgliederung vom Alten- und Pflegeheim am Tabor gestimmt. Weil ich ganz sicher der Meinung bin, daß diese Ausgliederung ein „Schmarren“ ist. Man muß den Verantwortlichen dort die Möglichkeit schaffen und geben, die Verantwortung auf sich zu nehmen. Das gilt genauso für die Stadtwerke, wo der Rechnungshof es ganz klar in Pkt. 1 der Kritik - wie es Kollege Eichhübl heute schon erwähnt hat - dargestellt hat. Man muß den dort verantwortlichen Geschäftsleuten die Verantwortung geben und sie nicht bei jeder Investition bremsen bzw. bevormunden.

Ich bin auch etwas von der offensichtlich neuen ÖVP-Linie überrascht. Claudia Pramendorfer, wenn du sagst - oder habe ich das vielleicht mißverstanden - daß 80 % im privaten Pflegebereich untergebracht sind. Das ist ja toll. Da braucht man sich nicht stark machen, daß aus diesen 80% 90% werden. Wir sollen uns dafür stark machen, daß aus den 80% 60% werden. Daß Menschen, die pflegebedürftig sind, soviel und solange wie möglich im eigenen Umfeld bleiben können.

GEMEINDERÄTIN

CLAUDIA PRAMENDORFER:

Wenn du zugehört hättest, würdest du das auch verstanden haben.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das möchte ich sehr unterstreichen. Und wenn ich das mißverstanden haben sollte, dann würde ich dich bitten, das aufzuklären. Aber es ist so rübergekommen, daß die ÖVP oder du 80 % und mehr wünschst.

Im Abänderungsantrag steht auch etwas von der Übertragung der S 400.000,-- für GSS. Ich hoffe, es weiß ein jeder, was das bedeutet: Gesundheits- und Sozialsprengel.

Verschiedene Zwischenrufe:

„Service!“

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Service. Eine sehr heftig umstrittene Aktion - im Ausschuß damals mit Stimme der ÖVP abgelehnt worden. Vom Ausschuß gab es eine negative Stellungnahme. Im Gemeinderat ist es dann beschlossen worden.

Unverständlicher Zwischenruf.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, aber es ist im Gemeinderat beschlossen worden. Eine Parallelstruktur zum derzeitigen Sozialamt. Und für mich, wenn man von einem Gesundheits- und Sozialservice oder -sprengel spricht, wenn der zuständige Amtsarzt die Mitarbeit verweigert oder sagt, daß das nicht richtig und der falsche Weg ist. Ja wer soll es dann wissen?!

Ich kommen nun zu einem anderen Thema: Wirtschaftsförderung.

Die tatsächliche Wirtschaftsförderung, ich spreche jetzt von der Mittelfristplanung, reduziert sich von dem für 3 Jahre vorgeschriebenen Betrag von 54 Mio. S, der sehr gut aussieht, auf de facto 3 Mio. S pro Jahr.

23 Mio. S gehen an das FAZAT und VPTÖ, 31 Mio. S werden an BMW gehen.

Da wird auch die 1 Mio. S Lehrlingsförderung 1998 nicht viel helfen.

Es kommt mir hier so wie das berühmte Gießkannenprinzip vor. Ich denke, wir sollten auch hier, wie ich schon vorher angekündigt habe, eine absolute Neuüberdenkung der Wirtschaftsförderung machen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß wir weiterhin solche Wirtschaftsförderungen vergeben, daß wir sie jedem geben, der darum ansucht und der irgend etwas renoviert bzw. umbaut. Wir müssen eine Bedarfsprüfung und insbesondere die Wirtschaftsförderung von einer Bedarfsplanung abhängig machen.

Es sind aber im wirtschaftlichen Bereich vielmehr die Rahmenbedingungen, die unsere Wirtschaft zum Blühen oder Verblühen bringen. Zu den Rahmenbedingungen gehören natürlich auch die Verkehrsanbindungen, insbesondere die überregionalen Verkehrsanbindungen und insbesondere in der Stadt die Cityparkgarage.

Ich möchte mich, weil es heute schon ausführlich erläutert worden ist, dazu nicht näher äußern.

Steyr hat, zusammenfassend, keine seriöse mittelfristige Finanzplanung, die mit dem Gemeinderat akkordiert ist.

Die Stadt hat weiters keine Folgekostenberechnung.

Wir haben weiterhin keine klare Prioritätenreihung, und damit ein klar unterlegtes Investitionsprogramm.

Es fehlt überall eine aussagekräftige Kosten- und Leistungsrechnung.

Ich habe vorgeschlagen, auch im letzten Stadtsenat bzw. in einer Besprechung, bei den Kosten, wo diese immer so von der Überraschungsseite hereinkommen und sehr teuer sind (Kanal- und Brückenbau), einen Prioritätenkatalog zu machen. Beim Kanal; ja, er ist vorhanden, aus dem Jahre 1989. Wir haben einen Anschlußgrad von 96 %, aber es sind sehr wichtige Siedlungsbereiche nicht dabei, wie z.B., gerade jetzt zu Weihnachten aktuell, der Bereich um die Ortschaft Christkindl. Die 2 Wirte haben keinen Kanalanschluß. Was das auch für die Unterhimmler Au bedeutet, brauche ich wohl nicht zu erwähnen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Eine Klärgrube.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Und die funktioniert?

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja sicher.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Gratuliere!

Wir haben auch heute im Abänderungsantrag der 3 Fraktionen 3,5 Mio. S für den Kanal im Bereich Schrebergartensiedlung in Münchenholz dabei. Ich möchte das jetzt von dieser Stelle aus nicht beurteilen und will es auch nicht, ob es jetzt notwendig ist, die 3,5 Mio. S dort hinzugeben oder den Kanal woanders hinzulegen. Ich möchte mich dazu derzeit nicht äußern. Der zuständige Beamte hat mir vor 14 Tagen, nachdem ich ihn nach der Dringlichkeit der Kanalprojekte gefragt habe, dieses Projekt nicht als dringlich mitgeteilt. Also. Ist das eine rein politische Forderung oder ist es tatsächlich eine Forderung, die Hand und Fuß und einen Bedarf hat? Ich möchte aber davon wegkommen, daß Punkte aus rein kurzfristigen Überlegungen herausgenommen werden und dann als großer Erfolg verkauft werden und andere, vielleicht wichtigere Projekte dann in der Schublade dahinschlummern.

Die bereits zitierte deutsche Ärztin und Bestsellerautorin Heide Schüller hat in ihrem so eben fertig- und vorgestellten Buch „Stoppt die Zukunftsdiebe“ folgendes ins Vorwort geschrieben: „Wir Ältere überlasten die Jungen mit Kranken-, Renten- und Sozialversicherungsansprüchen. Wir bilden sie unzureichend aus und wir hinterlassen ihnen einen Berg von Schulden. Wir, die Zukunftsdiebe.“ Soweit Heide Schüller.

Ich weiß nicht, ob sie Steyr vor der Verfassung dieses Buches gekannt hat?

Ich bin nur etwas irritiert, daß bis jetzt - zum mittleren Nachmittag - keiner, insbesondere von der Mehrheitsfraktion, es der Mühe wert gefunden hat, wenigstens hier und jetzt zum vorliegenden Abänderungsantrag der FPÖ Stellung zu nehmen. Selbst hier will man offensichtlich diese Diskussion vermeiden.

Ich werde es nochmals ganz klar ausdrücken und möchte vor der Abstimmung eine Antwort.

Wir werden das Budget mittragen. Wir werden am Beginn der Legislaturperiode ganz besonders auch unseren Willen zur Zusammenarbeit dokumentieren. Wir haben im Abänderungsantrag Projekte, die für Steyr gut, richtig und notwendig sind. Eines fehlt mir aber bis jetzt in der Diskussion, und darum habe ich jetzt auch mit meiner zweiten Wortmeldung etwas zugewartet. Ein Kapitel ist gänzlich untergegangen, und das ist die Gesamtbetrachtung der Kultur.

Die Kultur ist offensichtlich sprachlos geworden.

Gelächter

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Es wäre sehr interessant vom neuen Kulturreferenten zu erfahren, wie seine Einstellung oder seine Vorhaben in den nächsten 6 Jahren im Kulturbereich aussehen werden. Im Bereich Bücherei genügt es mir nicht, daß wiederum 5 Mio. S veranschlagt sind, gekoppelt mit der Aussage: „Ja wenn wir den Teilbereich Objekt Nagl verkaufen.“ Unabhängig vom Verkauf Teilbereich Nagl haben wir extremen Nachholbedarf in der Grundausrüstung der städt. Bücherei, wann wir diesen Bildungsauftrag annehmen und ernst nehmen.

Im Museum ist es ähnlich. Ich meine jetzt das Heimathaus. Dieses hat 2 Krankheiten. Die eine ist, daß der zuständige Mann de facto für die Gewerkschaft freigestellt ist, obwohl es auch hier einmal eine Zusage für unsere Budgetzustimmung gab, daß dieses personelle Problem gelöst wird. Bis jetzt kam es zu keiner Lösung. Ich hoffe und wünsche es ihnen, Herr Spanring, daß dort dieses personelle Problem gelöst wird. Die zweite Krankheit im Museum ist, daß eben durch die Nichtbereitstellung der längst notwendigen Mittel der Aus- und Umbau des städt. Heimathauses vorangetrieben werden kann, seit 6 Jahren, insbesondere Dachgeschoß und vorletzter Stock. Auch hier finde ich nichts im vorliegenden Budget, lediglich im ao. H. im Heimathaus S 800.000,-- - Entfeuchtung und Heizung.

Ich finde auch im o.H. erfreulicherweise einen Budgetposten, für den ich mich immer sehr, sehr stark gemacht habe, das ist die VAS. 1/2690/77000 S 785.000,--, um S 100.000,-- erhöht. Wir sind einmal auf dieser VAS. von 1,5 Mio. S ausgegangen. Wir haben aber auch hier eine Erhöhung um S 100.000,--, und in der Spalte oben zieht man das bei den Bühnenpodesten wieder ab. Das heißt, es bleibt in der Kultur bei einem „Null-Summen-Spiel“.

Ich denke, es wäre auch wichtig zu erfahren, wie eben - und aus diesen Mitteln werden eben Vereine wie AKKU bezahlt, es werden auch Kunstvereine bezahlt, Vereine, die die Stadt Steyr in ihrem Image tatsächlich weitergebracht haben. Hier ist etwas geschehen. Wir haben nicht nur im Umfeld Aufsehen erregt, auch regional, überregional und sogar bis ins Ausland.

Auch habe ich keine Mittel für gemeinsame und gemeinsam beschlossene Projekte, teilweise durch Gemeinderatsbeschlüsse bestärkt, gefunden: Literaturpreis, Gregor-Goldbacher-Preis. Läßt man diesen Gemeinderatsbeschluß still vor sich hin schlummern? Ich weiß nicht, was damit passiert.

Bei der Länderausstellung fehlen mir die Mittel, und es sind wenige Mittel. Wenn es sich die Stadt Steyr leisten kann, dann sollte man es tun, wenn nicht die Zeit schon zu spät ist, daß man wie vorgesehen, Parterre und den 1. Stock so darstellt, daß dieser Rahmen der Stadt Steyr würdig ist. Über die Nachfolgenutzung der Länderausstellung muß man sich so bald wie möglich den Kopf zerbrechen. Auch das vielzitierte Archiv ist im Budget nicht ausreichend bedeckt. Ich meine jetzt das Archiv der Steyr-Daimler-Puch, verwaltet vom rührigen OIng. Gegenhuber.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das war ein kurzer Auszug der freiheitlichen Vorstellungen und Meinungen zum Budgetentwurf 1998. Ich möchte mich noch einmal wiederholen. Wir würden trotz aller widrigen Umstände und Nichtverhandlungen uns noch einmal zu einer konstruktiven Zusammenarbeit einbringen. Wir wollen aber - so sehe ich das, wenn über den weitergehenden Antrag, und das ist der Abänderungsantrag der 3 Fraktionen, so nehme ich an, zuerst abgestimmt wird - von ihnen, Herr Bürgermeister, eine Aussage haben, ob sie unserem Abänderungsantrag nähertreten wollen, ja oder nein und ansonsten werden wir dem Budget leider nicht zustimmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Lengauer. Es wird natürlich Kultur kommen.

GEMEINDERAT

ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Gäste. Budget 1998. Für uns war sehr wohl die mittelfristige Finanzplanung Grundlage für unsere Budgetüberlegungen und für unsere Budgetgespräche. Natürlich war ein ganz wesentlicher Punkt - und ist es nach wie vor - die Erhöhung des budgetären Spielraumes. Die frei verfügbaren Mittel im o. H. müssen einfach höher werden. Dieser Wunsch wurde in die diesem Budget im Ansatz erfüllt.

Natürlich gibt es noch eine Anzahl von Wünschen und Forderungen, die noch keine Erfüllung fanden. Doch überwiegen die positiven Punkte.

Als Seniorenbundobmann finde ich den Ansatz für eine 3. Organisation für Heimbetreuung sehr wichtig. Wird doch, wie schon heute des öfteren gesagt, die Zahl der Senioren, die Hilfe brauchen, immer größer, bekommen durch den Einsatz einer dritten betreuenden Organisation doch manche Ältere die Chance, länger daheim bleiben zu können.

Natürlich werden betreubares Wohnen, das Altenheim Münichholz, weitere Neugestaltungen in Bauweise und Pflege im Alten- und Pflegeheim Tabor uns noch vor schwierige Aufgaben stellen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist ja heuer schon durch die Übergabe der neuen betreubaren Wohnungen in der Industriestraße gesetzt worden.

Der Wohnbau kann durch die Budgetansätze weiterhin kontinuierlich gefördert werden. Wir haben die Aufgabe, Sorge zu tragen, daß wir als Kommune Wohnungen errichten, helfen zu errichten, die sich alle Bürger leisten können.

Wir haben Sorge zu tragen, daß mehr Sozialwohnungen in 2-Raum-Größe gebaut werden - die Single, die Alleinstehenden nach Scheidungen nehmen immer mehr zu. Ein großes Problem haben wir im 3-Raum-Bereich. Hier müssen wir wahrhaft um Wohnungen sorgen, die für alle leistbar sind. Große und teure Wohnungen können und sollen die anderen Wohnbauunternehmungen errichten. Wir als Kommune haben ein anderes Klientel. Wir brauchen günstige Sozialwohnungen.

Wir müssen weiterhin Sorge tragen, daß das Mieteigentum ausgebaut, möglich wird. Wir haben Überlegungen zu treffen, daß wir die teuren Resthofwohnungen weitervermieten können, ob wir nicht doch auch im Resthof an Wohnungseigentum denken müssen.

Grundsätzlich meine ich aber auch, daß wir mehr Vorsorge treffen um die Revitalisierung alter Häuser und Neubelebung, denn dort gibt es viele ungenützte Wohnmöglichkeiten.

Als Vorsitzender des Kulturausschusses würde ich mir natürlich einen höheren Ansatz für die Kultur wünschen. Wer möchte das nicht.

Viele engagierte Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt haben Kultur gestaltet und tun dies noch immer vorzüglich. Ihnen gehört gedankt, und wir als Kommune haben die Aufgabe, diese Tätigkeiten zu unterstützen. Dem wird der heurige Budgetansatz zum Teile gerecht, natürlich, wie schon gesagt, könnte die Kultur eine weitaus größere Summe brauchen.

Mich freut, daß im Budget nun doch wieder eine Förderung des Jugend- und Kulturhauses zu finden ist. Es wäre eine Schande, ein Mißachten des Arbeitseinsatzes und des Engagements der Jugendlichen, ließen wir sie jetzt in der Kälte, ohne Subvention stehen.

Ich befürworte auch die Aufnahme des Kulturvereines Kraftwerk für eine Jahressubvention, hat sich doch auch gerade der Kulturverein Kraftwerk bei der Errichtung des Jugend- und Kulturhauses sehr verdient gemacht.

Sehr wichtig finde ich auch den Budgetansatz für - es steht dort Sporthalle -, ich sage viel lieber „multikulturelle Veranstaltungshalle“, denn ich glaube, in diese Richtung müßte diese Veranstaltungshalle gehen.

Auch der Budgetansatz Musikschule ist eine ganz, ganz wichtige Sache.

Die Weiterführung der Modernisierung der Bücherei ist ganz wichtig, und auch dafür ist wieder vorgesorgt.

Ich möchte den Angestellten der Bücherei gratulieren, stiegen die Entlehnungszahlen im heurigen Sommer doch beträchtlich.

Im Büchereibereich warten natürlich in diesem Budgetjahr eine Reihe von wichtigen Entscheidungen. Wie soll nun der Umbau wirklich gestaltet werden, was soll oder kann von diesem Haus verkauft werden, wo soll in der Zeit des Umbaus die Bücherei untergebracht werden und vieles mehr. Der Kulturausschuß wird sich in einer Sondersitzung im Jänner vor Ort mit dieser Problematik beschäftigen.

Die nun doch aufgenommenen Budgetposten Heimathaus, Entfeuchtung des Erdgeschoßes, Einbau einer Nachtspeicherheizung scheinen mir ein ganz, ganz wichtiger Ansatzpunkt zu sein. Denn erst diese Grundlage ermöglicht eine Weitergestaltung unseres Heimathauses.

Liegen doch im Heimathaus viele Kunstschatze brach - ungeschützt darnieder. Diese beiden Budgetposten schaffen erst die Möglichkeit für eine weitere Neugestaltung des Heimathauses - natürlich viel zu spät für die Landesausstellung wäre ein neugestaltetes Heimathaus sicher wichtig gewesen.

Unser Heimathaus muß wieder Zentrum der Geschichte unserer Stadt für unsere Schüler, für unsere Steyrerinnen und Steyrer und für die Besucher unserer Stadt werden. Auch hier sehe ich eine wesentliche Aufgabe im Kulturausschuß des nächsten Budgetjahres.

Ich denke auch, daß wir eine Neuvergabe der Subventionen im Kulturbereich finden müssen. Ich meine, es sollte einen oder höchstens zwei Vergabetermine im Frühjahr geben und, wenn es ein muß, im Herbst. Dann wissen die Förderungswerber eher, wie sie dran sind und wir im Kulturausschuß können eher Schwerpunkte setzen. Und es kann uns nicht mehr passieren, wie es im vergangenen Jahren des öfteren passiert ist, daß in einer letzten Kulturausschußsitzung eines Jahres sehr wohl förderungswürdige Bewerber kein Geld mehr bekommen können, weil schon alles vergeben ist.

Auch meine ich, müssen wir von der starren Förderungsliste weg zu einem Förderungstopf kommen - erste Ansätze sind durch diese Erhöhung der diversen Förderungen ja schon gesetzt -, um besser, gezielter und schwerpunktmäßig Kultur fördern zu können. Durch diese Umstellung könnte auch hier der frei verfügbare Spielraum vergrößert werden.

Ich meine abschließend, in guter Zusammenarbeit Kulturamt, Kulturreferent, Ausschußvorsitzender, Kulturausschuß können wir auch bei geringen Budgetzuteilungen vieles für unsere Kulturschaffenden tun.

Rasche Hilfe, gute Beratung durch die Beamten des Kulturamtes, kulturbegeisterte Ausschußmitglieder, die sich um mehr Koordination mit den Kulturschaffenden und der Kulturschaffenden untereinander bemühen, durch Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, die mit ihren Bekannten noch zahlreicher als bisher die Kulturveranstaltungen besuchen, können wir viel für das Gelingen des Kulturgeschehens unserer Stadt beitragen.

Mein Wunsch: Steyr, ein starkes Stück Stadt - auch in der Kultur.

Danke schön.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr StR. Spanring, bitte.

STADTRAT

ING. DIETMAR SPANRING:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderate! Ich möchte grundsätzlich die ganze Geschichte heute nicht mehr in die Länge ziehen, aber nachdem mich Herr Dr. Pfeil so nett angesprochen hat, warum da keine Meldung kommt, vielleicht auch deswegen, weil der Herr Dr. Pfeil die politische Auseinandersetzung in letzter Zeit nicht hier in der Gemeindestube oder in einem der Sitzungssäle pflegt, sondern vor Gericht abhandeln läßt, daher war ich heute Nachmittag verhindert, um eben diesem neuen politischen Geschehen nachzukommen.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann müssen sie auch dazusagen, was sie gesagt haben. Sagen sie's!

STADTRAT

ING. DIETMAR SPANRING:

Ich habe überhaupt nichts gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Was sie geschrieben haben.

STADTRAT

ING. DIETMAR SPANRING:

Ich habe auch nichts geschrieben.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ach Gott!

Gelächter

STADTRAT

ING. DIETMAR SPANRING:

Sie müssen nämlich wissen, Herr Dr. Pfeil, wen sie ansprechen und wer tatsächlich der Verantwortliche ist, und Gott sei Dank ist das heute herausgekommen. Aber das ist jetzt nicht Gegenstand dieser Diskussion. Wen immer sie sich auch aussuchen, suchen sie sich immer den Richtigen aus. Das war in diesem Fall sicherlich nicht so, aber es ist anscheinend ihr Stil, den sie pflegen.

Zurück zum Budget und warum wir heute zusammengekommen sind. Es wurden heute so viele Zahlen genannt, auch vom Herrn Dr. Pfeil. Statistik ist, wenn man im Duden nachschaut, da steht: „Wissenschaftliche Methoden zur zahlenmäßigen Erfassung, Untersuchung und Darstellung von Massenerscheinungen.“ Ich möchte sagen, die Statistik ist eine jener Möglichkeiten, mit der man durch nüchterne, klare Zahlen alles verschleiern kann. Betreffend Personal ist das auch so. Man kann alle Zahlen auf den Tisch legen. Alle möglichen und unmöglichen Zahlen. Der Herr Bürgermeister hat in seiner Budgetrede ganz klar darauf hingewiesen, was im Personalwesen und vor allem in den letzten 2 Jahren tatsächlich passiert ist, welche Reduktionen geschehen sind und was eigentlich die Belegschaft im Magistrat geleistet hat. Es gibt Leute, die meisten herinnen, die trotz erhöhter Leistungsbereitschaft diese verschärften Bedingungen, die durch diese Maßnahmen für die Mitarbeiter dieses Hauses ergriffen wurden, der Bevölkerung in keinster Weise spüren ließen. Vielmehr ist eines herausgekommen, daß wir den Amtsmanager des Jahres aus der Belegschaft der Steyrer Magistratsbediensteten bekommen haben. Und nicht von irgendeiner verwandten Institution

ernannt, sondern durchaus von der Wirtschaftskammer.

Dafür, und da möchte ich auch den Herrn Magistratsdirektor bitten, das weiterzuleiten, ist den Bediensteten dieses Hauses zu danken, daß sie durch ihre Arbeit mitgewirkt haben, daß das Budget erfüllt werden konnte. Wir Politiker geben in einer Budgetdebatte, so wie das heute ist, ein gewisses Zahlenwerk vor. Daß dieses Zahlenwerk erfüllt werden kann, das können wir nur zum Teil beeinflussen. Daß es dann wirklich unterm Strich beim Jahresabschluß so herauskommt, wie es Gott sei Dank 1996 und auch 1997 war, ist das Verdienst der Mitarbeiter dieses Hauses, die mit all ihrem Einsatz, mit all ihrer Kraft, ihrem Wissen und Können, ihrer Bereitschaft, auch hier mitzuwirken und mitzutun, sich weiterzubilden und sich für die Steyrer Bevölkerung einzusetzen, eben das erreicht haben. Und dafür ist ihnen wirklich, auch von dieser Stelle, der Dank auszusprechen.

Betreffend die Kultur, sehr geehrter Herr Dr. Pfeil, werde ich gar nicht recht viel sagen. Ich müßte das von meinem Kulturausschußvorsitzenden wiederholen, und das möchte ich mir ersparen. Aber ich möchte vielleicht auf eines hinweisen. Wenn ich mir die beiden - und wenn sie schon so drauf drängen - gemeinsamen Abänderungsanträge und ihren Abänderungsantrag betrachte, dann stelle ich zumindest im Abänderungsantrag der 3 Fraktionen einige Punkte fest, die die Kultur betreffen. In ihrem Abänderungsantrag ist kein Schilling, kein Strich und kein Punkt dafür vorhanden. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte jetzt den Vorsitz an den Herrn Vizebürgermeister Dr. Pfeil abgeben, um mich selbst einmal zu Wort zu melden.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Bis du schon dran? Wie schaut die Rednerliste aus?

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Momentan am Ende.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile der Frau Vizebürgermeister Mach das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich danke.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Ist noch jemand zu Wort gemeldet oder will sich noch jemand zu Wort melden?

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Meines Erachtens, als Sozialreferentin, ist das Budget 1998 wieder ein gutes und solides Budget. Es gibt natürlich eine Fülle von Projekten und neuen Vorhaben für das kommende Jahr. Es zeichnet sich aber jetzt schon die Weichenstellung für die nächsten Jahre ab, und es wird auch die zukünftige Entwicklung unserer Stadt beeinflussen. Natürlich haben wir alle noch viele Wünsche und Vorstellungen. Es gibt aber wie überall Prioritäten. Besonders wichtig ist jedoch, daß man die Finanzierbarkeit nie aus den Augen verliert. Daß dies möglich ist, das haben wir die letzten beiden Jahre bewiesen. Die Budgets waren äußerst positiv.

Gefreut hat mich heuer auch die gute und konstruktive Zusammenarbeit mit den einzelnen Fraktion, die es gewollt haben.

Als Mandatare ist es unsere Pflicht, für die Wünsche und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger einzutreten und sie zu lösen. Das ist unsere Aufgabe und dazu gehört selbstverständlich auch ein Budget, mit dem man das auch umsetzen kann.

Sehr wichtig ist für mich, daß auch im Sozialbereich entsprechende Mittel vorgesehen sind. Es wurden keine Kürzungen, sondern in einzelnen Bereichen sogar Erhöhungen vorgenommen. Es wird nicht bei den Schwachen gespart, sondern gerade für diese Gruppe wird vorgesorgt, um das soziale Netz noch dichter zu gestalten.

Ich möchte nur einige Bereiche nennen, die mir persönlich sehr am Herzen liegen, einer davon - es ist ja heute schon oft gesprochen worden - ist die Ausweitung der mobilen Dienste um 2 Diplomkrankenschwestern und um 2 Altenhelfer. Wir wissen alle, daß auch von der Landesseite ein Bedarfs- und Entwicklungsplan erstellt worden ist und wir diesen auch erfüllen müssen. Ich glaube, durch diese Aufstockung der mobilen Dienste wird auch der Druck auf das APT etwas geringer. Für mich ist das ein sehr wichtiges Thema, denn ich bin der Meinung, wir sind unserer älteren Generation schuldig, sowohl im mobilen als auch im stationären Bereich die notwendigen Einrichtungen zu schaffen.

Es ist ja heute das Alten- und Pflegeheim angesprochen worden. Ich werde dann später noch darauf zu sprechen kommen.

Ich bin stolz, daß wir in Steyr, überhaupt in OÖ., eine Vorreiterrolle mit der neuen Wohnform des betreubaren Wohnens übernommen haben. Damit ermöglichen wir unserer älteren Generation, so lange in diesen Räumlichkeiten zu bleiben, bis sie eine rund um die Uhr Betreuung brauchen. Es ist ja nun das 10. Seniorenwohnhaus entstanden. Das 1. Seniorenhaus wurde, da waren wir auch Vorreiter, 1968 in Steyr am Tabor übergeben. Da ist die neue Form des betreubaren Wohnens beinhaltet, natürlich ist das Haus auch behindertengerecht ausgestattet und entspricht den ganzen Vorschriften.

1998 werden wir uns auch wieder intensiv mit der Gestaltung des APM beschäftigen. Wir machen es uns nicht einfach. Es haben sich ja hier Arbeitskreise gebildet, die bereits schon längere Zeit arbeiten. Es ist ja heute sehr oft die Stadt Innsbruck angesprochen worden. Wir haben uns auch das Konzept von Innsbruck zusenden lassen. Ich war dort am Städtetag im Sozialausschuß, da ist auch das Konzept der Altenbetreuung von Innsbruck vorgestellt worden. Dieses Konzept hat die Arbeitsprojektgruppe mit aufgenommen. Sie befindet sich heute in Innsbruck, um sich das an Ort und Stelle anzusehen.

Es sind auch Arbeitsgruppen eingeführt worden, die sich mit den Folgekosten beschäftigen, natürlich Pflege- und Folgekosten. Es hat sich ja ein Lenkungsausschuß gebildet. Und diese Bereiche werden dann dem Lenkungsausschuß präsentiert. Der Lenkungsausschuß besteht aus derselben Personenanzahl wie der Verwaltungsausschuß des APT, damit alle erfahren, was uns diese Gruppe zu sagen hat.

Es gibt für das Alten- und Pflegeheim Tabor in der Landesverordnung eine Sonderregelung und eine Sondergenehmigung. Damit ist auch dieses Problem gelöst. Man kann ein altes Haus nicht so umstrukturieren, daß auf einmal lauter 1-Bett-Zimmer entstehen. Lt. der Verordnung von LR Ackerl besteht die Möglichkeit, eine Sondergenehmigung zu erlangen. Wir haben auch die Möglichkeit, aus dem einen Haus zwei Häuser zu machen und trotzdem ist diese Anzahl weiterhin nicht mehr in diesem Ausmaß, aber bis 270 Zimmer besteht eine Sonderregelung. Ich habe mich da schon erkundigt. Und wenn es einmal soweit ist, daß der Umbau erfolgen muß, weil wir ein anderes Alten- und Pflegeheim brauchen, dann werden wir uns auch genau erkunden, welche Sonderregelungen es gibt.

Ein weiteres wichtiges Thema, das mir auch sehr am Herzen liegt, ist, daß es im Frühjahr '98 soweit ist, daß ein neuer 6-gruppiger Kindergarten in Münichholz entstehen wird. Er ist im Vorjahr schon geplant worden. Die ganzen Planungen sind jetzt abgeschlossen. Es soll dann der Kindergarten in der Puschmannstraße aufgelassen werden. Auch hier wird man sich mit den Folgekosten beschäftigen, aber es wird ein neuer gebaut.

Wir haben natürlich heuer bei den Kindergärtnerinnen und werden im kommenden Jahr eine Personalkostensteigerung haben. Ich möchte auch gleich erklären, warum. Es wurden heuer 2 zusätzliche Hortgruppen und eine zusätzliche Tagesgruppe gebildet, damit auch dieser Bedarf gedeckt ist. Ich habe es auch dem Herrn StR Mayrhofer gesagt, daß nicht wie letztes Mal im Budget eine Erhöhung bei den Personalkosten der Kindergärtnerinnen von 4 Mio. S war, sondern eine Erhöhung um S 300.000,--. Ich möchte das in diesem Kreis noch einmal erwähnen.

Ich möchte auch erwähnen, daß die Caritas Kindergärten sowie die privaten Kindergärten bei den Subventionen alle gleichgestellt sind. Ebenso die Vorkindergärten. Ich glaube, daß wir seitens der Stadt wirklich ein Signal setzen, daß es allen erleichtert, diese Kindergärten und Vorkindergärten weiter in so vorbildlicher Art und Weise zu führen. Somit sind wir meiner Meinung nach auch in der Lage, mit den Vorkindergärten und den Tagesmüttern diesen Bedarf zur Gänze abzudecken.

Gesundheits- und Sozialsprengel. Das wird sich noch klären. Ich möchte dazu keine weiteren Erklärungen abgeben. Ich habe das letztes Mal im Gemeinderat ausführlich erklärt, als der Beschluß gefaßt wurde. Es wird auch hier noch eine Änderung geben. Wir werden uns dann auch im Stadtsenat und im Gemeinderat wieder damit befassen.

Das Kinderschutzzentrum möchte ich auch noch erwähnen. Das ist mir natürlich auch ein Anliegen. Wir haben morgen beim Herrn LR Ackerl ein Termin. Mir ist auch wichtig, daß nicht nur eine Beratung stattfindet, sondern den Betroffenen auch eine Therapie ermöglicht wird. Das liegt mir sehr am Herzen, weil wir haben schon sehr viele Beratungsstellen. Was fehlt, ist dann die Therapie. Die fehlt mir persönlich. Mir ist auch wichtig, daß jedem eine Therapie zukommt und man schaut, daß für einen späteren Zeitpunkt begleitende Maßnahmen gesetzt werden. Daß man schaut, wie sich das entwickelt und ob sich das ändert oder ob das Kind wieder vergewaltigt oder geschlagen wird. Das ist mir persönlich auch ein Anliegen.

Es war die Jugendanwältin von der Kinder- und Jugendanwaltschaft bei mir. Sie hat mir gesagt, daß sie vom Land den Auftrag erhalten hat, daß wir mit Beginn des nächsten Jahres einmal eine kostenlose Beratung haben werden. Wenn der Bedarf vorhanden ist, wird das natürlich auch ausgeweitet.

Aus meiner Sicht als Sozialreferentin ist das Budget 1998 ein sehr gutes Budget, weil es Mittel für jene vorsieht, die Hilfe und Unterstützung benötigen. Wir setzen damit auch ein sichtbares Zeichen, daß wir uns seitens der Stadt nicht von unserer sozialen Verantwortung verabschieden.

In diesem Sinne kann ich sie nur ersuchen, dem Budget für 1998 die Zustimmung zu geben. Wenn auch der Sozialbereich angeblich die höchsten Kosten aufweist, möchte ich alle daran erinnern, daß die meisten gesetzlichen und vertraglichen Leistungen im Sozialbereich enthalten sind und alle ein Gelöbnis abgegeben haben, die gesetzlichen und vertraglichen Leistungen zu erfüllen. Danke schön.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Als nächste hat sich Frau Mag. Frech zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr. Ich gebe den Vorsitz wieder an die Frau Vizebürgermeister zurück.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke, ich übernehme den Vorsitz.

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Auch wenn man als neue Fraktion in diesem Gemeinderat erst seit wenigen Wochen vorhanden ist, muß ich zu meinem Bedauern feststellen, daß sich sehr schnell eine gewisse Ernüchterung bemerkbar macht. Man kann sich mitunter des Gefühls nicht erwehren, daß Politik mit Polemik verwechselt wird und daß es oft sehr schwer möglich ist, wirklich sachlich und ohne Untergriffe und ohne verbale Attacken über Dinge zu diskutieren.

Es gibt viel zu sagen und viele Bemerkungen zu dem zu machen, was heute schon besprochen wurde. Ich wollte an sich nicht auf einzelne Redner eingehen. Es bleibt mir momentan aber nichts anderes übrig.

Ich möchte schon diese Bemerkung von Herrn GR Kupfer, die er da gemacht hat, wo er das ins Lächerliche gezogen hat, UTOPIA, was wir uns vorstellen. Ich würde sie bitten, Herr Kollege Kupfer, etwas zuzuhören. Ich habe auch gesagt, daß es selbstverständlich nicht möglich ist, alle Idealvorstellungen zu erfüllen. Die Frage ist nur, ob der Weg in diese Richtung geht und ob man überhaupt bereit ist, diesen Weg zu gehen. Daß das auch keine Utopien sind, zeigen andere Länder. Es sind an sich Forderungen, die in anderen Ländern längst in Realisierung begriffen sind und die auch von Finanzexperten goutiert werden. Z.B. solche Polemisationen, „wir hätten ihnen ja, wenn sie das Zahlenwerk nicht verstehen, ein grünes, blaues oder gelbes Budget machen können.“ Bitte, Faktum ist, daß sämtliche Finanzexperten selbst sagen, daß es einfach notwendig ist, daß ein Budget transparenter, durchschaubarer wird und auch vielmehr Kennzahlen aufweist. Das dazu.

Weiters ist so ein bißchen im Raum geklungen, wir hätten nicht ernsthaft verhandeln wollen. Dazu: Das LIF ist erst seit dem 30. Oktober, seit der konstituierenden Sitzung, in diesem Gemeinderat vertreten. Uns blieben also nur wenige Wochen, um uns überhaupt mit den ganzen Gegebenheiten auseinanderzusetzen. Wir hatten keine Vorerfahrungen, es sind zwar 19 neue Gemeinderäte in diesem Gemeinderat, aber die anderen, auch neuen, hatten zumindest die Möglichkeit, über ihre Fraktion informiert zu werden. Nichtsdestotrotz haben wir uns sehr genau damit auseinandergesetzt. Und gerade ihre Fraktion, Herr GR Kupfer, war es, in Form des Herrn GR Apfelthaler, der 1995 noch gesagt hat: „Es wirft, glaube ich, ein bezeichnendes Licht auf den Grad oder auf die Qualität von Verhandlungen, wenn sozusagen im letzten Moment wichtige Dinge hereinkommen, die wir über Abänderungsanträge beschließen.“

Ich denke, das wirft auch ein bezeichnendes Licht auf diese ho ruck-Entscheidungen, die im Prinzip gar nicht hätten sein müssen. Wir hätten nur die Übereinkunft treffen sollen, daß wir in Anbetracht der Dinge, die in Zukunft auf unsere Stadt zukommen, einfach noch sorgfältiger und verantwortungsvoller etc. sein sollen.

Das LIF hat sich bemüht, trotz dieser kurzen Zeit, das auch wirklich ernst zu nehmen. Und sie haben recht, Herr Fraktionsvorsitzender Bremm, ich habe mich schon länger mit der Politik befaßt. Allerdings von außen. Ich muß merken, daß es von innen oft etwas erschütternder ist als von außen. Das finde ich sehr schade. Würde ich jetzt in ein Weihnachtspaket verschnüren, was wir alles an Unterlagen durchstudiert haben, dann wäre ich ungefähr da herüber. Das war nicht nur der Voranschlag von '97.

Die Frage ist, was überhaupt diese Budgetrede für einen Sinn macht. Wozu kann sie dienen? Was ist das Ziel? Kann es Ziel sein, die Bürger zu informieren? Wohl kaum, weil wenn ich da herinnen schaue, wie viele Bürger über den Gemeinderat hinaus vertreten sind, dann sollte ich mich wohl eher auf den Stadtplatz stellen. Es hat auch keinen Sinn, etwas zu sagen, damit es dann in einem Protokoll steht, das man vielleicht in ein paar Monaten bekommt, und das auch niemand liest. Ihr Abstimmungsverhalten zu beeinflussen? Na ja, ich glaube, sie haben recht gehabt, Herr Kollege Kupfer, die einzige Spannung liegt eigentlich nur mehr darin, was macht jetzt das LIF!

Gelächter

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Also kann es nur sein, Meinungsbildung zu betreiben. Wenn schon nicht in der Gegenwart, so doch vielleicht in die Zukunft hin, weil die Zukunft kommt leider manchmal zu kurz. Was es auch noch sein kann, ist, und das möchte ich als erstes tun, ihnen eine Information über die Entscheidungskriterien zu geben, die ich der Entscheidung für das LIF zugrunde gehalten habe. Einen Teil haben sie bereits erfahren, das war diese Sollanalyse. Wie soll ein Budget aussehen, dem man als liberale Fraktion guten Gewissens zustimmen, es mittragen und mitverantworten kann.

Das nächste ist die Istanalyse des Voranschlages für 1998:

Diese war erst ab dem Zeitpunkt der Überreichung mit 10. November 1997 möglich. Eine Istanalyse, die gemeinsam

mit einem Wirtschaftstreuhänder und gemeinsam mit einem Finanzexperten des LIFs auf Bundesebene durchgeführt worden ist, vielleicht nicht in gesamer Komplettierung, aber das ist in dieser Zeit auch nicht möglich. Weiters eine Analyse der Budgetentwicklung der letzten Gemeinderatsperiode, die Voranschläge 1992 bis 1997 und die diesbezüglichen Rechnungsabschlüsse, im Hinblick auf die Entwicklung des Schuldenstandes, der Rücklagen, der Personalaufwendungen, der freien Finanzspitze usw. Und da muß man leider schon zu dem Ergebnis kommen - ob es einem gefällt oder nicht -, daß die Schulden genauso steigen wie früher, die Rücklagen sinken, die Personalaufwendungen auch weiter hinaufgehen und die freie Finanzspitze, von der schon so lange die Rede ist, auch nicht sehr viel mehr wird.

Des weiteren haben wir versucht, partielle Vergleiche mit Voranschlägen anderer Städte zu machen, unter anderem mit der vergleichbaren Stadt Wiener Neustadt.

Verschiedene Zwischenrufe:

„Schon wieder Wiener Neustadt!“

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, da kann man nichts machen, es gibt Wiener Neustadt.

Weiters auch, nachdem man sich auch der Geschichte annehmen soll, eine Betrachtung der Gemeinderatsprotokolle zum Budget 1992 bis 1997. Und da muß ich sagen, war gerade ihre Fraktion, die GAL, eine, die mich irgendwo zu denken gebracht hat. Und zwar deshalb, weil nach der Sollanalyse, nach der Istanalyse, nach der Analyse der Budgetentwicklung das war, was für diesen weiteren Weg spricht, etwas sehr, sehr geringes. Um aber ein Signal zu setzen, von wegen konstruktiver Zusammenarbeit, die wir uns auch wirklich wünschen und die man ernst nimmt, nur man kann mit sich selbst nicht zusammenarbeiten, sondern da kann man nur arbeiten, das heißt, es ist auch Voraussetzung, daß diese Zusammenarbeit auch wirklich gewünscht ist. Aber selbst aufgrund dessen, daß man diesen Weg nicht zu 100 %, nicht einmal zu 50 % mittragen könnte, wäre es vorstellbar gewesen, diesem Voranschlag die Zustimmung zu geben, um einen gewissen Vertrauensvorschuß in die Zukunft zu geben. Und wie gesagt, da war es gerade die Fraktion der Grünen, wo ich mir angesehen habe, was Eva Scheucher zum Voranschlag 92 gesagt hat, wo sie ebenfalls neu in diesem Gemeinderat war, und zwar hat sie die Zustimmung zum Voranschlag 92 mit Bauchweh, aber auch im Sinne dieses Vertrauensvorschlusses geleistet. Ein Jahr später hat sie festgestellt, daß es eigentlich eine Fehlentscheidung war, die Euphorie längst verflogen wäre, von der Aufbruchsstimmung nichts da wäre und auch nach wie vor Symptome, Erscheinungen oft mit sehr viel Geld kuriert werden, aber das Übel nicht an der Wurzel gepackt wird. Nach dem Motto: Der Weg ist das Ziel, befinden wir uns in Steyr auf dem Weg, ohne zu wissen wohin.

Scheinbar ist damals auch dieser Vertrauensvorschuß irgendwie nicht ganz gewürdigt worden. Es hat auch eine Ablehnung zum Budgetvoranschlag 1995 seitens der Grünen gegeben. Und wenn man sich den Voranschlag 1995 ansieht und diesen mit dem Voranschlag für 1998 vergleicht, sind da die Unterschiede nicht unbedingt zu groß. Deshalb drängt sich die Frage auf, ob man damals oder heute die falsche Entscheidung getroffen hat. Was auch immer.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Kurt Apfelthaler.

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Nein, nein, das mache ich sicher nicht.

Ich würde sie auch wirklich bitten, diese ganzen polemischen und sonstigen Zwischenrufe, wenn es konstruktive sind, dann bitte gerne, aber immer nur diese Veräppelungen und Verarschungen im Prinzip, ja, ich weiß nicht, die haben herinnen nichts verloren.

Ich würde sie wirklich um eine seriöse Diskussion bitten.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Wie gesagt, ein Vertrauensvorschuß, eben auch in Anbetracht dessen, daß selbst, wenn man es hätte wollen, uns nicht so einbinden hätte können. Leider muß ich auch feststellen, daß in den Gesprächen oder Nichtgesprächen, die geführt worden sind, schon bemerkbar war, daß man an prinzipiellen Reformen nicht so großes Interesse hat. Woraus ich jetzt das schließe, ist unter anderem daraus - es ist heute schon einmal auf diese Finanz- und Rechtsausschußsitzung Bezug genommen worden. Und in dieser Finanz- und Rechtsausschußsitzung war es so, daß das auch die Position des LIFs, nämlich auch in der Form, wie ich ihnen diese, in manchen Ohren utopische Forderungen da präsentiert habe. Wir waren die einzige Fraktion, die keine Weihnachtswunschliste erstellt hat, die nicht gesagt hat, wir möchten da ein paar Millionen und da ein paar Millionen, sondern einfach wirklich Reformen in diesem Budget. Daß diese Reformen für '98 nicht mehr möglich waren, nachdem der Entwurf vorhanden war, ist auch völlig klar, und das ist auch der Grund für eine zentrale Forderung für die Zukunft, daß es wirklich diese Arbeitsgruppe ab Beginn des nächsten Jahres bereits für den Voranschlag 1999 gibt. Weil es kann nicht sein, daß ein fix und fertiger Voranschlag vorliegt und dann erst die Zielvorstellungen der Politik einfließen. Die Beamtenschaft hat das Budget zu erstellen, und das hat sie sicherlich auch in dem Auftrag, den sie bekommen hat, gut gemacht. Darüber gibt es keine Zweifel. Nur wir können doch nicht das Pferd von hinten aufzäumen und zuerst einen Voranschlag, ohne Verhandlungen und ohne vorherige Zielformulierungen entwerfen, und dann im nachhinein sagen: „So, was wären eigentlich die Ziele?“ Dann kann man nur mehr, und das ist passiert, Abänderungsanträge machen, wo man einige Promille oder einige Prozent an einem Budget ändert, aber nicht Gesamtreformen - immerhin geht es um eine Größenordnung von 1,2 Mrd. S. Da merkt man dann nichts mehr davon oder sehr wenig von diesen Reformdiskussionen.

Genauso kämen wir niemals auf die Idee, wenn es heute ein Bauvorhaben gibt, daß wir zuerst ein Bauwerk errichten und dann, wenn es fertiggestellt ist, den Gestaltungsbeirat fragen: „Ist das auch in der richtigen Form passiert?“ Das ist jedem klar, daß das ein Nonsens ist. Beim Voranschlag ist das scheinbar akzeptierte Praxis. Da würde ich mir wirklich wünschen, daß sich das in Zukunft ändert und daß es eine gemeinsame Arbeit zum Budget gibt - bereits ab Beginn des nächsten Jahres, weil, wie gesagt, 1,2 Mrd. S, das ist eine sehr, sehr große Summe. Für viele von uns wahrscheinlich überhaupt gar nicht greifbar und vorstellbar. Um es auf eine etwas einfachere oder begrifflichere Ebene zu holen, müßte der gesamte Steyrer Gemeinderat 350 Jahre mit dieser Gemeinderatsentschädigung, die er bezieht, tätig sein, um zu dieser Summe zu gelangen. 350 Jahre, um zu einem Jahresbudget zu kommen.

Unverständliche Wortmeldungen.

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Und ich finde, mit derart hohen Summen ist es unsere Verpflichtung, sorgsam damit umzugehen ...

GEMEINDERAT

KURT APFELTHALER:

Ich weiß nicht, wer da wen veräppelt.

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Wenn es für sie Veräppelung ist, daß man vorhat, sorgsam mit Steuergeldern umzugehen, mit der Zukunft der Stadt, mit den Wünschen der Steyrer Bevölkerung, dann bitte, gestatten sie mir das Recht, sie zu veräppeln. Wenn es das für sie ist, dann kann ich nichts machen. Für mich ist es das nicht. Für mich ist es wirklich ein Umgehen mit Verantwortung und nicht ho ruck-Entscheidungen zu treffen, sondern gemeinsam und konstruktiv von Anfang an mitzuarbeiten. Ich finde, das sollte hier herinnen eine Selbstverständlichkeit sein.

Noch etwas, sie werden von mir keine Rundumschläge hören. Sie werden auch von mir nicht hören, die SPÖ oder die ÖVP oder die Grünen oder die Freiheitlichen, sondern ich glaube, daß es Strukturen gibt, die aufbrechen, daß man nicht mehr verallgemeinern kann. Es ist ja auch nicht so, daß es innerhalb einer Fraktion immer 100%ige Zustimmung gibt, so wie auch dann das Abstimmungsverhältnis aussieht.

Und ich glaube, es ist wichtig, auch hier wieder einmal darauf hinzuweisen, auf die Ausübung des freien Mandates, eine Gewissensentscheidung zu treffen. Sie alle haben hier ein Gelöbniß abgelegt. Sie alle haben sich zu einer Eigenverantwortung bekannt. Und sie alle sind mehr als die Partei selbst.

Ich würde mir wünschen, daß es diese Vielfalt in der Abstimmung auch gibt und daß die Ausübung dieses freien Mandats auch tatsächlich realisiert wird. Weil die verkrusteten politischen Landschaften müssen endgültig aufbrechen. Und wir können nicht länger, aus der Vergangenheit kommend, in den Kategorien der Vergangenheit denkend, den Weg in die Zukunft durch ein Zurückgehen in die scheinbar gute alte Zeit gehen. Das wäre schlichtweg eine Bedrohung für die Stadt.

Ich möchte, wie gesagt, nicht verallgemeinern, aber nur haben wir demnächst die Abstimmung über diesen Voranschlag in Form des Abänderungsantrages und dann eben auch die Abstimmung über den Abänderungsantrag der FPÖ.

Wie gesagt, ich habe mir die Entscheidung nicht leicht gemacht. Was mich schon sehr bedenklich gestimmt hat, das waren die Aussagen, nämlich der wirklich wesentliche Punkt für mich war, dieser Rückblick in frühere Budgetsitzungen und dieser Rückblick in die Entwicklung: wie ist es weitergegangen?

Dieser hohe Personalkostenanteil, den auch das LIF bei der Analyse festgestellt hat, ja, der wurde von Finanzreferenten Mag. Helmut Zagler bereits beim Voranschlag '92 bekundet. Es muß etwas geschehen, bevor etwas geschieht.

Im Voranschlag '93 hat der Finanzreferent Zagler gemeint, wir müssen wachsam sein und sehr aufpassen, daß uns in Kürze nicht etwas ereilt, was schon droht: die Absiedlung von Betrieben. Nun, das ist leider auch eingetroffen.

Es gibt eine Fülle von Budgetproblemen, die in einem hohen Maße fremd und auch in einem deutlichen Maße hausgemacht sind.

Die Budgets '92, '93 und '94 waren immer dadurch gekennzeichnet, nur dann ein Budget zustimmend genehmigt zu bekommen, wenn die mitstimmenden Fraktionen sehr viele ihrer zusätzlichen Forderungen durchsetzen konnten. Daß dies natürlich auch bei der größten Fraktion im Gemeinderat nicht spurlos vorübergegangen ist, sei ebenfalls erwähnt. Das heißt, wenn es dort mehr gab, gab es auch da mehr. Das sage nicht ich, das sagt Mag. Helmut Zagler, Finanzreferent der SPÖ, zum Voranschlag 1995.

Man konnte als unbeteiligter Zuhörer vielleicht den Eindruck gewinnen, aufgrund der Aussagen der Fraktionen, die diesem Abänderungsantrag beigetreten sind, so in die Richtung hin: „Es ist zwar nicht ein spektakuläres Budget, es ist zwar nicht besonders toll, es sind zwar nicht alle Wünsche zu erfüllen, es fehlen zwar noch eine Reihe von Reformen - das wurde auch von der ÖVP angesprochen -, aber irgendwie hatte man den Eindruck, früher war es halt schlechter und jetzt kommt der neue Weg, die Aufbruchsstimmung. Wenn ich mir so die letzten Jahre ansehe, war der Weg genau der gleiche, und es hat sich nicht sehr viel geändert.

Das heißt, ich würde mir wünschen, daß dieser Optimismus, der zum Teil da durchgeklungen ist, auch wirklich dann in einem Jahr oder in 2 oder in 3 oder in weiteren Jahren auch noch vorhanden ist.

Was mich auch bedenklich gestimmt hat, ist; ich habe mir dann im Laufe der Zeit das Abstimmungsverhalten anderer Parteien angesehen. Und z.B. die ÖVP, man kann gerade dem StR. Holub a.D. nicht vorwerfen, daß er polemisch wäre, ...

Gelächter

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Immerhin trag ich zu ihrer Erheiterung bei. Das ist ja auch schon erfreulich.

Aber ich würde mir wünschen, daß es den Mitgliedern der GR-Fraktion der ÖVP nicht auch so gegangen ist, wie StR. Holub damals zum Voranschlag 96 zitiert hat: Bedauernd auf die Tragfähigkeit von Zusagen und

Änderungsbereitschaftserklärungen im Dezember 1995, haben wir - Holub und Schloßgangl - die ÖVP-Fraktion überredet, dem Budget 1995 zuzustimmen. Es war tatsächlich ein Überreden. Wir haben uns unserer Fraktion gegenüber verbürgt, daß die Sozialdemokraten tragfähige Änderungen tatsächlich herbeiführen wollen. Kaum in Besitz unserer Zustimmung ist ein Rückfall in den alten Trott, in die guten alten Steyrer Bräuche gekommen, der ganz bemerkenswert war.

Nun, es bringt uns wahrscheinlich nicht sehr viel weiter, den Blick dauernd zurückzulegen. Aber es ist notwendig, diese Zusammenhänge auch zu verfolgen und zu schauen, wo die Entwicklung hingeht. Eben nicht den Voranschlag '98 isoliert zu betrachten, sondern zu sehen, wie war die Entwicklung in der letzten Gemeinderatsperiode. Und da gab es auch Phasen, wo die Grüne-Fraktion dagegen gestimmt hat, da gab es Phasen, wo die ÖVP dagegen gestimmt hat, da gab es Phasen, wo die FPÖ dagegen gestimmt hat.

Es ist schon klar, es entsteht hier auch ein gewisser Gruppenzwang, eine gewisse Gruppendynamik. Natürlich ist es sehr viel schöner, aus einem Harmoniebedürfnis heraus dem Budget die Zustimmung zu geben, um nicht irgendwo abseits zu stehen, wie man es in der Presse lesen konnte. Nur - Harmoniebedürfnis ist das eine, aber Demokratie lebt auch von kontroversiellen Standpunkten und wird auch durch sie belebt. Und was es nie sein sollte, bei einer Abstimmung, nur aus einem Harmoniebedürfnis heraus die Zustimmung zu geben. Das kann nicht sein.

Ein bißchen näher möchte ich auf die Abänderungsanträge, die jetzt vorliegen, eingehen. Da gibt es einmal einen Abänderungsantrag der ÖVP-, SPÖ- und GAL-Fraktion, der dazu führt, daß im o.H. 6,8 Mio. S mehr vorgesehen sind und im ao.H. 8,6 Mio. S mehr. Das bestätigt auch die Entwicklung, die es früher schon gab.

Der Voranschlag '92 ist beispielsweise durch einen Abänderungsantrag zustande gekommen, der ebenfalls durch Mehrausgaben, damals in der Höhe von 1 Mio. S im o.H. und 5 Mio. S im ao.H., zustande kam. Der Voranschlag '93 ebenfalls durch einen Abänderungsantrag in der Höhe von 1 Mio. S im o.H. und 2 Mio. S im ao. H. Auch der Voranschlag '96 ist durch einen Abänderungsantrag um 1 Mio. S im ao.H. erhöht worden. Nun haben wir es mit einer Erhöhung von 6,8 Mio. S im o.H. und 8,6 Mio. S im ao.H. zu tun. Und das bestätigt auch wieder die Aussage vom damaligen Finanzreferenten Zagler, daß Zustimmung zu Budgets meist teuer kommt.

Was mich besonders bei diesem Abänderungsantrag verwundert, ist das Faktum, daß eine Fraktion, die sich auch zum Sparen bekennt, die von Einsparungen spricht, einen Abänderungsantrag einbringt, der wiederum zu einer Erhöhung der Ausgabenseite führt, wobei die Einnahmen durch Rücklagen, Entnahmen und durch Schuldenaufnahme entstehen.

Entweder bin ich zu dumm, daß ich es kapiere oder es gibt einfach gewisse Zusagen, Deals, wie auch immer. Ich finde das schade.

Genauso bin ich über diesen Abänderungsantrag der F-Fraktion sehr irritiert, weil dort auch der Weg genau in diese Richtung gehen würde, daß man sich zwar auf der einen Seite zum Sparen bekennt, aber einem Budget die Zustimmung geben würde, das wiederum Mehrausgaben mit sich bringt und wo noch dazu dann dort steht, bei der Höhe; man muß diesem Abänderungsantrag der drei Fraktionen immerhin zugute halten, daß sie ihn auch wirklich in der finanziellen Höhe beziffert haben, weil mir ist es wirklich zu wenig, daß dann steht, ausreichende Mittel, das ist mir genauso zu wenig, wie es mir auch nicht reicht, wenn ich heute im Investitionsplan der Stadtwerke, wo man ein Fragezeichen findet. Das irritiert mich dann genauso. Genauso irritiert mich ein Abänderungsantrag, der in diese Richtung der Erhöhung geht.

Das heißt, wenn man sich zum Sparen bekennt, wenn man sich zu Reformen bekennt, dann kann man nicht einem Abänderungsantrag die Zustimmung geben, der im Prinzip wiederum nur darauf hinausläuft, daß die Schulden mehr werden, die Rücklagen weniger werden - egal aus welchen edlen Motiven heraus.

Es kommt ja vor allem noch etwas dazu. Es klingt ja so schön, Herr Kupfer, wenn es dann heißt: Na ja, wir haben jetzt ein paar ökologische Sachen noch durchgebracht oder wir haben ein paar Sachen im Sozialbereich durchgebracht. Das ist ja sehr schön und sehr begrüßenswert. Und sie müssen auch dazusagen, und das wird hier herinnen leider verschwiegen, daß in der Budgeterstellung auch eine gewisse Kreativität Platz greift. Und die führt z.B. auch dazu, daß einfach Vorhaben, die ohnedies hineingekommen wären, im Voranschlag einmal noch nicht aufscheinen, um einfach dann noch Zugeständnismöglichkeiten zu haben, um andere Fraktionen zu gewinnen, dem Budget doch zuzustimmen. Das halte ich einfach für wirklich verwerflich und für sehr bedenklich. Das ist eine falsch verstandene Kreativität.

Wie gesagt, es ist jetzt die Frage, wie stimmt man in diesem Fall ab. Aus finanzwirtschaftlicher Sicht heraus, aus Betrachtung der politischen Entwicklung der letzten 6 Jahre heraus, aus einer wirklichen Bilanzziehung dessen, was spricht dafür, was spricht dagegen? Weil die Welt ist nun einmal nicht schwarzweiß, daß man sagen kann, zu 100 % ist das toll oder zu 100 % ist das schlecht. Genauso wie eine Rede nicht zu 100 % toll sein wird und nicht zu 100 % schlecht. Das Leben ist nun einmal nicht schwarzweiß. Und weil es nicht so ist, haben wir uns die Mühe gemacht, genau zu analysieren, genau nachzufragen.

Es wäre natürlich einfach gewesen zu sagen: Na ja, wir sind neu im Gemeinderat, stimmen wir halt einfach einmal zu,

schauen wir uns das Ganze gar nicht an. Das haben wir nicht gemacht. Es war sehr mühsam. Es war sehr aufwendig. Es war sehr intensiv. Es war aber auch sehr lehrreich.

Wir hätten es uns natürlich auch einfach machen können zu sagen, wir erheben irgendwelche Forderungen, ein paar Millionen da, ein paar Millionen dort. Auch wenn diese Forderungen gerechtfertigt sind - und wir haben sie, Herr Bürgermeister -, es ist nicht so, wie sie in der Finanzausschußsitzung gemeint haben: Na ja, es ehrt zwar das LIF keine Weihnachtswunschliste zu haben, aber das ist wahrscheinlich deshalb, weil sie noch nicht wissen, was sie wollen, weil sie neu sind.

So ist es nicht, ich weiß genau, was ich will. Ich möchte z.B. mehr Ausgaben, die dahin laufen, daß es wirklich eine Branchenänderung gibt, daß auch wirklich mehr im Bereich der Wirtschaft passiert. Daß mehr passiert im Bereich des Tourismus. Ich habe genau meine Vorstellungen. Nur - ich halte es für den falschen Ansatzpunkt.

Wenn man Reformen will, dann muß man Reformen andenken, dann kann man nicht bei einem Budget von 1,2 Mrd. S sagen, wegen 1 Mio. S, wegen 2 Mio. S da und dort stimmte ich zu. Weil dann machen wir kosmetische Korrekturen. Dann kratzen wir nur ein bißchen an der Oberfläche.

Worum es dem LIF geht, ist eine Gesamtreform, eine wirkliche Strukturreform, was das Budget anbelangt, was die Verwaltung anbelangt, was die Planung in dieser Stadt anbelangt. Nur, das sind einfach Grundsatzdinge und die sind eigenartigerweise in dem Fotoprotokoll, das aus dem Finanzausschuß hinausgegangen ist, nicht einmal inkludiert gewesen.

Und ich habe auch irgendwo den Eindruck gehabt, aufgrund dessen, daß wir nicht diese quantifizierbaren Forderungen, nämlich jetzt für diese Mehrausgaben für 98 getroffen haben, man irgendwo gemerkt hat, na ja, sehr große Möglichkeiten haben wir da ja nicht, daß das LIF dann zustimmen wird. Aber wie gesagt, vielleicht täusche ich mich auch, und es würde mich freuen, daß dieser Eindruck, den ich gewonnen habe, daß man eigentlich nicht wirklich reformen will und daß man nicht wirklich verhandeln will, ein falscher ist.

Noch etwas zurück zu diesem Abänderungsantrag. Ich möchte ihn nicht noch einmal im Detail durchgehen. Nur ein Punkt erscheint mir schon besonders wesentlich. Er ist heute auch schon ein paarmal zitiert worden. Das ist die Sache mit der Lehrlingsförderung. Wir haben in Steyr eine Lehrlingsproblematik. Wir haben ungefähr 250 Jugendliche, die eine Lehrstelle suchen. Wir haben ungefähr ein Angebot, variierend von 20 Stellen. Das heißt, das ist ein Problem. Doch dieses Problem, wird man durch Förderungen allein nicht lösen. Daß wir es nicht durch Förderungen lösen können, zeigt ja der Ablauf des letzten Jahres. Es gäbe eine Reihe von Förderungen im Arbeitsmarktservice-Bereich, die so weit gingen, daß es zum Beispiel eine Förderung gab und gibt, wo jemand, der einen Lehrling einstellt, der über 19 Jahre ist, S 10.000,- im Monat bekommt. Es hat aber nicht dazu geführt, daß sich die Lehrstellensituation wirklich verbessert hat. Ganz im Gegenteil. Es gibt nach wie vor viele Jugendliche, die keine Lehrstelle finden. Das heißt, wir müssen woanders ansetzen, wenn Fördermaßnahmen nicht greifen. Und sie haben nicht gegriffen. Wir müssen uns andere Wege überlegen. Ein Weg wäre z.B., das ist schon klar, da ist die Bundesebene gefragt, eine Reform der Lehrlingsausbildung, eine Reform der Berufsschulen, die Schaffung neuer Berufsbilder, aber auch das können sie über ihre Fraktionen auf Landes-, auf Bundesebene mit beeinflussen. Darum würde ich sie auch bitten.

Gerade das LIF hat auf Bundesebene hier schon sehr konkrete Vorstellungen ausgearbeitet und ist da sicher immer gesprächsbereit. Und ich glaube, wie gesagt, daß es ein Weg in die falsche Richtung ist, in den Förderungsbereich bei Lehrlingen zu gehen, weil sie können sich anschauen, es gibt immer wieder Untersuchungen der Wirtschaftskammer, wo Unternehmer gefragt werden: Was hindert sie daran, einen Lehrling einzustellen? Und dann kommt nicht immer sofort die finanzielle Angelegenheit, sondern da geht es zum Teil um Schutzbestimmungen, die nicht mehr adäquat sind, die sich nämlich nicht mehr dahingehend richten, daß sie den Lehrling schützen, sondern daß sie ihn eher davor schützen, eine Lehrstelle überhaupt zu bekommen. Da geht es eben um die neuen Berufsbilder. Da geht es auch um die Senkung der Kosten. Weil es ist nicht einzusehen, warum z.B. die Unternehmer die Ausgaben für die Berufsschule mitfinanzieren sollen. Da geht es um strukturelle Reformen. Aber Förderungen alleine werden da nichts bewirken. Ich glaube, das ist ein Signal in eine Richtung, die ich nicht für sinnvoll erachte.

Wie gesagt, wir werden einem Abänderungsantrag der Freiheitlichen-Partei, der in die Richtung geht, noch mehr Ausgaben zu machen, die keine große Bedeckung aufweisen und wie gesagt, ausreichende Mittel nur zitieren, sicherlich nicht die Zustimmung geben.

Ich hätte mir vorstellen können, dem ursprünglichen Voranschlag für '98 die Zustimmung zu erteilen, obwohl aufgrund der finanzwissenschaftlichen Analyse es diese Zustimmung nicht geben darf. Aber einfach aufgrund dessen, einen gewissen Vertrauensvorschuß zu geben und weil es auch Punkte in diesem Budget gibt, die man sicherlich befürworten kann.

Mit einem Abänderungsantrag, der in eine Richtung geht, noch mehr Schulden, noch weniger Rücklagen, der kosmetische Korrekturen macht und der evtl. vorschlägt, und das war die Fraktion der Grünen, daß man eben zusätzliche Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung hernimmt und damit Budgetlöcher stopft, den halte ich nicht

für gut. Wenn schon, dann muß es so sein, daß zusätzliche Einnahmen aus der Parkraumbewirtschaftung in die Attraktivierung des öffentl. Verkehrs fließen. Das halte ich für sehr zentral. Das darf nicht zum Löcherstopfen verwendet werden.

Wie gesagt, mit diesen beiden Abänderungsanträgen habe ich wirklich Probleme.

Man müßte gegen beide Anträge stimmen.

Es gibt nur einen einzigen Punkt, der mich davon abhält, dem Abänderungsantrag der 3 Fraktionen die Gegenstimme zu bieten. Der einzige Grund ist, daß ich ein optimistisch denkender Mensch bin und daß ich mich für konstruktive Zusammenarbeit einsetze und daß das nicht ein Lippenbekenntnis ist, sondern daß mir das sehr, sehr viel wert ist. Und aus diesem Grund werde ich keine absolute Ablehnung vornehmen. Nein! Wie gesagt, die Welt ist nicht schwarz und sie ist nicht weiß.

Ich habe mich wirklich bemüht, dieses Problem meiner Ansicht nach salomonisch zu lösen. Das ist schwierig. Aber wie gesagt, sehen sie es als einen gewissen Vertrauensvorschuß in die Zukunft, wenn ich mich hierbei beim ersten Antrag der Stimme enthalte. Ich tue das nicht, weil ich es nicht beurteilen kann, ich tue es auch nicht, weil ich mich zuwenig mit der Materie beschäftigt hätte. Ich tue es einfach und alleine aus diesem einen Grund, daß das LIF erst seit 30. Oktober im Gemeinderat ist. Selbst wenn ich es hätte wollen, und ich glaube schon, auch wenn mit den Fraktionen vorher keine Gespräche im Sommer geführt worden sind, daß es auch eine gewisse Bringschuld gibt. Ich hätte mich sicherlich dafür eingesetzt, wenn schon nicht von der Mehrheitsfraktion die Bitte kommt, Vorschläge zu bringen, dann hätte ich sie von mir aus eingebracht.

Aber diese Möglichkeit, wie gesagt, hatte ich nicht.

Der einzige Grund, sich hierbei der Stimme zu enthalten, ist nicht, weil es nicht möglich ist, die Sachlage zu beurteilen - das habe ich getan und da käme ich zu einer Gegenstimme, sondern ich möchte, daß sie es als einen gewissen Vertrauensvorschuß sehen. Ich würde mir wünschen, daß, nicht, wie es in früheren Jahren bei der grünen Partei und bei der ÖVP oder schwarzen Partei es einmal geheißen hat, es mir nicht dann in einem Jahr genauso geht, daß ich sage, eigentlich war es nicht wert, da auch nur ein bißchen an Vertrauensvorschuß zu geben.

Und in diesem Sinne eine Stimmenthaltung des LIFs zu dem Abänderungsantrag der 3 Fraktionen, den ich wie gesagt inhaltlich nicht befürworten kann und der für mich ein falsches Signal ist, aber aus den genannten Gründen die Enthaltung, aber eine klare Gegenstimme zu dem freiheitlichen Abänderungsantrag, weil dabei wiederum, wie gesagt, es mir zuwenig ist, wenn er nicht konkret ausgelegt ist.

Das wäre es, und damit wünsche ich ihnen ein frohes Weihnachtsfest, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebes Präsidium, liebe Beamtenschaft, und es würde mich freuen, wenn ein Teil der Reformen, die wir uns eigentlich inhaltlich, glaube ich, alle gemeinsam wünschen, in den nächsten Jahren Verwirklichung findet. An dem LIF soll es nicht scheitern.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Nächster zu Wort gemeldet ist Herr GR Payrleithner. Ich erteile es ihm. Er hat versprochen, daß er kurz redet.

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates! Ich wollte die bereits sehr lange andauernde Sitzung jetzt nicht mehr verlängern. Die Rundumschläge unserer lieben Frau Kollegin Mag. Frech veranlassen mich aber doch, ein paar Dinge hier klarzustellen, nachdem sie ja auch die freiheitliche Gemeinderatsfraktion nicht verschont hat.

Gelächter

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Nur zu dem Abänderungsantrag ...

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Unsere Abänderungsanträge waren natürlich sehr wohl so gemeint und wenn sie unsere Politik der letzten 6 Jahre verfolgt haben, würden sie das auch verstehen, daß wir selbstverständlich, und die Möglichkeit im Finanz- und Rechtsausschuß besteht ja auch später noch, diese Forderungen von uns durch Einsparungen bedecken.

Aber eines muß ich ihnen jetzt schon sagen. Wenn sie sich hier ...

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Dann schreiben sie das in ihren Antrag!

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

Wenn sie sich hier heraußen als große, strenge Lehrmeisterin dieses Gemeinderates produzieren wollen, dann muß ich ihnen einmal entgegenhalten, es war diese Wahl kaum geschlagen, ist die Frau Mag. Frech hier im Rathaus aufgetaucht und hat verlangt: ein eigenes Büro mit Infrastruktur, wahrscheinlich noch mit Sekretärin und was weiß ich noch alles. Ich habe hier gelesen: Wegen dem LIF muß das Budget um S 270.000,-- aufgestockt werden. Bei der Gehaltspyramide waren sie die einzige, wenn ich das richtig verstanden habe, die sofort den Medien gegenüber erklärt hat, daß sie sich die Erhöhungen von S 25.000,-- auf S 65.000,-- bei Stadträten vorstellen können usw. ...

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Ich war die, die gesagt hat,

GEMEINDERAT

HANS PAYRLEITHNER:

... und dann stellen sie sich da heraus und sind der große Sparmeister der Nation. Das ist lächerlich! Das ist lächerlich!

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich glaube der Ton, ist da etwas unangebracht. Darum werden wir jetzt 10 Minuten lüften.

Gelächter

PAUSE VON 17.00 UHR BIS 17.15 UHR.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich ersuche nun unseren Finanzreferenten, den Herrn Bürgermeister, um sein Schlußwort.

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Ich möchte nur ganz kurz ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ausnahmsweise.

GEMEINDERÄTIN

MAG. MICHAELA FRECH:

Ich stehe nicht an, mich bei Herrn Payrleithner und auch beim Gemeinderat für diese Wortmeldung aus der Reihe, die mir eigentlich nicht zugestanden wäre, während eben ein anderer spricht, dafür zu entschuldigen. Es tut mir leid. Es soll genau das nicht sein, was die politische Kultur des LIFs ausmacht. Ich bitte nur zu berücksichtigen, daß leider auch mitunter der Punkt passiert, wo man nicht mehr unbedingt sachlich und nüchtern überlegt und auch seine Emotionen durchgehen läßt. Ich bedaure das, und ich bitte sie, das anzunehmen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Danke vielmals, ihre Entschuldigung wird angenommen. Wir bringen dafür Verständnis auf. Nun würde ich den Herrn Bürgermeister ersuchen.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Zunächst möchte ich anmerken, daß ich versuchen werde, die Redezeit der Frau Kollegin Frech zu unterschreiten. Das heißt, ich darf nicht länger als max. 20 Minuten reden. Ich werde versuchen, es kürzer zu machen.

Weil Frau Frech sehr eindrucksvoll ihre tiefenpsychologische Analyse angestellt hat, um ihr Stimmverhalten zu begründen; ich verstehe das schon, wenn man frisch in ein Gremium kommt und ein Wulst von nebeneinander herlaufenden Problemen, fürchterlich viel Papier und Zahlen auf einen zukommen - es ist nicht einfach. Viele Informationen kann man nur - auch bei höchster Qualifikation - im Laufe der Zeit aufnehmen.

Sie haben eines gesagt, unser Zustandekommen des Budgets ist so ähnlich, wie wenn man zuerst ein Haus bauen würde und erst später dem Gestaltungsbeirat vorführt. Das ist nicht zutreffend, Frau Kollegen Frech. Wir haben die Häuser natürlich schon. In Wahrheit ist es so, daß die Stadt über 1000 Jahre alt ist. Und ganze Generationen von Vorgängern - von Stadtvätern und Stadtmüttern - haben sich bemüht, diese Stadt mit den Bürgern zu dem zu machen, wie sie eben aussieht. Es sind viele, viele Einrichtungen geschaffen worden, mit denen die Bürgerinnen und Bürger im Prinzip zufrieden sind. Was nicht heißt, daß nicht immer wieder ein Anpassungsbedarf besteht, und natürlich wird man sich darum bemühen müssen. Aber alles gleichzeitig zu reformieren, das würde ich für keinen gangbaren Weg erachten. Ich habe schon oft davon gehört, daß sich Betriebe und Unternehmungen zu Tode organisiert haben.

Sie werden feststellen, wenn sie hier bemüht sind, den Ausschußsitzungen und den Gemeinderatssitzungen zu folgen und wenn sie den Kontakt mit dem Bürger pflegen, daß man da ganz schön beschäftigt sein wird. Sie haben das ohnehin schon angeführt. Es war ja einer ihrer Wünsche, sich auch in Ausschüssen vertreten zu lassen, das ist leider nach dem Statut bei uns noch nicht möglich. Aber die Wahl hat eben entschieden, wie viele Mandate die jeweilige Fraktion bekommt.

Wie gesagt, es tut mir leid, daß sie diesem Budget nicht zustimmen wollen, zumindest nicht in der Fassung der Abänderungsanträge, die aber eigentlich diesen Budgetentwurf erst mehrheitsfähig macht. Sie sind natürlich als 1-Mandat-Fraktion in der komfortablen Lage, daß deswegen das Budget wahrscheinlich, wie ich hoffe, trotzdem beschlossen wird. Würden sehr viele in diesem Kreis das so machen, würde es kein Budget geben. Gäbe es kein Budget, würden die Leute erst munter werden und sehen, was sich alles ereignen würde, was heute in unserer Stadt eine Selbstverständlichkeit ist. Wir haben auch über diese Themen auch schon oft genug diskutiert.

Es ist hier von Herrn Dr. Pfeil angesprochen worden, sich zum Abänderungsantrag der Freiheitlichen zu äußern. Es ist heute auch schon von ihnen gesagt worden, Frau Kollegin Frech, ich unterstreiche das, daß hier die Frage der Bedeckung nicht angeführt wurde, daß nicht einmal präzisiert wurde, jedenfalls in 2 Punkten, welche Summen denn eigentlich zur Abstimmung kommen sollten. Ausreichende Mittel für die 2. Sanierungsetappe Hallenbad - Sanierung Sauna.

Wir wissen, daß das Planungsbüro Kosten von 36 Mio. S genannt hat. Es würde also bedeuten, daß wir alleine aus diesem Titel, wenn wir diese Summe als gegeben annehmen würden, um 12 Mio. S aufstocken müßten. Wir haben im Vorfeld dieser ganzen Entwicklung schon festgestellt, daß wir diese 2. Etappe in diesem Umfang nicht durchführen können, und daher mit einer Etappe, die 14 Mio. S ausmacht und die im Budget so stehen, eben das Auslangen in diesem zukünftigen Jahr finden müssen und daß hier auch noch nach Betrachtung durch die Bäderbauexperten des Landes über die Ausweitung der Förderungsmittel des Landes verhandelt werden muß, ich glaube, daß das die verantwortungsvolle Vorgangsweise ist.

Die Fortführung des Schloßleitenweges bis zur Wohnanlage Fabriksinsel ist ein sehr begrüßenswertes und unterstützenswertes Projekt, das mind. 15 Jahre alt ist - von der gedanklichen Überlegung her. Das Projekt ist daran gescheitert, daß sich die Grundeigentümer am Ufer nicht dazu entschließen konnten, diese Grundstücke zur Verfügung zu stellen. Nicht daß wir uns davon verabschieden wollen, sondern ich glaube, wir sollten diese fußläufige Verbindung zu einem Zeitpunkt herstellen, wo wir uns das leisten können und wo das auch durchführbar ist. Meiner Meinung wird das nur möglich sein, wenn man diesen Weg in einer Art Brückenform in das Wasser stellt. Das bedeutet aber, daß es sich doch um ein langes Brückenbauwerk vom jetzigen Museumssteg bis zur Fabriksinsel handeln wird. Die Größenordnung dieser Mittel kann meiner Meinung nach, überhaupt zum gegenwärtigen Zeitpunkt, nicht definiert werden, und daher ist das heute nicht abstimmungsreif.

Ein Punkt, der mir auch noch kritikwürdig erscheint, das sind diese Strukturveränderungsmaßnahmenpakete im Stadtbad. Das habe ich schon gerne, so komplizierte Überschriften zu verfassen: Strukturveränderungsmaßnahmenpakete.

Ich muß euch ganz ehrlich sagen, wir sind mühelos in der Lage, mit irgendwelchen Expertisen, die wir beauftragen, Studien, Konzepten und ich weiß nicht was alles, dieses wenige Geld, das uns zur Verfügung steht, alleine in der zweidimensionalen Form sozusagen zu verbrauchen. Nämlich mit Plänen und mit irgendwelchen Konzepten usw. Meiner Meinung nach sind wir in die Verantwortung gerufen, um selber zu entscheiden, was dort zu geschehen hat. Wir wissen ganz genau, daß dort in diesem Bereich mehr Liegeflächen benötigt werden. Und wir wissen auch, daß wir weniger Kabinen benötigen. Wenn wir das wissen, wäre eigentlich eine kostengünstige Beseitigung zweier solcher Kabinenpavillons die nächste Aufgabe. Das könnte eigentlich in der toten Saison geschehen. Das wäre ein Schritt in die richtige Richtung. Da würde auch der Winter dann dazu führen, daß sich der Humus absetzen und man im Frühjahr Grassamen säen kann. Das wäre dann zumindest eben eine Erweiterung dieser Flächen. Meiner Meinung ist es auch wichtig, die unansehnlichen Kabinengebäude und die Bauten überhaupt einmal zu renovieren. Das könnte und müßte

eigentlich auch mit Instandhaltungsmitteln passieren, lieber Roman. Und wie du weißt, zahlen ja wir als Stadt alle Jahre eben den Abgang. Wir beschließen alle Jahre eine Abgangsdeckung im Stadtbad.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Das stimmt nicht! Das sind 2,4 Mio. S, Herr Bürgermeister, das habe ich gesagt ...

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Ja du redest immer von so großen Projekten. Ich habe dir einmal im Stadtsenat vorgeschlagen, du hast es leider nicht weiter überprüft, daß es doch ganz nett wäre, wenn man diese Einrichtung VABB damit beauftragen würde, diese Fassadenreparaturen durchzuführen. Dann hätten die Arbeitslosen eine Beschäftigung. Wir hätten zu günstigen Preisen eine Renovierung und könnten im Rahmen eines Kulturprojektes die Sprayer dazu einladen, dort ein buntes Bild anhand von Entwürfen, die eine Jury beurteilen kann, herzustellen. Ich habe dir das schon einmal vorgeschlagen. Da wären viele damit beschäftigt. Das wäre ein kostengünstiges, modernes Outfit für das Bad. Dann muß das nicht immer gleich 2,4 Mio. S oder 5,0 Mio. S kosten, weil der Tauchergarten undicht ist. Ich möchte also schon bitten, daß wir uns diese Dinge konkret ansehen.

Insgesamt, wenn ich nur die Beträge hernehme, die sie in diesen Antrag geschrieben haben, komme ich auf 11 Mio. S. Wenn wir diese ausreichenden Mittel für das Hallenbad und für den Schloßleitenweg annehmen, dann sind das zusammen noch einmal mind. 20 Mio. S. Ihr habt dann mit diesem Antrag eine Forderung von ungefähr 30 Mio. S aufgestellt. Locker vom Hocker, und zwar in einer Schnellschußaktion. Das ist zum Unterschied von dem Erweiterungsantrag bzw. Abänderungsantrag, den wir eingebracht haben, der ist ausverhandelt und bedeckt. Und so können wir die andere

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Schulden

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Na wir haben schon hingeschrieben, was wir tun: Darlehen und Auflösung, teilweise von Rücklagen, die wir gebildet haben und noch im Begriff sind zu bilden. Wir haben uns etwas auf die hohe Kante gelegt, um das auch wirklich finanzieren zu können. Das ist der Unterschied. Ihr stellt zusätzlich eine Forderung von 30 Mio. S in den Raum und redet ununterbrochen vom Sparen und von der Vergrößerung der Spielräume.

Von den Spielräumen wird immer geredet. Das war überhaupt das Wort, das am meisten gefallen ist. Ich würde mich auch sehr über die großen Spielräume freuen. Aber Hand aufs Herz, wie das der Holub immer gemacht hat - das kann ich nicht so gut, aber immerhin, ich versuche es ...

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

... Hand aufs Herz, liebe Kolleginnen und Kollegen, hätten wir einen Spielraum und der würde 300 Mio. S betragen, wie lange würden wir wohl brauchen, um diese 300 Mio. S zu verbraten? Ich kann es euch sagen. Keinen halben Tag. Keinen halben Tag! Und wir haben auch schon die Probe aufs Exempel gemacht. Wir haben 2 Tage, unter Moderation eines Stars, eines Profis, über das Sparen, Sparen, Sparen debattiert. Dann haben wir eine halbe Stunde lang, wie man auf gut oö. sagt, die Diskussion laufen lassen und alle haben die Sau herausgelassen und die Wünsche deponiert. In einer halben Stunde waren wir auf 59 Mio. S, wenn ich mich richtig daran erinnere.

Ihr seht also, die Dinge sind nicht so einfach, und daher meine Empfehlung, es kann diesem Abänderungsantrag die Zustimmung schon aus finanziellen Gründen nicht erteilt werden, und ich stehe nicht an zu sagen, daß alle diese Projekte 1. nicht neu sind und 2. eine absolute Übereinstimmung, sogar unter den Fraktionen, vorherrscht, daß alle diese Dinge gemacht werden sollen. Wir müssen das nur im Rahmen unserer Prioritäten in den jeweiligen Budgets unterbringen.

Ich bin überzeugt davon, daß wir alle diese Dinge in den nächsten Jahren auch machen können. Nur im Jahr '98 und in diesem Budget sehe ich sie nicht unterbringbar, wenn wir an den Leitlinien keine wesentliche Neuverschuldung und hier keine Auflösung sowie Reduzierung unserer Rücklagen in einem nicht vertretbaren Ausmaß, wenn wir diese Prämissen, unter denen wir an die Budgetwerdung einstimmig herangegangen sind, wenn wir die weiterhin aufrechterhalten. Das möchte ich sagen.

Zu den Verhandlungen, das muß ich wegen der jungen, neuen Mitglieder des Gemeinderates sagen. Wir haben schon nach allen Spielarten verhandelt. Wir haben miteinander 100 Stunden verhandelt und erst dann ein Budget zustande gebracht. Wir haben es nicht mehr im Dezember zustande gebracht, sondern erst im Jänner. Die Frau Kollegin Frech hat sehr aufmerksam die Protokolle studiert und gesagt, alle verschiedenen Fraktionen haben schon gegen diese Budgets gestimmt oder jedenfalls den Budgets nicht zugestimmt. Wir haben immer zugestimmt. Wir haben uns immer um diese Budgets bemüht, weil wir diese Verantwortung für ein Budget der Stadt auf unseren Schultern gefühlt haben. Und dann, nach den 100 Stunden, war das offenbar auch nicht die richtige Form, haben wir einen Weg gewählt, der zumindest unorthodox ist, und mir ist nicht bekannt, daß in irgendeiner Stadt in Österreich oder in einer anderen Gemeinde, das so praktiziert wurde, haben wir einen Profimoderator engagiert. Der war auch nicht billig. Er hat mit uns tagelang versucht, ein Budget zustande zu bringen. Der Mann war zwar in der Lage, das Budget eines Weltkonzerns wie Philipps mit den Vorständen dieses Unternehmens zustandezubringen. Das war ihm möglich. Aber in Steyr war es ihm nicht möglich, mit uns ein Budget zustande zu bringen. Das muß man auch sehen. Also das waren die letzten 3 Jahre. Und wir haben die letzten 2 Jahre mit einer hauchdünnen Mehrheit, mit Unterstützung der GAL-Fraktion, die eigentlich die Oppositionsrolle inne hat oder damals allein in dem Kreis hatte, weil da hat es sie noch nicht in dem Kreis gegeben. Die haben eigentlich die Verantwortung wahrgenommen. Ich bin auch heute noch dafür dankbar, daß es möglich war, mit Hilfe der GAL Budgets für die Stadt zu beschließen.

Natürlich haben sie Forderungen gestellt, die ihrer politischen Überzeugung entsprochen haben. Und ich erachte das nicht als „Händlerle - Schacherle“ oder als „packeln“, sondern als das legitime Recht einer jeden Fraktion, programmatische Ansätze in den einzelnen Budgets umzusetzen. Das ist aus meiner Sicht korrekt. Sie haben das getan und auch den Bogen dabei nicht überspannt, nämlich den finanziellen Bogen, der immer angespannt ist. So waren die Dinge in der Vergangenheit. Wir sind viele, viele Stunden beisammengesessen, und am Ende hat uns sowohl die F als auch die ÖVP gesagt: „Nein, Danke!“ Und mit diesen Erlebnissen und von diesen Erlebnissen geprägt, haben wir die Erkenntnis gewonnen, daß man halt wieder eher zu althergebrachten Methoden zurückkehren sollte. Nämlich zu den Fraktionen zu sagen, bitte sehr, wie sind denn eure Forderungen, eure Vorstellungen, die ihr in ein Budget einbringen wollt, um ein solches Budget zustande zu bringen, und das haben wir getan. Da waren die Signale von seiten der Österreichischen-Volkspartei und von seiten der GAL deutlich positiver als die von seiten der Freiheitlichen Partei. Das war die Entwicklung.

Ich gebe schon zu, daß die Intensität der Gespräche mit den Freiheitlichen in diesem Jahr eine reduzierte war, was nicht heißt, daß die Gespräche nicht stattgefunden hätten, weil wir natürlich 2 Finanz- und Rechtsausschußsitzungen hatten, bei denen auch die Fraktionsvorsitzenden der GAL und des LIFs dabei waren. Wir haben uns bei der ersten Lesung mit dem Entwurf auseinandergesetzt. Wir haben uns in einer 2. Lesung mit den Vorstellungen der Fraktionen auseinandergesetzt. Und wir haben erkannt und gesehen und dann die Gespräche fortgesetzt. Auch mit der F sind die Gespräche fortgesetzt worden, aber es hat sich gezeigt, daß hier die Chancen zu einer Einigung zu kommen, mit der ÖVP und GAL besser gewesen sind. Man soll auch nicht alles gleich vergessen. Natürlich darf man in einem Wahlkampf nicht empfindlich und zimperlich sein. Und ich bin das auch nicht. Aber ein paar Monate merkt man sich schon verschiedene „Sager“. Wenn ich mich so erinnere, als das so in Serie geschehen ist, dann kommt damit nicht nur der eine oder andere Ausrutscher in einer heftigen Diskussion einmal vor, sondern dann ist das schon eine gewisse Philosophie. Ich erinnere mich doch - und andere auch, die dabei waren und hier herinnen sitzen - an das Dominikanerhaus, was denn die Begründung war, z.B. für unseren Kollegen Dr. Pfeil, ins Rathaus zu gehen. „Um die Sozialdemokraten aus dem Rathaus zu vertreiben“, das war sein Einleitungssatz. Er möchte das Rathaus niederreißen und es an einer anderen Stelle wieder aufstellen, zumindest gedanklich. Das steht ihm zu. Das ist sein demokratisches Recht. Ich billige ihm das natürlich zu, und ich bin auch nicht beleidigt.

Er ist der Meinung, daß der Magistratsdirektor sofort ausgewechselt gehört, wenn Herr Dr. Pfeil z.B. Bürgermeister

geworden wäre. Das ist immerhin der Leiter des inneren Dienstes von diesen 962 Bediensteten. Nach der Wahl, als wir Sozialdemokraten die Meinung vertreten haben und das Kulturreferat wieder selbst verwalten wollten und ich ihm das gesagt habe, hat er mir gesagt, er kündigt, wenn das geschieht, 6 Jahre Wahlkampf an. Das sind die Entwicklungen. Kontinuierlich. In einem Zeitraum von 2 Monaten - oder nicht einmal. Wenn das so ist, dann bin ich ihm nicht böse. Ich akzeptiere sein gutes Recht, diese Meinung in einer demokratischen, pluralistischen Gesellschaft zu vertreten. Aber es wäre unintelligent, nicht einige Vorkehrungen zu treffen, damit das nicht geschieht. Das haben wir in den Verhandlungen über die Geschäftsverteilung im Stadtsenat getan. Das wirkt sich auch auf die Verteilung der Ausschußvorsitzenden aus, und das ist auch Ausfluß auf die Budgetwerdung und auf die Verhandlungen, die wir zu diesem Thema geführt haben.

Ich wollte das nur für manche erklären, die die Vorgeschichte nicht so kennen können. Aber es ist meine persönliche und ehrliche Überzeugung, und das sollte bei dieser Gelegenheit doch auch einmal gesagt werden.

Es ist heute viel Richtiges gesagt worden und vieles, das meiste davon, ist eigentlich zu unterstreichen. Mit Ausnahme des Kollegen Payrleithner, glaube ich mich richtig zu erinnern, der der Meinung war, daß vielleicht der eine oder andere Jugend- und Kulturverein etwas zu großzügig gefördert wird, hat eigentlich kein Redner am Rednerpult die Meinung vertreten, daß irgend etwas nicht in diesem Budget stehen sollte.

Es sind hier zusätzliche Wünsche vorgetragen worden, und auch das ist verständlich, weil ja jeder Gemeinderat für sein Viertel, für seine Interessengruppe aus seiner Meinung heraus Prioritäten setzt und die Generaldebatte zum Budget ja wirklich die einzige Gelegenheit ist, das auch zu sagen und es vorzubringen. Daher ist auch das in Ordnung.

Für mich ist die Diskussion im großen und ganzen, im Vergleich zu früheren solchen Debatten, recht moderat und verhältnismäßig kultiviert abgelaufen.

Ich freue mich darüber, daß sich abzeichnet, daß die Stadt Steyr wahrscheinlich ein gutes Budget haben wird, das im Vollzug natürlich genau beobachtet werden muß. Und wir sollten uns darum bemühen, daß wir auch im Vollzug diese festgeschriebenen Daten, Fakten und Zahlen umsetzen und wenn es geht, noch Einsparungen, Verbesserungen erreichen.

Wir haben ausreichende Spielräume, um hier Unvorhergesehenes zu finanzieren, wenn nicht gerade die Welt einstürzt. Und wir haben auch Chancen, die sich unerwartet bieten, mit beiden Händen zu ergreifen. Fernuniversität ist so eine Chance gewesen. Weihnachtserlebniswelt ist eine andere solche Chance. All dieses werden wir auch finanzieren können. Daher gehe ich davon aus, daß dieses Budget ein seriöses ist, das uns die Möglichkeit gibt, zukünftige positive Entwicklungen für unsere Stadt einzuleiten, und ich bitte sie sehr, diesem Budget auch ihre Zustimmung zu erteilen.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Ich danke unserem Finanzreferenten, Bürgermeister, für sein Schlußwort. Wir werden jetzt zur Abstimmung kommen und als erstes über den Abänderungsantrag der F abstimmen. Das ist der weitreichendste Antrag. Ich möchte dazu sagen, er beinhaltet, das hat bereits der Bürgermeister gesagt, 2 Forderungen, die dem Voranschlag und der Rechnungsabschlußverordnung nicht entsprechen. Diese verlangt, daß jede Ausgabe ziffernmäßig bestimmt sein muß. Es wäre ein gesetzwidriger Beschluß, wenn dieser Antrag beschlossen werden würde.

STADTRAT

ROMAN EICHHÜBL:

Da braucht man nur eine Grundsatzklärung abzugeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Das geht nicht.

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Man kann alles so oder so sehen. Natürlich gehen Grundsatzbeschlüsse. Das haben wir ja in der Vergangenheit auch gemacht. Wenn man nicht will, ist es ...

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Moment einmal! Ich würde den Herrn Präs.-Dir. ersuchen,

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Das wissen wir eh. Alles kann man erklären.

VIZEBÜRGERMEISTERIN

FRIEDERIKE MACH:

Dann ist es eh klar, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer diesem Abänderungsantrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 9 Stimmen F. Übt jemand Stimmenthaltung? 6 Stimmen ÖVP. Ist jemand dagegen? SPÖ, GAL, LIF.

Dieser Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt.

Und nun, meine Damen und Herren, steht der Hauptantrag in der Form des gemeinsamen Abänderungsantrages der SPÖ, der ÖVP und der GAL zur Abstimmung.

Wer diesem die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Wer übt Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung LIF. Wer ist dagegen? 9 Stimmen dagegen. (F)

Damit ist das Budget für 1998 mit Mehrheit beschlossen.

Nun gebe ich den Vorsitz wieder an den Herrn Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Ich übernehme den Vorsitz. Wir sind bei der „Aktuellen Stunde“ angelangt. Ich darf fragen, ob die FP das Wort wünscht?

VIZEBÜRGERMEISTER

DR. LEOPOLD PFEIL:

Nein.

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

Die SPÖ habe ich gar nicht gefragt. Ich war informiert, daß wir kein aktuelles Thema haben. ÖVP? Keines. GAL? Kein Thema. Entschuldigung. Ich bin noch nicht so richtig gewohnt an sie, obwohl sie sich heute so in Erinnerung gerufen haben.

Gelächter

BÜRGERMEISTER

HERMANN LEITHENMAYR:

LIF? Kein Thema. Gut.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, dann sind wir tatsächlich am Ende unserer heutigen wichtigsten Tagesordnung in diesem Jahr angelangt. Ich bedanke mich für die Mitwirkung, für das lange Ausharren, für die Wortmeldungen und Diskussionsbeiträge, die sie gebracht haben. Vor allen Dingen bedanke ich mich bei jenen, die dem Budget zugestimmt haben, und hoffe, daß auch jene, die diesem nicht zugestimmt haben, in demokratischer Manier zur Realisierung dieses Budgets beitragen.

Ich darf mitteilen, daß wir Eisenstraßen Kalender aufgelegt haben. Ein kleines Geschenk des Hauses. Sicher sehr ansprechend. Ich möchte ihnen eigentlich nunmehr recht frohe Weihnachten, besinnliche Stunden zum Krafttanken und viel Gesundheit im nächsten Jahr wünschen.

Ich hoffe, daß wir bemüht sein werden und erfolgreich bemüht sein werden, die Geschicke unserer alten und lebenswerten Stadt Steyr auch weiter gemeinsam zu lenken.

Es ist vorgesehen, daß wir uns im Anschluß an diese Sitzung noch im Taborrestaurant, da haben wir eine Räumlichkeit reserviert, zu einem Abendessen treffen. Alle sind natürlich herzlich eingeladen.

Die Sitzung ist geschlossen. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

ENDE DER SITZUNG: 17.45 UHR.